

Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen
und Sozialisten
Deutschlands e.V.

2–3/09

Juli 2009 · 62. Jahrgang
Einzelverkauf 8,- €

Unsere Welt

Margot Käßmann
Mut schafft Leben

Reinhard Gaede
Neve Hanna. Kinder für den Frieden

Franz Segbers
Paradies fürs Kapital, Philippinen

Gerardo Peñalver Portal
Kuba. 50 Jahre Revolution

Udo Fleige
Nicaragua. Zwischen Emanzipation und Autoritarismus

Das Eine-Welt-Dorf Minden

Heinz Röhr (1931–2005)
Humanistische Elemente im Buddhismus

Bertold Scharf
Demonstration beim Nato-Gipfel

Reinhard Gaede/Ulrich Peter
Lebensbilder: Wolfgang Schweitzer, Helmut Gollwitzer, Dorothee Sölle

Rezensionen

Pressemeldung

Bundesnachrichten

CHRISTIN
CHRIST UND
SOZIALISTIN
SOZIALIST

CUS

KREUZ UND ROSE



IMPRESSUM

CuS. Christin und Sozialistin/ Christ und Sozialist. Kreuz und Rose. Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands, erscheint seit 1948.

Herausgeber:

Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V., gegründet 1919/1926

Vorstand:

Michael Bschorr, Darius Dunker, Reinhard Gaede, Berthold Scharf, Norbert Voß, Robert Wollborn, Bernd Zielmann

Redaktion:

Dr. Reinhard Gaede (v.i.S.d.P.)
Wiesestr. 65, D-32052 Herford
Tel. 0 52 21/34 25 56
cus@brsd.de, reinhard-gaede@gmx.de
Michael Bschorr

Redaktions-Beirat:

Friedrich W. Bargheer, Blomberg
Heiko Bluhm, Lauffen a.N.
Hartmut Futterlieb, Bad Hersfeld
Fritz Hufendiek, Berlin
Elmar Klink, Bremen
Helmut Pfaff, Frankfurt
Rüdiger Schwulst, Ladbergen
Wieland Zademach, Unkel
Bernd Zielmann, Hattingen

CuS/BRSD im Internet:

www.BRSD.de

Webmaster:

Darius Dunker, Aachen

Erscheinungsweise vierteljährlich

Abonnements:

BRSD-Sekretariat, Michael Bschorr
Bobes Feld 14, 33818 Leopoldshöhe
Tel. 0 52 02/884 883, Fax 884 884
sekretariat@brsd.de, MBSchorr
@t-online.de

Preise:

Einzelheft € 6,-, Doppelnummer
€ 8,-, Jahresabonnement Inland:
€ 20,- pro Jahr, Ausland: Europa
€ 24,-, Welt € 28,50. Förder-
abonnement € 25,- oder mehr.
Kündigungen werden zum Jahresende
wirksam. Bitte überweisen Sie den
Betrag jeweils zum Jahresbeginn an
den BRSD e.V., KD-Bank, BLZ 350
601 90, Konto-Nr. 2 119 457 010
Internationale Überweisungen:
IBAN DE 15350601902119457010
BIC GENODED1DKD

Gestaltung & Layout:

Kreativ-Schmie.de, Hamburg
www.kreativ-schmie.de

Druck:

Duckerei Hans Gieselmann, Bielefeld

ISSN 0945-828-X

INHALT

Aus der Redaktion	3
Margot Käßmann	
Mut schafft Leben	7
Reinhard Gaede	
Neve Hanna –	
Oase für Kinder als Botschafter des Friedens	11
Franz Segbers	
Paradies fürs Kapital unter Palmen	14
Gerardo Peñalver: 50 Jahre Revolution in Kuba	22
Udo Fleige	
Nicaragua zwischen Emanzipation	
und Autoritarismus	27
Heinz Röhr (1931–2005)	
Humanistische Elemente im Buddhismus	32
Berthold Scharf	
Ein Tag in Strasbourg beim NATO-Gipfel	35
Ökumenisches Netz Rhein Mosel Saar e.V.	
Die EKD-Denkschrift „Unternehmerisches Handeln	
in evangelischer Perspektive“	38
Reinhard Gaede	
Ein Leben für die Ökumene	47
Ulrich Peter	
Solidarität. Helmut Gollwitzer, Dorothee Sölle	51
Eine-Welt-Dorf Minden	58
Dom Hélder Câmara	
Gebet für die Reichen (Auszug)	60

Rezensionen

Haben ohne festzuhalten. Texte für eine bessere Welt	
(Friedrich W. Bargheer)	61
Keine Inseln der Glückseligen (Jürgen Schübelin)	62
„Bleibe hier und schaff mit uns“ (Wieland Zademach)	64
Kirche, wo bist du? (Wieland Zademach)	67

Pressemitteilung

Ökumenisches Netz Zentralafrika	69
--	----

Bundesnachrichten

Der BRSD auf dem Kirchentag in Bremen	71
Über Norbert Voß	73
Bilder- und Fotonachweis	75
Autorennachweis	75

Aus der Redaktion

„Unsere Welt“ ist das Thema dieses Heftes. CuS 4/2007 hatte das Thema „Eine Welt“ zuletzt behandelt. „Die Menschenrechte sind ein Geschenk Gottes! Das haben die Kirchen 1990 auf der ökumenischen Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung in Seoul klar formuliert“, sagte Landesbischofin Dr. Margot Käßmann auf dem Kirchentag in Bremen. Ihre Worte schließen alle ein, die für Menschenrechte kämpfen und leiden, im Augenblick die Menschen im Iran und in Honduras. Ihre Predigt leitet unser Heft ein. Was wir für die Welt fordern, müssen wir natürlich in unserem Land mit Nachdruck einklagen. Radio Herford meldete am 4.12.2008: „Der Pfarrer der Herforder *Emmaus-Kirchengemeinde* muss sich heute vor dem Herforder Amtsgericht verantworten. Ihm wird unter anderem Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen. Der Pastor war dabei, als am 30. Juni 2007 in Herford gut 2500 Menschen gegen Rechts auf die Straße gingen. Er soll sich bei dieser Anti-Nazi-Demonstration bewusst vor ein Polizeiauto geworfen haben, um es am Weiterfahren zu hindern. Außerdem wird ihm vorgeworfen, eine kurdische Frau beim illegalen Aufenthalt in Deutschland unterstützt zu haben. Die Frau hatte sich verlobt, um ein Aufenthaltsrecht zu bekommen. Durch Hilfe des Herforder Pfarrers leben die Kinder bereits rechtmäßig in Herford.“ Während Pastor *Berthold Keunecke* bezüglich der Vorwürfe zu seinem Verhalten bei der Demonstration vollständig entlastet wurde, wurde er, gemäß den Ausführungen der Staatsanwältin, vom Amtsrichter wegen Beihilfe zu illegalem Aufenthalt zu einer Geldstrafe verurteilt. In einem Leserbrief an die Neue Westfälische habe ich deshalb geschrieben: „Nächstenliebe ist ehrenwert, nicht strafbar. Pfarrer *Berthold Keunecke* weiß: ‚Niemand verhungert gern.‘ Und Kinder dürfen etwas lernen. Deshalb hat er einer kurdischen Asyl suchenden Frau mit zwei Töchtern Unterkunft und Nahrung gegeben, den Kindern den Schulbesuch ermöglicht und sie vor Abschiebung mit möglichen Folgen wie Folter oder Tod geschützt. Seine Verurteilung zu einer Geldstrafe folgt dem Buchstaben des (Ausländer)-Gesetzes, widerspricht aber dem Geist unseres Grundgesetzes mit seinen Grundrechten zum Schutz des Menschen, der ‚Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit‘ hat (Art.2.2). Verteidiger unseres Grundgesetzes ist hier in Wirklichkeit der vom Gericht Verurteilte. Wer die Grundrechte antastet, will in Wirklichkeit einen anderen Staat. Der juristische Trick, die Grundrechte zu isolieren, ihnen dann nachgeordnete Gesetzes-Bestimmungen voranzustellen, führt geradewegs in sublimen und gefährlicher Weise in die Verfassungsfeindlichkeit, wie bereits der Theologe *Helmut Gollwitzer*, dessen 100. Geburtstags wir am 29.12.2008 gedenken, dargelegt hat. Pfarrer *Keunecke* und seinem Rechtsanwalt *Se-*



V.l.: *Helmut Pfaff, Friedrich Wilhelm Bargheer, Reinhard Gaede, Michael Bschorr, Elmar Klink, Fritz Hufendiek, Wieland Zademach*

bastian Nickel ist die Verteidigung der Werte unseres Grundgesetzes zu danken. Keineswegs verlangt die Kirche Sonderrechte, wie Richter und Staatsanwältin meinten. Vielmehr mahnt die Kirche die Politik zu einer humaneren Umsetzung des Bleiberechts für Flüchtlinge, vgl. die Erklärung der westfälischen Synode vom 13.11.2008.“

Am 14. Mai 1948 verlas David Ben Gurion die Unabhängigkeitserklärung *Israels* unter dem Portrait von Theodor Herzl, dem Begründer der zionistischen Bewegung. Die Kriege gegen seine arabischen Nachbarn hat Israel gewonnen, aber den Frieden verloren. (Zur Resolution des BRSD über die Eskalation des Krieges im Nahen Osten vom 9.1.2009 vgl. CuS 1/2009). Es ist zu hoffen, dass Barack Obama, Präsident der USA, die Kontrahenten wieder zu Friedensverhandlungen bewegen kann. In unserm Land können wir jetzt nur Institutionen stärken, die bisher schon wie Oasen in der Wüste des Hasses Leben ermöglichten. Mein Bericht über das Kinderheim *Neve Hanna* bezieht sich auf einen Vortrag seines Leiters *David Weger* am 12. Februar 2009 im Frühherrenhaus Herford. Kinder, die als Sozialwaisen selbst der Hilfe bedürfen, werden zu Botschaftern des Friedens durch ihre Kontakte zu arabischen Beduinenfamilien. Als erfolgreiche Bäcker und Bäckerinnen haben sie ihr kleines Einkommen und können noch arme Familien beschenken.

Franz Segbers war fast zwei Monate zu Gastvorlesungen auf den *Philippinen*. Er lenkt den Blick auf ein Land, das nahezu ganz aus der öffentlichen Berichterstattung verschwunden ist. Er schreibt: „Es ist ein Land, das von dem wirtschaftlichen Aufschwung der umgebenden ‚Tiger-Staaten‘ abgehängt ist. Die USA hatten die Philippinen zur ‚Zweiten Front‘ im Kampf gegen den Terrorismus erklärt. Der Druck und die Verfolgung von Menschenrechts-AktivistInnen sind immens. Bis in unsere Tage reicht die Spur, dass Kirchenleute, Gewerkschafter und Menschenrechtsaktivisten umgebracht werden. Die Arbeitsbedingungen in den Exportproduktions-Zonen, wo unsere billigen T-Shirts oder Elektronikprodukte hergestellt werden – sind menschenverachtend. Die Kirchen – die meisten wenigstens – leisten Widerstand und zahlen dafür einen hohen Preis!“

Am 1.1.2009 beging *Kuba* den 50. Jahrestag seiner Revolution. Auch wenn westliche Medien häufig ein anderes Bild vermitteln, unter EntwicklungsexpertInnen ist unbestritten: In Cuba (spanische Schreibweise), dem einstigen Armenhaus, in dem der von den USA unterstützte Diktator Fulgencio Batista grausam wütete – ca. 20 000 Menschen wurden ermordet – wurden nach der Revolution vor 50 Jahren große soziale Fortschritte möglich. Weltweit anerkannt ist die freie, kostenlose Bildung ebenso wie die flächendeckende, präventiv orientierte Gesundheitsversorgung. Das ist ohne Beispiel unter den früher so genannten Ländern der Dritten Welt. Cubas soziales Netz insgesamt ist von Solidarität geprägt, ebenso seine medizinischen Hilfen für arme Länder. Gerardo Peñalver ist Botschafter Cubas in Deutschland. Die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten wurden am 22. Juli 1953 hergestellt, am 15. Januar 1963 aufgrund der Anwendung der Hallstein-Doktrin von Seiten der Regierung der BRD abgebrochen und am 18. Januar 1975 wiederhergestellt. *Gerardo Peñalver Portal* stellt uns die Errungenschaften der Revolution wie auch die „Mühen der Ebene“ vor. Vor dem Hintergrund der aktuellen kapitalistischen Krise mit Börsenspekulation, Shareholder-Gier, Privatisierung der Sozialdienste, Umweltzerstörung und Verarmung breiter Bevölkerungsschichten suchen – nicht nur

in der so genannten Dritten Welt – immer mehr Menschen nach Alternativen zum Kapitalismus und schauen auf Cuba als eine Alternative.

In *Nicaragua* hatte die Revolution vom 19. Juli 1979 die Herrschaft des grausamen Diktators Anastasio Somoza – ihm gehörte ein Drittel des landwirtschaftlich genutzten Bodens, und er ließ viele Oppositionelle ermorden – beendet. Aber von 1990–2006 hatten die Konservativen den revolutionären Prozess unterbrochen. *Udo Fleiges* Bericht berichtet über den Preis, den Daniel Ortega für die Rückkehr an die Macht gezahlt hat. Er hatte ein Abkommen mit dem konservativen ehemaligen Präsidenten Arnaldo Alemán geschlossen, das zuerst beiden Seiten nutzte und ihm jetzt ermöglicht, als „caudillo“ Reformen von oben durchzusetzen.

Drei Monate vor seinem Tod am 5. März 2005 hatte *Heinz Röhr*, Prof. für Kirchen- und Religionsgeschichte, lange Zeit stellvertretender Vorsitzender des BRSD, mir seinen Artikel „Humanistische Elemente im Islam und Buddhismus“ mit der Bitte um Veröffentlichung anvertraut. Der erste Teil war in CuS 1/2009 erschienen. Der 2. Teil folgt in diesem Heft.

Am 3. und 4. April 2009 fand in Straßburg und Baden-Baden der Jubiläumsgipfel der NATO statt. Aus diesem Anlass waren auch Gegenveranstaltungen von der Friedensbewegung und anderen sozialen Bewegungen geplant. Bertold Scharf, Vorstandsmitglied des BRSD, hat teilgenommen und berichtet.

Für den Aufruf gegen die „*Unternehmer-Denkschrift*“ der EKD haben die Initiatoren 1.100 Unterschriften gesammelt, sagte Franz Segbers dem Evangelischen Pressedienst. In CuS 4/2008 ist der Aufruf zum Widerspruch von Ulrich Duchrow, Franz Segbers, Siegfried Katterle und anderen Erstunterzeichnern, ebenso die kritische Beitrag von Detlef Hensche, zu lesen. In diesem Heft ist nun das *Ökumenische Netz Rhein, Mosel, Saar* vertreten. Es hat eine gründliche Analyse über die Anpassung an den neoliberalen Zeitgeist vorgelegt und das idealistisch-ideologische Bild von der Gesellschaft kritisiert.

Drei *Lebensbilder* sehen wir. Am 4. März 2009 haben wir im engsten Familien- und Freundeskreis *Wolfgang Schweitzer* zu Grabe getragen. Sein Leben war der Ökumene gewidmet. Er stand für Verständigung und Versöhnung zwischen den früher verfeindeten Völkern im Osten und Westen. „Die Kirche ist nur Kirche, wenn sie für andere da ist“, darin stimmte er mit Dietrich Bonhoeffer überein. (CuS 1/1981, S. 35). *Dr. Ulrich Peter*, Verfasser zahlreicher Studien zur Geschichte des religiösen Sozialismus, ehemals Vorstandsmitglied und Schriftleiter von CuS, hat über das Leben von *Helmut Gollwitzer* geschrieben. In Heft 4/2008 hatten wir des 100. Geburtstags von Helmut Gollwitzer gedacht. Mit einem Lebensbild von *Dorothee Sölle*, deren Geburtstag sich am 30. September 2009 zum achtzigsten Mal jährt, endet der zweite Teil des Vortrags, den Ulrich Peter in der Fachhochschule des Rauhen Hauses Hamburg gehalten hat.

Dom Hélder, mit vollem Namen *Hélder Pessoa Câmara*, von 1964 bis 1985 Erzbischof von Olinda und Recife in Brasilien, wäre dies Jahr im Februar 100 Jahre alt geworden. Ein Dom-Hélder-Brevier zeigt uns Friedrich W. Bargheer.

In die Welt der Inseln im *Pazifik* führt uns die Rezension des Jahrbuchs 2008 des Evangelischen Missionswerks, die *Jürgen Schübelin* geschrieben hat. 20 000 Inseln sind bedroht durch die Gefahren des Klimawandels.

„Die Zeichen der Zeit werden im Licht des Evangeliums gedeutet“, wenn sie „den unsichtbaren Glauben an Gott anschaulich werden lässt im sichtbaren Engagement für soziale Gerechtigkeit und gegen ungerechte Machtverhältnisse.“ So würdigt *Friedhelm Hengsbach* die *Betriebsseelsorge*, für die unser Bundesfreund *Paul Schobel* steht. *Wieland Zademach* kann uns in das Gespräch von *Hartmut Zweigle* und *Rolf Siedler* mit *Paul Schobel* einbeziehen.

Eine *Pressemeldung* des Diakonischen Werks erinnert an die schlimme Ausplünderung des *Kongo*, an der nicht nur Nachbarn in Afrika, sondern auch Europäer schuldig geworden sind.

Bundesnachrichten: An unseren Erlebnissen auf dem *Kirchentag* in Bremen lässt den Leserkreis *Norbert Voß*, Mitglied des Vorstands, teilhaben.

Oft wurden wir gefragt, warum wir meinen, dass Christentum und Sozialismus zusammen passen. Wir stellten diesmal gleich die Gegenfrage: Warum Christentum und Kapitalismus zusammen gehen sollten und wiesen auf die so genannte Finanzkrise hin. *Karl Barth* und *Helmut Gollwitzer* haben die Frage sehr klar beantwortet:

„*Ein wirklicher Christ muss Sozialist werden (wenn er mit der Reformation des Christentums Ernst machen will). Ein wirklicher Sozialist muss Christ sein (wenn ihm an der Reformation des Sozialismus gelegen ist).*“ *Karl Barth* am 14.12.1815 in einem Vortrag vor dem Grütliverein (einer Gruppe in der schweizerischen Sozialdemokratie) in Zofingen/Schweiz.

„*Für den jungen Pfarrer des Industriedorfes Safenwil bedürfen also Christentum wie Sozialismus dringend einer Reformation. Die Zeitereignisse haben ihm das deutlich gemacht, insbesondere der Beginn des Ersten Weltkrieges. Seine theologischen Lehrer in Deutschland verfelen dem nationalen Wahn, und die christlichen Kirchen Europas sagten ja zu der Massenschlächtere. Die sozialistischen Parteien bewilligten die Kriegskredite und waren in allen europäischen Vaterländern stolz darauf, dass, wie der Nürnberger Arbeiterdichter Karl Bröger das Vaterland ansang, ‚dein ärmster Sohn auch dein treuster war‘. Diese doppelte Reformation versprach sich Barth davon, dass Christen Sozialisten und die Sozialisten Christen werden.*“ *Helmut Gollwitzer* über *Karl Barth* in: *Muss ein Christ Sozialist sein? Jenseits vom Nullpunkt? Christsein im westlichen Deutschland.* *Bischof D. Kurt Scharf* zum 70. Geburtstag am 21. Oktober 1972, Hg. *Rudolf Weckerling* in Verbindung mit *Günter Brakelmann*, und anderen, S. 151-169, S. 164/165

Pfarrer Jürgen Klute ist für die Partei „Die Linke“ als Abgeordneter im Europa-Parlament gewählt worden. Er stand auf Platz sechs, acht Abgeordnete kann die Linke ins Parlament schicken. Herzlich gratulieren wir unserm Autor und wünschen ihm Gottes Segen für seine Arbeit.

Unserm Bundesfreund *Otto Schupp* gratulieren wir recht herzlich zum Jubiläum ‚50 Jahre Weihe bei der Alt-Katholischen Kirche‘ und zum Dienst-Jubiläum ‚40 Jahre Diakonie – Beauftragung bei der Alt-Katholischen Gemeinde Schwäbisch Gmünd‘. Auch für den Mieterbund und die SPD am Ort hat er sich eingesetzt. Wir wünschen ihm Gottes Segen.

Am 17. September 2007 meldete Radio Bielefeld: *Dr. Klaus Kreppel* bekam das Bundesverdienstkreuz für sein Engagement für die Bielefelder Städtepartnerschaft mit Nahariya. *K. Kreppel* sei der Initiator und der Motor der Partnerschaft mit der israelischen Kleinstadt, sagte Oberbürgermeister *Eberhard David* in seiner Laudatio. Auch den Ehrenbrief der Stadt Nahariya hat *Klaus Kreppel* bekommen. Herzlich möchten wir unserem ehemaligen Vorstandsmitglied und Schriftleiter von CuS nachträglich noch gratulieren.

Reinhard Gaede

Predigt*

Mut schafft Leben

Von Margot Käßmann

Liebe Gemeinde, ja, da wohnt ein Sehnen tief in uns. Ein Sehnen, dass die Menschenrechte weltweit endlich nicht mehr nur auf dem Papier stehen, sondern mit Leben erfüllt werden. Dass nicht mehr Frauen gesteinigt werden, weil sie außerehelichen Sex hatten. Dass nicht länger Männer brutal verhaftet werden, weil sie gegen ein Staudammprojekt und die Zerstörung ihrer Heimat demonstrieren. Dass nicht länger in Gefängnissen demokratischer Staaten gefoltert wird und Flüchtlinge gedemütigt werden mit Lebensmittelscheinen und Abschiebedrohung. Dass nicht länger Kinder brutal vergewaltigt und missbraucht werden, weil andere damit Geld verdienen. Dass endlich, endlich alle Menschen in der Welt mit Würde behandelt werden, das ist unser Sehnen, das ist unsere Hoffnung.

Die Menschenrechte sind ein Geschenk Gottes! Das haben die Kirchen 1990 auf der ökumenischen Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung in Seoul klar formuliert. Können aber die Kirchen das so klar sagen? Sie waren doch mitverantwortlich für schlimmste Menschenrechtsverletzungen etwa durch Hexenverfolgung und Inquisition. Wie lange wurde Rassismus christlich legitimiert! War nicht Antisemitismus von Anfang an Teil des Christentums?

Ja, unsere Kirchen sind immer wieder in die Irre gegangen, bis sie endlich glasklar gesagt haben: Jeder Mensch ist Gottes Ebenbild, hat das gleiche Recht auf Unversehrtheit. Das genau ist der biblische

Grundsatz, das entdecken wir in der Schöpfungsgeschichte wie in der Verkündigung von Jesus Christus. Diesen Grundsatz formuliert auch schon der Apostel Paulus, als er im Gespräch ist mit einem so genannten Heiden, dem Hauptmann Kornelius. Die Apostelgeschichte erzählt, dass er dabei sagte: „Nun erfahre ich die Wahrheit, dass Gott die Person nicht ansieht, sondern in jedem Volk, wer ihn fürchtet und recht tut, der ist ihm angenehm.“ (Apg. 10, 34f.) Für Paulus ist das eine ungeheure Horizonterweiterung: Es geht nicht um die Person, nicht um Kultur, Rasse, Nation, Geschlecht. Es geht um jeden Menschen. Paulus versteht als Jude Schritt für Schritt, dass Jesus Christus den Glauben öffnet für alle Menschen über die Grenzen des Volkes Israel hinweg. Ja, hier geht es zuallererst um diejenigen, die Gott fürchten. Das soll heißen, die Gott respektieren, und das bedeutet zuallererst: ihr Leben verantworten vor Gott. Menschen, die sich nicht selbst bereichern oder einfach nur „dem System“ dienen, sondern die ihrem Gewissen folgen, Rechenschaft abgeben für ihr Handeln und Reden. Menschen, die so leben, dass wir Gott „angenehm“ sind, wie Luther übersetzt, das heißt vor allem, so Paulus: Recht tun. Richtig handeln, so handeln, dass die Rechte der anderen respektiert werden.

Aber können wir christliche oder auch westliche Menschenrechte verallgemeinern? Ist das nicht auch eine Art religiöse oder kulturelle Diktatur? Gehört nicht auch zur Integration, dass andere Rechtsvorstellungen respektiert werden?

Der jüngst vom Erzbischof von Canterbury vorgebrachte Vorschlag, Teile der

Scharia in das britische Rechtssystem einzuführen, hat mich dabei völlig fassungslos gemacht. Rowan Douglas Williams sagte: „Es scheint unvermeidlich, und faktisch ist es ja auch schon so, dass bestimmte Bedingungen der Scharia in unserer Gesellschaft und unter unserem Gesetz anerkannt sind“. Gerade im Familienrecht, an das er denkt, hat das fatale Folgen für die Unversehrtheit und Freiheit von Frauen, die in westlichen Demokratien bitter erkämpft wurde. Dass es auch in Deutschland solche Ideen gibt, zeigte sich im vergangenen Jahr, als eine Mutter von zwei kleinen Kindern sich von ihrem sie brutal schlagenden Ehemann trennen wollte und einen Antrag auf vorzeitige Scheidung wegen Gewalt und Morddrohungen stellte. Unter Hinweis auf den Koran lehnte die Richterin das vorzeitige Scheidungsgesuch ab. „Die Ausübung des Züchtigungsrechts begründet keine unzumutbare Härte.“ Man müsse schließlich berücksichtigen, dass beide Ehepartner aus dem marokkanischen Kulturkreis stammen.

Hier müssen wir als Kirchen wachsam sein in der Gesellschaft, wenn die Gleichheit von Mann und Frau, ja die Menschenwürde, unter dem Deckmantel kultureller Gewohnheiten in Frage gestellt werden. Der Verfassungsgrundsatz „Mann und Frau sind gleichberechtigt“ stimmt für uns überein mit dem biblischen Verständnis, dass Gott Mann und Frau zum Bilde Gottes schuf. Dabei sind politische, kulturelle und religiöse Fragen zu diskutieren. Ich wünsche mir in unserem Land ein Bewusstsein für das hohe Gut der Freiheit, das viele Zuwanderer ganz besonders schätzen, weil sie Unfreiheit kennen gelernt haben. Eine politische Freiheit, die durchaus ausgehend vom Grundgedanken der Freiheit eines Christenmenschen, wie

Martin Luther ihn formuliert hat, entwickelt wurde.

Ich will nun nicht überheblich erklären, die christlichen Werte seien für unsere Gesellschaft die einzig mögliche Lösung. Allerdings bin ich überzeugt, dass sie ein gewichtiges Angebot zur Orientierung für unser Land sind.

Ich bin felsenfest überzeugt, dass die Menschenrechte universell sind und auf ihre Umsetzung in jedem Winkel der Erde gedrungen werden muss. Als ich 1985 in einem argentinischen Gefängnis eine junge Frau besuchte, die als Studentin verhaftet und trotz Schwangerschaft mit Elektroschocks gefoltert wurde, sagte sie mir: „Wenn du derart verletzt, gedemütigt wirst, wenn dir bewusst Schmerzen zugefügt werden und du keine Rettung findest, keine Hilfe, sondern Menschen das zulassen, ja dabei zusehen, dann bist du schlicht ein Mensch, der weiß: das ist Unrecht!“

Ja, Folter ist Unrecht. In jedem Land der Welt. Das Abhacken der Hand eines Diebes im Namen des Staates oder gar der Religion ist nicht Recht, sondern Unrecht. Das Steinigen einer Frau wegen Ehebruchs ist himmelschreiendes Unrecht. Wir dürfen nicht wegschauen weder aus politischer noch aus ökonomischer noch aus religiöser Rücksichtname. Die Verletzung der Integrität eines Menschen, die Unterdrückung der Meinungs- und Gewissensfreiheit, verletzen die Würde des Menschen. Überall auf der Welt, verletzen, das glaube ich als Christin, die Würde, die Gott jedem Menschen als seinem Geschöpf zuspricht.

Dabei dürfen wir nicht bei individuellen Rechten stehen bleiben. Es geht auch um soziale Menschenrechte, das Recht auf Nahrung, Obdach, Bildung, Arbeit, medizinische Versorgung. Allzu gern wird das vergessen in den reichen Nationen dieser Erde, wenn vollmundig über Globalisie-

rung gesprochen wird. Wo eine Milliarde Menschen hungern, die Reichen ohne Scham protzen mit ihrem Überfluss und das auch noch für erfolgreich halten, wo Kinder auf brutalste Weise gezwungen werden, etwa unter Wasser an einen Benzintransformator als Luftzufuhr gekoppelt, nach Diamanten zu suchen, da gibt es keine Beruhigung. Da gibt es nur den Aufschrei und das Eintreten für Gerechtigkeit, so hilflos wir uns auch fühlen mögen.

Wir sind herausgefordert, gerade in den reichen Nationen der Welt, „Recht zu tun“, wie Paulus sagt. Das ist keine christliche Einmischung in die Politik, sondern biblischer Auftrag. Es gibt nicht Menschen mit mehr Rechten etwa in Europa und Menschen mit weniger Rechten etwa in Afrika. Jeder Mensch hat dasselbe Recht auf ein unversehrtes Leben. Das bedeutet nicht ein Leben ohne Leid, dessen bin ich mir bewusst. Kummer, Angst und Tod gibt es in jedem Leben.

Im Dezember letzten Jahres haben wir den 60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gefeiert. Und das ist gut so, denn die Menschenrechte für alle zu erklären, war und bleibt eine wichtige Errungenschaft!

Wir feiern aber in dem bitteren Bewusstsein, dass jene Erklärung leider nicht dazu geführt hat, dass die Menschenrechte weltweit respektiert werden. Brutal werden sie missachtet durch marodierende Banden, etwa im Kongo oder durch Extremisten in Kolumbien, die Menschen willkürlich entführen, in Diktaturen wie China oder Nordkorea, die keinerlei Appellations-Instanz kennen, so dass Menschen ihr Recht einklagen können. Aber auch in den Staaten, die sich ihrer Demokratie rühmen, kennen wir Menschenrechtsverletzungen, wenn etwa in den USA so genanntes Waterboarding als Verhörmethode der CIA nicht aus-

geschlossen wird – was anderes ist das als Folter, wenn ein Mensch glaubt, zu ertrinken? Oder denken wir an unser eigenes Land – genießen wirklich alle, die politisch verfolgt werden, Asyl, oder werden Menschen nicht massiv abgeschoben, ohne die individuellen und sozialen Menschenrechte, ja auch das Zusammenbleiben einer Familie zu berücksichtigen? So ist das Fest leider auch eine Trauerfeier.

Wir dürfen uns aber durch die Missachtung der Menschenrechte nicht entmutigen lassen! Wenn wir das tun, spielen wir in die Hände der Diktatoren und Menschenverächter dieser Welt. Es wäre für mich auch ein Ausdruck von Kleinglauben! Hier und jetzt sollen wir Spuren des Reiches Gottes legen, in dem einst vollkommene Gerechtigkeit herrschen wird und alle Tränen abgewischt sind. Immer wieder müssen wir vielmehr überlegen, wie wir, die wir das große Privileg haben, in einem freien Land zu leben, diejenigen unterstützen können, die den Mut haben, mitten in der Unterdrückung für die Freiheit und die Würde jedes Menschen einzutreten. Globalisierung darf nicht auf Kosten der Menschen gehen, sondern muss auch eine Globalisierung der Menschenrechte mit sich bringen.

Als im vergangenen Jahr über einen Boykott der olympischen Spiele diskutiert wurde, hielt ich das für falsch. Es hätte ja nicht nur Enttäuschung bei den Sportlern hervorgebracht, sondern auch bei denen, die hoffen, die Olympischen Spiele könnten Öffnungen bringen für das Land. Das Internationale Olympische Komitee wusste doch sehr genau, was es tat, als es die Spiele an Peking vergab: dort herrscht Diktatur! Die Freiheit wird dort brutal unterdrückt und zwar nicht nur in Tibet. Alle ethnischen Minderheiten und auch die christlichen Kirchen müssen in Angst leben.

Die Christen sind und bleiben übrigens die am stärksten verfolgte Religionsgruppe in der Welt. Alle Euphorie über wirtschaftlichen Aufschwung kann nicht darüber hinweg täuschen, dass in China gefoltert wird und zwar auf staatliche Anweisung.

Was können wir tun? Ich denke, symbolische Aktionen sind ermutigend. Deshalb haben wir damals zweitausend schwarze Armbänder bestellt. Auf ihnen war ein Vers aus Psalm 85 eingedruckt: „... dass Gerechtigkeit und Frieden sich küssen.“ Dazu ein Facettenkreuz als Signet unserer Kirche und die Aufschrift „Olympia 2008“. Ich hatte angeboten, es jedem Sportler, jeder Sportlerin, die für unser Land nach Peking fahren, wenn sie es wünschen, zum Band zu schenken, gern auch jedem unserer IOC Vertretung. Ein kleines Band als Zeichen der Solidarität sollte es sein, mit den unterdrückten Menschen in Tibet, in den christlichen Gemeinden und an allen Orten in China. Es ging darum, dass die Spiele nicht dazu benutzt würden, eine Mauer des Schweigens um die Verletzungen der Menschenrechte zu ziehen und durch schöne bunte Bilder die Diktatur auch noch zu stärken. Was das bedeuten kann, haben wir in Deutschland 1936 erlebt.

Wir waren völlig überrascht von der Reaktion! Insgesamt 240.000 Stück wurden nach ganz Europa und sogar bis Indien verschickt, 61.608 Euro kamen an Spenden für die in Hong Kong ansässige Menschenrechtsorganisation Asian Human Rights Commission (AHRC) zusammen.

Es geht um die Wahrheit, davon spricht der Apostel Paulus. Die Wahrheit ist, dass jeder Mensch dieselbe Würde hat. Aus christlicher Sicht, weil Gott die Person nicht ansieht. Aus dieser Perspektive werden wir mit allen Menschen zusammenarbeiten, die sich für dasselbe Ziel einsetzen, wenn auch mit unterschiedlichen Motiven:

die Achtung der Menschenrechte jedes einzelnen Mannes, jeder einzelnen Frau auf dieser Welt. Solche Wahrheit, solches Engagement, solche Haltung wird uns innerlich frei machen. Dazu gebe Gott uns Segen. Amen.

**Predigt beim Politischen Nachtgebet mit Agapemahl, 22.05.09, Ev. Kirchentag in Bremen*

Margot Käßmann, 03.06.1958 geboren in Marburg/Lahn, vier Töchter (Sarah 1982, Hanna und Lea 1986, Esther 1991), 1977, Abitur: Elisabethschule Marburg, 1977–1983, Studium in Tübingen, Edinburgh, Göttingen und Marburg, 1. Theologisches Examen, 1983–2002, Mitglied im Zentralaussschuss des Ökumenischen Rates der Kirchen (1991–1998 auch im Exekutivausschuss), 1983–1985, Vikariat in Wolfhagen, 1985 2. Theologisches Examen, Ordination, 1985–1990, Gemeindepfarrerin in Frielendorf, 1989 Promotion bei Prof. Dr. Konrad Raiser, Ruhr-Universität Bochum; Dissertation zum Thema „Armut und Reichtum als Anfrage an die Einheit der Kirche“, 1990–1992 Beauftragte für den Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Kurhessen-Waldeck, 1990/1991/1992 Lehraufträge für Ökumene an der Kirchlichen Hochschule Leipzig und an der Evangelischen Fakultät der Philipps-Universität Marburg, 1992–1994, Studienleiterin an der Evangelischen Akademie Hofgeismar, 1994–1999 Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Fulda, seit



Margot Käßmann

04.09.1999 Landesbischöfin der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers, 27.11.02 Verleihung der Ehrendoktorwürde des Fachbereichs Erziehungswissenschaften der Universität Hannover. Mitgliedschaften:

Rat der EKD, Zentrallausschuss Konferenz Eu-

ropäischer Kirchen (KEK), Europäische Akademie der Wissenschaften und Künste, Kuratorium Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, Kreis der Herausgeberinnen und Herausgeber von *Zeitzeichen* und *chrismon*.

Neve Hanna – Oase für Kinder als Botschafter des Friedens*

Von Reinhard Gaede

Am 12. Februar 2009 sprach David („Dudu“) Weger, Pädagoge und Psychologe, im Frühherrenhaus Herford über Neve Hanna („Oase der Hanna“), ein Kinderheim in Israel, das 36 km südlich von Tel Aviv liegt. Es ist benannt nach der Berliner Pädagogin Hanna Kaphan, mit deren Mitteln aus der „Wiedergutmachung“ Hanni Ullmann 1974 die ersten zwei einfachen Häuser in den Sanddünen von Kiryat Gat erwarb. Aufgenommen werden Kinder aus sozial gestörten oder zerfallenen Familien.



Neve Hanna, Heimat für Kinder

Ein Teil kommt mit Einverständnis der Eltern. Den anderen Teil weist die Sozial-

und Wohlfahrtsbehörde ein. Sie trägt aber nur ca. 65 % der Unterhaltskosten. Die 90 Kinder im Alter von 4 bis 18 Jahren, die in Neve Hanna leben, werden in familienähnlichen Gruppen betreut von je einer Hausmutter, einem Erzieher, einer im sozialen Dienst eingesetzten Soldatin aus Israel und einem oder einer jungen Freiwilligen aus Deutschland. 60 wohnen im Heim und 30 besuchen den Tageshort. Die Kinder blicken auf eine traumatische Vergangenheit zurück. Sie haben Vernachlässigung, Gewalt und auch Missbrauch erlebt. Diese Kinder gehören zu den schwächsten Schichten der israelischen Gesellschaft und haben alle einen Einwandererhintergrund. „Ein Drittel der Kinder stammt aus russischen Familien, ein Drittel aus äthiopischen, ein Drittel aus orientalischen Familien“, berichtet der Heimleiter. In „Neve Hanna“ finden sie ein warmherziges Zuhause. Um ihnen als Erwachsenen eine Integration in die Gesellschaft zu ermöglichen, bietet „Neve Hanna“ ein breit gefächertes Therapieprogramm an.

Eine besondere Gruppe besteht für Jugendliche ab 15 Jahren, die sich unter Anleitung ihrer Hauseltern weitgehend selbstständig versorgt, um auf das Erwachsenenleben vorbereitet zu werden. Weitere 40 Kinder, hauptsächlich aus äthiopischen Einwan-

dererfamilien, kommen nach der Schule in den Tageshort, wo sie außer Verpflegung auch zusammen mit den Heimkindern Schulaufgabenhilfe und Freizeitangebote erhalten. Die Nächte und Wochenenden verbringen diese Kinder in ihren Familien.

Die von Neve Hanna betreuten Kinder besuchen die städtischen Schulen, brauchen aber sehr häufig ergänzende Nachhilfe. Der Kontakt mit der Herkunftsfamilie soll erhalten bleiben, deshalb bleiben Geschwister nach Möglichkeit zusammen. Die Sozialarbeiterinnen betreuen auch die Eltern der Kinder, und die Haus-Väter und -Mütter halten Kontakt zu den Familien.

Alle Kinder werden von zwei Sozialarbeiterinnen, einer Psychologin, einem Psychiater bzw. einer Psychiaterin und einer Kunsttherapeutin betreut. Das gesamte Mitarbeiterteam wird speziell angeleitet und erhält psychologische Supervision. Die Kosten für diese besondere Betreuung werden von den Behörden nur zu einem kleinen Teil getragen. Der Rest sowie die Kosten für den Erhalt der Bausubstanz und die Erneuerung des Mobiliars müssen durch Spenden aufgebracht werden.

Jede Gruppe wohnt in einer Wohnung mit hell und freundlich eingerichteten 2- oder 3 Bett-Zimmern mit eigenen Duschen und Toiletten, einem Gemeinschaftsraum und einer Küche, in der das Frühstück und Abendessen selbst zubereitet wird. Zur Gesamtanlage gehören Büroräume, ein großer Gemeinschaftssaal, der am Schabbat und an den Festtagen auch als Synagoge benutzt wird, eine Bibliothek, ein Sportplatz, ein Fitnessraum, ein Mini-Zoo und Räume für Freizeitkurse wie Töpfern, Malen, Fotografieren und Musizieren. Außerdem gibt es eine Zentralküche, in der das Mittagessen gekocht wird.

Jeden dritten Schabbat sowie die Feiertage und einen Teil der großen Ferien ver-

bringen die Kinder in ihren Familien. Für diejenigen, denen das nicht möglich ist (zurzeit etwa die Hälfte der Kinder), existiert in Rosch Pina in Galiläa ein Ferienhaus, das Neve Hanna durch eine Erbschaft erwerben konnte.

Jedes Kind soll gemäß seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten gefördert werden. Es bekommt alle Betreuung und Fürsorge, die für seine körperliche und seelische Entwicklung nötig ist.

Den Kindern werden die traditionell jüdischen Werte sowie das Halten einer jüdischen Küche vermittelt. Sie sprechen vor und nach den Mahlzeiten eine Danksagung, nehmen am Sabbat-Abend und an den Feiertagen an Gottesdiensten teil, lernen vieles über die Geschichte und die Traditionen des Judentums, und Jungen wie Mädchen feiern ihre Bar bzw. Bat Mitzwah.

Die Kinder sollen aufwachsen im Geiste von Verständnis und Toleranz für fremde



Heimleiter Dudu Weger mit Dorothea Winter (l.) und Inge Thane (r.) vom Verein „Neve Hanna Kinderhilfe“

Kulturen, Religionen und Völker. Gleichzeitig wird Ihnen die jüdische Religion näher gebracht. Ein Rabbiner kommt jede Woche.

Jedes Kind kann bis zu seinem 18. Lebensjahr (Schulzeitende, Beginn des Militär-



Beim Studium der Tora

oder Zivildienstes) in Neve Hanna bleiben. Neve Hanna bemüht sich sehr, zu den Ehemaligen, die keinen gesunden Rückhalt in der eigenen Familie haben, weiterhin die Verbindung aufrecht zu halten.

Die Kinder sollen auch das Arbeiten lernen. Der Ort dafür ist eine Bäckerei. Der Lehrer, der die Kinder im Backen unterrichtete, war ein Bäcker aus der Schweiz. Entsprechend wird Brot nach schweizerischer und deutscher Art gebacken. In weißen Kleidern arbeiten die 13 Jahre alten Kinder, bekommen auch einen Lohn, 12 Shekel, die Stunde. Auf eigene Rechnung stellen sie das beliebte Popcorn her. Das Projekt wird zu 65 % von der Regierung gefördert. Jedes Kind bekommt ein Taschengeld. Aber nicht nur das Nehmen lernen die Kinder, sondern auch das Geben. Sie beschenken heimlich arme Familien, indem sie ein Paket vor einer Tür liegen lassen und schnell weglaufen, berichtet Dudu Weger.

Während des Gaza-Krieges waren die Kinder und Jugendlichen von „Neve Hanna“ mit einer schlimmen Realität konfrontiert, mit der sie nach bisherigen Traumata nur schwer umgehen konnten. Die im ersten Stockwerk liegenden Wohnräume der Kinder bieten keinen Schutz. Die Heimleitung hatte es irgendwie ge-

schaft, zusätzliche Schutzräume herzurichten. Doch da nur 45 Sekunden zur Verfügung stehen, bis alle Kinder rechtzeitig aus ihren Betten in die Schutzräume gelangen, schlief ein Teil der Kinder in den feuchten Schutzräumen. Auch tagsüber gestaltete sich die Situation schwierig, wenn man sich nicht draußen aufhalten durfte.

Die Kinder sind Botschafter des Friedens. Hanni Ullmann suchte seit 1990 Kontakte zu den Bewohnern von Rahat, der größten Planstadt für Beduinen im Negev. Dudu Weger erzählt: „Als Hanni Ullmann 2002 starb, wurde uns klar, dass wir ihren Traum von einer intensiven Begegnung zwischen Juden und Arabern auf eine andere Ebene heben müssen. Wir begannen zu überlegen, wie wir ihre Liebe und ihren Glauben an Kinder und an eine Völkerverständigung fortführen können. Der gemischte jüdisch-beduinische Tageshort, den wir „Pfad des Friedens“ genannt und in Gedenken an Hanni gegründet haben, ist unsere Antwort.“ Am 5. Oktober 2004 feierte man in „Neve Hanna“ mit mehr als 300 Gästen aus dem In- und Ausland das 30. Jubiläum des Kinderheimes und die Einweihung des jüdisch-beduinischen Tageshortes. Kinder, die den „Pfad des Friedens“ besuchen, gehen in die 3. bis 5. Klasse. Sie treffen nach der Schule in „Neve Hanna“ ein, bekommen ein Mittagessen, machen hier ihre Hausaufgaben und spielen. Sie erhalten Förderunterricht und sind in Therapie- und Rehabilitationsmaßnahmen eingebunden. Sie machen alles zusammen. Die jüdischen Kinder können schon einige Brocken Arabisch, die beduinischen Kinder haben bereits etwas Hebräisch gelernt. Während der jüdischen Feiertage erfahren die beduinischen Kinder mehr über das jüdische Neujahrsfest – Rosh Ha Shana – und den Versöhnungstag, Yom Kippur. Entsprechend werden die jüdischen Kinder in die Gepflogenheiten des Fasten-

monats Ramadan eingeweiht. Die beiden Betreuer, eine Jüdin und ein Beduine, werden von den Kindern inzwischen mit zahllosen Fragen gelöchert, denn sie haben ihre Entdeckungsreise angetreten, auf der sie mehr über den anderen und zugleich auch mehr über sie selbst erfahren. Dudu Weger



Gemeinsame Feste

zieht eine erste Schlussfolgerung, die ihm aus der 15-jährigen Kooperation von „Neve Hanna“ mit den in Rahat lebenden Beduinen nur allzu gut bekannt ist: „Durch gegenseitigen Respekt und Verständnis, Anerkennung und Freundschaft können wir Vorurteile abbauen. Wenn wir nicht lernen, miteinander zu leben, dann werden weder wir noch Araber ein Land haben, in dem man leben kann.“

Im September und Oktober 2007 besuchte eine Gruppe von Kindern und Jugendlichen aus Neve Hanna verschiedene Städte in Deutschland. In über 10-monatiger Arbeit war zuvor eine Musik- und Tanzvorführung erarbeitet worden. In dieser Aufführung setzten die Jugendlichen sich auf persönlicher und auf allgemeiner Ebene mit Fragen und Problemen des Zusammenlebens von Juden und Arabern im Staat Israel auseinander.

*vgl. <http://www.nevehanna.org>
Der deutschen Förderverein „Kinderhilfe Neve Hanna e.V.“: <http://www.nevehanna.de>

Auswirkungen der Unheiligen Allianz von alter Bourgeoisie und Neoliberalen auf den Philippinen

Paradies fürs Kapital unter Palmen*

Von Franz Segbers

„Ich weiß, dass sie mich bald umbringen wollen. Aber ich werde nicht nachlassen in meiner Verpflichtung Gott gegenüber und in meinem Dienst an den Menschen.“ Diese Ahnung von Alberto Ramento, des Neunten Obispo Maximo, Erzbischofs der aus dem Kolonialkrieg gegen Spanien hervorgegangenen katholischen Kirche Iglesia Filipina Independiente, sollte sich bewahr-

heiten. Am 6. Oktober 2006 wurde er ermordet. Für die Regierung ein Fall von Raubmord – doch geraubt wurde nichts! Ramento, der zu Lebzeiten sich für streikende Arbeiter und Landarbeiter, die eine Hacienda besetzen, eingesetzt hatte, ist nur ein Opfer unter den mehr als achthundert außergerichtlich von Killerkommandos Ermordeten. Der öffentliche Druck hat zwar dazu geführt, dass die Zahl der ermordeten Pfarrer, Journalisten, Gewerkschaftern und

Menschenrechtsaktivisten zurückgegangen ist. Doch während des Sommers 2008, als ich für zwei Monate auf den Philippinen zu Gastvorlesungen weilte, gab es allein in einer einzigen Provinz mehr als fünf Gemeindepfarrer, die sich aus Sicherheitsgründen nicht mehr in ihr Pfarrhaus wagten.



Protestzug der Priester bei der Beisetzung des ermordeten Erzbischofs Ramento

Der heraufziehende Zusammenbruch des Kartenhauses des Kasino-Kapitalismus im September 2008 berührt den Grossteil der Menschen auf den Philippinen zunächst nicht. Sie leben in einer permanenten krisenhaften Lebenslage. Mehr als fünfundfünfzig Prozent, das sind fast fünfzig Millionen Menschen, leben unter der Armutsgrenze und weitere 22 Prozent an der Grenze, so dass Dreiviertel der Menschen faktisch ausgeschlossen sind. Der globale Kapitalismus ist gar nicht so global, wie er sich gern darstellt. Während die Elite in den Metropolen angesichts der Finanzkrise um ihre Einlagen, Aktien und ihr Kapital bangt, geht an der Mehrzahl der Menschen des Landes diese Krise vorbei. 80 Prozent der Familien haben gerade einmal 243 Pesos am Tag, umgerechnet etwa 3,80 Euro. Wenn man berücksichtigt, dass der Preis für das Grundnahrungsmittel

Reis innerhalb kurzer Zeit im letzten Jahr von 25 Pesos pro Kilo auf 39 bis 40 Pesos gestiegen ist, bedeutet das Hunger für Hunderttausende. Demonstrationen und Aufstände versucht die Regierung durch subventionierte Reis-Vergabe an Arme abzufangen. So bietet der Staat verbilligten Reis für 18 bis 20 Pesos an. Ganz oben sitzt eine kleine Elite von kaum mehr als 300 Familienclans, die ihre politischen und wirtschaftlichen Privilegien schützen und verteidigen. Allenfalls diese Oberschicht und die kleine Mittelschicht von kaum mehr als fünfzehn Millionen Konsumenten ist in die Ökonomie eingebunden.

Die Reichen reicher, die Armen ärmer

Die Philippinen können für das Jahr 2007/2008 mit ca. 5 Prozent Wirtschaftswachstum die längste Phase des ökonomischen Wachstums in ihrer ganzen Geschichte verzeichnen. Während die Kapitalbesitzer auf dem Kapital- und Aktienmarkt ihre Einlagen von 4,8 Millionen Pesos von 2002 bis 2008 auf 18,4 Mill. Pesos steigern konnten, wuchsen auch Armut und Arbeitslosigkeit. Wenn zwischen 2003 und 2006 die Anzahl der von Armut betroffenen Haushalte von 30 auf 32,9 Prozent angestiegen ist, bedeutet dies, dass jetzt 800.000 Familien oder 4,4 Millionen Menschen mehr in Armut leben. Die Statistik weist aus, dass seit April 2007 allein 240.000 ihren Job verloren haben. Diese Entwicklungen zeichnen sich auf dem Hintergrund eines außerordentlich robusten Wirtschaftswachstums von 7,3 Prozent seit 2007 ab.

Die Regierung hat ihre Haushaltspolitik auf das Ziel ausgerichtet, einen ausgeglichen Haushalt zu erreichen oder sogar einen Haushaltsüberschuss. Um dieses Ziel verfolgen zu können, unterliegt die Haushaltspolitik einer rigorosen Ausgabenkür-

zung. Grund für diese Haushaltspolitik ist die unbedingte Verpflichtung, den Schuldendienst zu leisten. So macht der Schuldendienst – ohne dass es zu Tilgung kommt – ein Drittel des Haushaltsbudgets aus. Dies aber bedeutet, dass diese Gelder ins Ausland, in den Norden, abfließen. März 2008 betrug die Auslandsverschuldung US \$ 54,6 Milliarden. An Schuldendienst haben die Philippinen in der Zeit von 2001 bis 2007 US \$ 52,5 Milliarden geleistet. Der Schuldendienst entspricht in seiner Höhe dem Umfang der Ausgaben, die für Erziehung und Gesundheit aufgebracht werden können. Von jedem Dollar, den die Überseearbeiter ins Land überweisen, fließen 51 Cents wieder in den Norden als Schuldendienst zurück.

„Nestlé kills workers“

Mit diesem Slogan kämpfen seit sieben Jahren streikende Nestle-Arbeiter um ihr Recht. Dreimal haben sie vor dem Obersten Gerichtshof Recht bekommen, doch der Nestlé-Konzern ist so mächtig, dass er sich über die Rechtsprechung hinwegsetzen kann. Die Streikenden werden einem unglaublichen Druck ausgesetzt. So kam der Präsident der streikenden Gewerkschafter auf mysteriöse Umstände ums Leben, die die Streikenden nur als Mord deuten kön-

nen. Die Härte der Arbeitskampf-Auseinandersetzung haben die Streikenden deshalb auch in dem Motto ausgedrückt: „There is blood in your coffee.“ Mit diesem Motto haben die streikenden Nestlé-Arbeiter einen Boykott initiiert. Die Lage der Streikenden bei Nestlé schien mir bei einem Besuch schier hoffnungslos. Doch das sehen die Streikenden nicht so. Sie stehen alle auf einer Schwarzen Liste, doch nicht nur sie, auch ihre Kinder. So finden sie – obwohl gut qualifiziert – keine Arbeit und müssen sich irgendwie durchschlagen oder von ihren Familien am Leben erhalten lassen. Einige sind derweil bereits krank geworden, da sie sich Medikamente nicht mehr leisten können. Selbst zum Streiken fehlt Geld, denn sie müssen irgendwie jobben, um ihre Familien am Leben halten zu können. Und so findet der Streik jeweils einmal wöchentlich mit Kundgebungen und Demonstrationen vor den Werkstoren statt. Längst hat Nestlé die Streikenden durch Zeitarbeiter ersetzt, die einen Lohn bekommen, der nicht einmal die Hälfte des Lohnes der Streikenden ausmacht. Die Streikenden hatten einen Lohn vom 900 Pesos am Tag (ca.13,80 Euro), die Kontraktarbeiter gerade einmal 400 Pesos (ca. 6,20 Euro). Der Konzern hat jetzt Militär aufs Firmengelände geholt und mehr als zweihundert Soldaten kaserniert. Die Nestlé-Arbeiter brauchen Unterstützung, denn sie sind nach sechs Jahren Streik in einer schwierigen Lage, auch wenn sie nicht aufgeben! Auf ihrer Website ist der Arbeitskampf dokumentiert:

[http://www.youtube.com/
user/austinaims2008](http://www.youtube.com/user/austinaims2008)

Exportproduktions-Zonen – kapitalistisches Wunderland

Die Philippinen sind ein Paradies für neoliberale Investments. In Exportproduktions-



Streikende Nestle-Arbeiter

Zonen arbeiten über eine halbe Millionen Menschen. Arbeit ist billig, die Arbeiterschutz-Gesetze wurden dereguliert. Die gesetzliche Arbeitszeit beträgt acht Stunden, doch in den Zonen sind 12 Stunden die Regel, manchmal bis 16 Stunden und das bei sieben Tagen in der Woche. Mehr als 500 solcher Zonen gibt es im Lande. In Cavite, nahe Manila, befindet sich die größte Export Production Zone, mehr als 280 Betriebe und ca. 80.000 Beschäftigte. Etwa drei Viertel der Beschäftigten sind Kontraktarbeiter, Zeitarbeiter mit einem Vertrag von manchmal nur einem Monat. Die Löhne sind niedriger als an anderen Orten, oftmals unter dem Minimum-Lohn, die Arbeitszeiten länger, ein Steuerparadies – die ersten fünf Jahre steuerfrei – und wenn die Anlagen erweitert werden, dann wird die Steuerbefreiung auch erweitert, und keine Sozialabgaben für irgendetwas. Das Streikrecht ist außer Kraft gesetzt. Chemische Produkte, die in der ersten Welt verboten sind, werden hier ungeniert verwendet, wie TCE, Trichlorethylen. Die Regierung hat die Investoren ins Land geholt und hat ihnen gleichsam ein extraterritoriales Gebiet zur Verfügung gestellt. Bei Arbeitskämpfen greift die Polizei nicht ein, um Rechtsverstöße zu ahnden, doch auf dem Gelände sind Militäreinheiten stationiert, die Arbeiter in Schach zu halten. „Industrial peace“ nennt die Regierung dies. Die Mitarbeiter im Worker’s Assistance Center lassen sich aber nicht entmutigen, auch wenn ein Mitarbeiter nach zwei Mordversuchen im März 2008 ermordet wurde. „Es ist kein Job, was wir hier machen, sondern eine Berufung“, erklärt eine Mitarbeiterin.

Frauen aus einem Textilbetrieb berichten mir, dass die Normalarbeitszeit von acht bis zwölf Stunden ohne Zuschläge heraufgesetzt wurde. Wenn die Auftragslage es erfordert, dann arbeiten sie bis zu sechzehn

Stunden ohne einen freien Tag in der Woche. Auch wenn dies den philippinischen Arbeitsschutz-Gesetzen widerspricht, die Arbeiterinnen können ihr Recht nirgendwo einklagen. Dass Massenware auf den Wühltischen der Kaufhäuser so billig ist und die Preise für Elektronik- und Computerprodukte verfallen, ist die Folge der Verschärfung der Arbeitsbedingungen. So sind wir Konsumenten im fernen Europa Nutznießer der Ausbeutung der Arbeitskraft der Menschen auf den Philippinen. Die Deregulierung der Arbeitsschutzgesetze hat dazu geführt, dass mittlerweile fast drei Viertel aller Beschäftigungsverhältnisse befristet sind. Als befristet beschäftigte Kontraktarbeiter verdienen sehr viele zudem weniger als den gesetzlichen Mindestlohn. Diese Deregulierung der Arbeitsbedingungen hat die Gewerkschaften nachhaltig geschwächt. Wer nämlich befristet beschäftigt ist, der wird kaum für bessere Bedingungen streiken. Man muss jung sein in diesen Fabriken in den Exportproduktions-Zonen. So hat die deutsche Textilfirma Triumph erzwingen wollen, dass alle Arbeiter – unabhängig von ihrem Alter – kündigen, soweit sie länger als 20 Jahre beschäftigt sind.

Im Großraum Manila deckt der durchschnittliche Mindestlohn gerade einmal ein Drittel der durchschnittlichen Lebenshaltungskosten für eine Familie ab. Der errechnete Lebensunterhalt für eine Familie beträgt 871 Pesos (ca. 13,50 Euro), aber der Mindestlohn hat die Höhe von lediglich 382 (ca. 6 Euro) Pesos. Im Institut für Gewerkschafts- und Menschenrechte beklagen die Mitarbeiter, dass es eine Militarisierung der industriellen Beziehungen gibt. Immer mehr Militärs werden einbezogen oder auf Firmengelände stationiert. Neben Nestlé sind die Belegschaften in Konzernen wie Toyota oder Nissan unter ständiger Beobachtung von Militär. Ich möchte wissen,

wie es um die Sicherheit der Mitarbeiter des Instituts bestellt ist, wenn sie Streiks und Menschenrechts-Verletzungen dokumentieren und publizieren. „Wir sind gefährdet und an der Feuerlinie. Aber wir leben noch.“ So die lapidare Antwort.

Die Exportzonen sind für die Gewerkschaften Beleg für eine Form des Neokolonialismus. Viele Konzerne haben in der Exportproduktions-Zone ihren Betrieb geschlossen und ihn nach Thailand, Vietnam, Burma, oder China verlagert. Dabei geht es den Arbeitern insgesamt in China besser, auch wenn die Löhne dort niedriger sind, denn in China haben Arbeiter kostenlosen Zugang zum Schulsystem, zu Bildungseinrichtungen und sozialen Sicherungssystemen wie den Gesundheitsdiensten.

Voller Stolz zeigen mir Arbeiterinnen ihre bescheidene Wohnung. Sie sind stolz mitten in dieser Armut. Die Wohnung von Cecille und ihren vier Kindern ist gerade einmal 18 qm groß. Bei dem letzten Kampf um das Recht auf einen Tarifvertrag wurde sie von der Polizei krankenhauserreif geschlagen.

Sie arbeiten in einer Textilfabrik. Obwohl der staatlich festgesetzte Mindestlohn bescheidene 298 Pesos, (etwa 4,60) beträgt, hat der Multi diesen Hungerlohn noch ein-

mal gedrückt auf 223 Pesos (etwa 3,35 Euro). Die Regierung sorgt nicht für eine Einhaltung der verbrieften Rechte. Deshalb müssen die Arbeiter und Gewerkschafter selber für ihr Recht kämpfen. Die Regierung lässt die Arbeiter in diesem Kampf nicht nur allein, sie schützt auch noch die Unternehmen, die Recht brechen, und stellt ihnen bewaffnete Polizei- oder Militäreinheiten zur Verfügung.

Arbeitskräfteexport

Die weltweite Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften als Krankenschwestern und Haushaltshilfen steigt. Mehr als 400.000 Krankenschwestern werden jährlich im Land ausgebildet. Fast zehn Prozent der Bevölkerung ist im Ausland beschäftigt – Krankenschwestern, Putzmädchen, Haushaltshilfen, besonders Frauen, aber auch Seeleute. Die Gesamtzahl der Überseearbeiter entspricht einem Viertel der beschäftigten Filipinos oder einem Fünftel der Erwerbsbevölkerung. Die Philippinen sind das Land mit dem größten Export von Arbeitskräften. Dieser Arbeitskräfte-Export „lohnt“ sich ökonomisch. Die Überweisungen der im Ausland tätigen Filipinos betragen nämlich 12 bis 13 Prozent des philippinischen Bruttosozialprodukts. Die Botschafterin der Philippinen in der Bundesrepublik Deutschland hat auf einer Konferenz im September dieses Jahres in Manila die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Beschäftigung gerade von Frauen im Ausland beklagt. Botschafterin Delia Domingo-Albert sprach von einer „Feminisierung der Globalisierung“. Ein steigender Prozentsatz, nunmehr über sechzig Prozent der „Übersee-Arbeiter“, sei weiblich. Im Jahr 2007 seien 8,37 Millionen Arbeitende im Ausland beschäftigt. Im Jahr 2007 haben 1,7 Millionen Filipinos das Land verlassen. Tag für Tag sind es mehr als 3000



Vorstand der Textilarbeitergewerkschaft im Haus einer Arbeiterin

Filipinos, die auf der Suche nach einer Beschäftigung zur Sicherung des Lebensunterhaltes das Land verlassen. Die Direktorin einer Schule erzählt mir, sie wolle die Stelle als Haushaltshilfe in London annehmen, da sie von ihrem Einkommen auf den Philippinen nicht mehr leben könne.

Überall im Land wird für Krankenschwesterausbildung geworden. Die philippinischen Frauen haben einen Traumberuf – im Ausland. Die Studiengebühren müssen sie selber zahlen. Und der reiche Norden kann sich Investitionen in die Krankenpflege-Ausbildung sparen! Was aber sind die gesellschaftlichen Kosten, wenn die Frauen oder die Mütter von so vielen Kindern gezwungen sind, im Ausland zu jobben, um den Unterhalt der Familien zu erwirtschaften?

Unheilige Allianz von alter Bourgeoisie und den Neoliberalen

Die Philippinen hatten vor nur vierzig Jahren nach Japan den zweithöchsten Lebensstandard Asiens. Doch jetzt sind sie auf das Niveau von Bangladesch zurückgefallen, während ringsherum die Asiatischen Tiger wirtschaftlich boomen. Wie konnte es zu diesem Rückfall kommen, obwohl das Land reich an Bodenschätzen, Mineralien und Öl ist? Ein Erklärungsmuster für den rasanten Aufstieg der so genannten asiatischen Tiger mit ihrem exorbitanten Wirtschaftswachstum liegt darin, dass die Entwicklungs-Diktaturen den Konfuzianismus als Staatsideologie eingeführt haben. Die konfuzianischen Werte der Genügsamkeit und Unterordnung, der Askese und Genügsamkeit bilden ein Funktionsäquivalent zu den „protestantischen Tugenden“, die Max Weber für die Entwicklung des europäischen Kapitalismus ausgemacht hat. Die alte spanisch geprägte Elite hat kein Interesse an einer ökonomisch-indu-

striellen Entwicklung des Landes. Sie würde ihre Machtbasis in den angestammten Haziendas und riesigen Ländereien verlieren. Es ist leichter, Geld durch Import zu verdienen als durch Investitionen. Der Vergleich mit dem wirtschaftlich aufblühenden Malaysia zeigt den Unterschied. Während in Malaysia fünfundzwanzig Prozent des Bruttosozialproduktes reinvestiert werden, sind es in den Philippinen gerade einmal ein Prozent. Fünfzig Prozent der Kapitaleinkünfte stammen aus dem Ausland von den „exportierten Arbeitskräften“. Auf den Philippinen hat der Neoliberalismus eine tiefe Schneise geschlagen. Er konnte an die im Land existierenden semi-feudalen Strukturen anschließen. Die alt eingessene Elite, die traditionelle Bourgeoisie seit der Zeit der spanischen Kolonie, hatte das Land immer schon als Beute für sich betrachtet. Sie ist eine unheilige Allianz mit der neuen, der neoliberalen und global agierenden Elite eingegangen, die Staat und Gesellschaft verachtet.

Die philippinische Elite besteht aus den reichen und politisch einflussreichen Dynastien, den Oligarchen. Die zwanzig reichsten Personen haben ein Nettoeinkommen von \$ 15,6 Milliarden, das entspricht dem Jahreseinkommen von 52 Millionen Filipinos. Wer die Ökonomie beherrscht, der kontrolliert auch die politische Macht. Die Eliten rekrutieren sich aus sich selbst. Gern folgen sie zu ihrem Nutzen dem Diktat der Globalisierung. Privatisierung. Liberalisierung und Deregulierung haben die bereits bestehenden sozialen Krisen in den Philippinen noch einmal verschärft. So ist beispielsweise seit der Privatisierung der Wasserversorgung der Wasserpreis in Manila um vierhundert Prozent gestiegen.

Die Finanzkrise erschüttert nicht allein das Zentrum. Der frühere Mitarbeiter des internationalen Währungsfonds und jet-

zige Professor an der National University of Singapur bekräftigte auf einer Konferenz im September in Manila, dass die Reagan-Revolution vorüber sei und mit ihr die Ideologie, dass die beste Form der Regierung „weniger Staat“ sei. Der Verantwortliche des Internationalen Währungsfonds für Asien kommt zu der späten Einsicht, die in der Manila Times zitiert wird: „Wir erkennen jetzt, dass wir gutes Regierungshandeln und Regulierung brauchen und den Markt nicht sich selbst überlassen dürfen.“ Zurückblickend gesteht er ein: „Es gab eine Zeit, als man die guten Standards für Regulierungen kannte. Nun weiß das niemand mehr. Alle stellen jetzt die fundamentale Frage: Wie sollen wir regulieren?“

Systematische Menschenrechtsverletzungen

Philippinische Menschenrechts-Organisationen haben den UN-Menschenrechtsrat aufgefordert, auf die Regierung einzuwirken, die außergerichtlichen Hinrichtungen und Menschenrechts-Verletzungen zu stoppen. Der Sonderberichterstatter des UN-Menschenrechtsrates Philipp Alston ist in einem Sonderbericht zu dem Ergebnis gekommen, dass in vielen Fällen staatliche Sicherheitskräfte in die Ermordung von linken Aktivisten, Anführern der Urbevölkerung, Gewerkschaftsführern und Kirchenleuten verwickelt sind, auch wenn das Militär diese Ermordungen beharrlich leugnet. Allein in diesem Jahr 2008 sind bereits mehr als dreizehn Fälle dokumentiert. Gerade aus den Philippinen Anfang Oktober zurückgekehrt, bekomme ich eine Mail, in der von der Verschleppung eines Führers einer NGO berichtet wird, der gegen die Abholzung der Wälder im Norden der Philippinen protestiert hat. Er ist verschleppt worden. Niemand weiß wohin.

Im Zentrum für Gewerkschafts- und Menschenrechte berichtet man mir von mehr als 107 dokumentierten Fällen von Verletzungen von Menschenrechten im Jahr 2008. Allein 21 Verstöße gegen Gewerkschafter und eine Tötung. Betroffen waren über 20.000 Arbeiter, unter ihnen ca. 5000



Im Menschenrechts-Zentrum

Frauen. Die systematischen Menschenrechts-Verletzungen sind nichts anderes als ein Instrument zur Verteidigung der bestehenden Ordnung.

Im Krieg

Die Philippinen bilden die zweite Front der USA im Kampf gegen den „Terrorismus“. Sie sind ein wichtiger Alliiertes dank der lang bestehenden ökonomischen und politischen Abhängigkeit von den USA. Die Präsenz der US-amerikanischen Truppen wurde ausgebaut. Auch wenn es offiziell verneint wird, so ist doch allen klar, dass die USA in den Krieg in Mindanao involviert sind. Die USA haben ihre Militär- und Wirtschaftshilfe seit dem 11. September 2001 auf US \$ 877,8 Mrd. verdreifacht und sind im ganzen Land präsent. Es gibt große Lager an Öl und anderen Bodenschätzen. Es gibt derzeit keinen Krieg zwischen Christen und Muslimen, wie er so gern dargestellt

wird. Die im Land ansässigen Muslime verteidigen ihre Bodenschätze gegen eine Regierung, die das Land und seine Ressourcen den global agierenden Konzernen ausliefert. Seit der Eroberung der Philippinen im 16. Jahrhundert kämpfen die Muslime um ihr Recht. Die (alt-katholische) Iglesia Filipina Independiente, der Erzbischof Ramento angehörte, sagte zum Konflikt in einer Erklärung am 21.08.2008: „Die politische Unruhe und der bewaffnete Konflikt haben ihren Grund vorrangig in Ungerechtigkeiten wie Habgier, Korruption, Verlogenheit, Betrug und Verletzung der Menschenrechte.“

Nachtrag: Während ich diesen Bericht über meine Erfahrungen auf den Philippinen schreibe, bekomme ich eine Mail. Jerry berichtet darin von einem Menschenrechtsforum, das er zur Erinnerung an die Ermordung von Erzbischof Ramento veranstaltet hat. Er schließt mit der Bemerkung: „Der Intelligence Service ist beim unbefugten Betreten unseres Seminars bemerkt worden. Ich habe angeordnet, vorsichtig zu sein und die Sicherheitsmaßnahmen zu erhöhen.“

* Während der Vorbereitungen dieses Heftes mit dem Schwerpunkt-Thema „Unsere Welt“ ist der uns vom Autor zugesandte Artikel auch in der Zeitschrift Sozialismus 11/2008, S. 33–36 erschienen. Wir danken der Redaktion von „Sozialismus“ für ihr Einverständnis zum Druck in CuS.

Prof. Dr. Franz Segbers, alt-katholischer Pfarrer, Referent für Ethik im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau, geb. 08.08.1949 in Gelsenkirchen. 1969–1976: Studium der katholischen Theologie und der Sozialwissenschaften an der Universität Münster/Westfalen.

1978–1985: Mitarbeiter in der Arbeitsstelle für Betriebsseelsorge in Frankfurt-Höchst im Bistum Limburg. 1985: Promotion in Sozialethik an der Universität Würzburg. 1986–1988: Pfarrvikar in der alt-katholischen Gemeinde

Heidelberg. 1988–2002: Dozent für Theologie und Sozialethik an der Evangelischen Sozialakademie Friedewald. 1999: Habilitation in Evangelischer Sozialethik über die „Hausordnung der Tora. Biblische Impulse für eine theologische Wirtschaftsethik“ (3. Aufl 2002).

1999: Berufung zum Privatdozenten für Evangelische Sozialethik an der Philipps-Universität Marburg. Ab 2002: Referent für Ethik im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau. 2004: Berufung zum außerplanmäßigen Professor für Sozialethik, Universität Marburg. Veröffentlichungen insbesondere zu Themen der Arbeits- und Wirtschaftsethik.

Auswahlbibliografie:

Streik und Aussperrung. Eine sozialetische Bewertung, Düsseldorf 1976

Zus. mit Chr. Gremmels, Am Ort der Arbeit. Zu einer Theologie der Arbeit, Mainz 1981

Zus. mit Heiner Ludwig, Handbuch der Arbeiterpastoral, Mainz 1982

Zus. mit Kuno Füssel: „... so lernen die Völker des Erdkreises Gerechtigkeit.“ Ein Arbeitsbuch zu Bibel und Ökonomie, Luzern 1995

Hausordnung der Tora. Biblische Impulse für eine theologische Wirtschaftsethik (Luzern 1. Aufl 1999; 3. Aufl 2002)

Zus. mit U. Becker, Logik der Ökonomie – Krise der Arbeit, Mainz 2001

Zus. mit W. Hanesch und K. Koch, Öffentliche Armut im Wohlstand. Hamburg 2004

Ökonomisierung der Diakonie, Frankfurt 2004
Zus. mit Ulrike Sehring. Ethisch handeln im Krankenhaus, Frankfurt 2005



Franz Segbers

Fünf Fragen an den Botschafter Kubas in Deutschland

Fünfzig Jahre Revolution in Kuba

Reinhard Gaede:

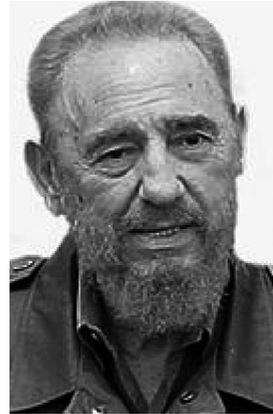
Kuba beging am 1. Januar 2009 den fünfzigsten Jahrestag des Siegs seiner Revolution. Können Sie mir für das deutsche Publikum in kurzen Worten erklären, welche Fortschritte durch die Revolution erzielt wurden?

Gerardo Peñalver:

Um sich wirklich ein Bild davon machen zu können, welche enormen Fortschritte Kuba in den letzten fünfzig Jahren gemacht hat, muss man sich vor Augen führen, in welchem Zustand Kuba 1959 war. Damals hatte Kuba eine Bevölkerung von sechs Millionen Einwohnern. 23,6 Prozent aller Einwohner ab zehn Jahren waren Analphabeten, eine Million waren mehr oder weniger Analphabeten. 600 000 Kinder hatten keine Möglichkeit, eine Schule zu besuchen, und 10 000 Lehrer waren ohne Arbeit. Für eine Ausbildung auf technischem Gebiet auf mittlerem Niveau stand nur eine einzige Einrichtung zur Verfügung, für eine agrarwissenschaftliche Ausbildung gab es lediglich sechs Einrichtungen mit sehr limitierter Kapazität, ebenso gab es nur unzureichende Möglichkeiten zu studieren, sei es auf dem Gebiet der Humanwissenschaft, der Wirtschaftswissenschaft oder der Medizin.

Die Infrastruktur war insgesamt in einem desolaten Zustand, die Armut nahm rasant zu. In Politik und Verwaltung breitete sich die Korruption immer weiter aus, es gab willkürliche Exekutionen, Morde. Ausländische Besitzer und Missstände auf vielen Gebieten machten das Leben für die Kubaner schwer, die sich schließlich unter

Führung von Fidel am 1. Januar 1959 von der Tyrannei befreiten.



Fidel Castro

Der Sieg der Revolution mit ihrer humanen und sozialen Zielsetzung hatte zur Folge, dass der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen für immer ein Ende gesetzt wurde. Die ökonomischen Strukturen, die bis dahin nur einer kleinen Schicht der Bevölkerung zugute kamen, wurden von Grund auf reformiert. Durch die Revolution wurde die Privatisierung der Produktionsmittel und damit die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft. Dadurch hat die Revolution die Grundvoraussetzung dafür geschaffen, dass das ganze Volk ein Recht auf Gesundheit, Bildung, Sport, Kultur und Wohlbefinden hat. Darüber hinaus wurde das Volk selbst in die Lage versetzt, darüber zu bestimmen, wie die Entwicklung auf dem Weg in eine bessere Zukunft weiter gehen sollte.

Heutzutage ist Bildung für alle Kubaner kostenlos, auch das Studium an den Universitäten. Die Bildungsrate der Bevölkerung liegt bei 99 Prozent. 98 Prozent der Bevölkerung können lesen und schreiben. Nach Untersuchungen der UNESCO ist Kuba auf dem Gebiet der Grundausbil-

derung führend in Lateinamerika und gehört weltweit zu den vier führenden Ländern auf dem Gebiet der Bildung.

Es wäre noch viel mehr aufzuzählen, um zu zeigen, welche Fortschritte Kuba in den letzten fünfzig Jahren gemacht hat, wobei man insbesondere darauf hinweisen muss, dass Kuba das alles ohne jegliche finanzielle Unterstützung und trotz einer bereits ein halbes Jahrhundert währenden Wirtschaftsblockade durch die Vereinigten Staaten erreicht hat. Es gibt kein anderes Land auf der Welt, das über einen so langen Zeitraum einer Blockade widerstanden hat. Man muss sich das immer wieder klar machen, um richtig einschätzen zu können, wie viel wir trotz außergewöhnlichen Umständen erreicht haben.



Kubaner bei den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Revolution

Reinhard Gaede:

Die bürgerliche Presse hat die Revolution und vor allem die Behandlung der Oppositionellen im Land kritisiert. Wie würden Sie die Beachtung der demokratischen Grundrechte auf Kuba beurteilen?

Gerardo Peñalver:

Die Tatsache, dass in dieser Hinsicht Kritik an Kuba laut wird, zeigt, dass man die hi-

storische Leistung der Revolution in Bezug auf die Menschenrechte, auf die Freiheit und in Bezug auf die Demokratie in den Dreck ziehen will. Unser demokratisches System unterscheidet sich von dem System, das es angeblich in der ganzen Welt gibt. Es ist sicherlich nicht perfekt, aber von unserem Standpunkt aus und im Hinblick auf unsere historische Erfahrung ist es ein System, an dem das Volk als Entscheidungsträger direkt beteiligt ist. Es ist ein System, in dem die kommunalen Abgeordneten und Delegierten direkt vom Volk – also: von unten nach oben – gewählt werden und zwar unter Verzicht auf Wahlkampagnen oder Parteien, wobei zudem noch hervorgehoben werden muss, dass Geld auf keiner Seite eingesetzt wird. Dieses System straft alle Verleumdungen Lügen.

In Kuba gibt es wie überall sonst eine Opposition; es kommt aber nicht vor, dass Menschen wegen ihrer Gesinnung bestraft werden sondern nur dann, wenn sie durch konkrete Handlungen versuchen, die gesetzlich legitimierte Regierung außer Kraft zu setzen. Solche Personen, die man in Europa „Dissidenten“ oder „Kämpfer für die Freiheit“ nennt, sind in Wirklichkeit Söldner im Dienste einer ausländischen Macht.

Während der vergangenen 50 Jahre nach der Revolution hat es in Kuba keinen einzigen Fall gegeben, in dem ein Mensch mysteriöse Weise verschwunden wäre, oder aus politischen Motiven heraus ermordet worden wäre. Niemand könnte auch nur einen einzigen Fall von Folter nennen. Ganz offensichtlich findet ein Medienkrieg gegen Kuba statt, dem wir so lange wie nötig standhalten werden.

Es gibt Menschen, die denken, dass Kuba, nur weil es sozialistisch und ein kleines Land ist, kein Recht hätte, seine Souveränität zu verteidigen. Kuba müsste schon allein deshalb verteidigt werden, dass man

herausstellen kann, was es für die Dritte Welt und für die Wahrung der Würde des Menschen geleistet hat. Es muss wieder das Recht in Kraft gesetzt werden, das den einzelnen Völkern das Recht zur Selbstbestimmung garantiert, zur freien Wahl des politischen Systems, der Institutionen und Gesetze, für die sie sich entscheiden.

Wir sind der Auffassung, dass es nicht nur – gleichsam wie ein Dogma – ein einziges Modell von Demokratie gibt. Wir wehren uns gegen die Intoleranz, auf Grund der die Industrieländer kein anderes System anerkennen als ihr eigenes. Der Norden hat sich Konzepte von Menschenrechten und der Demokratie zu eigen gemacht, die er als politische Instrumente gegen den Süden einsetzt.

Reinhard Gaede:

Der Zerfall der kommunistischen Staaten in Osteuropa hat Kuba dazu gezwungen sich nach anderen Verbündeten umzusehen. Welche Formen der Zusammenarbeit sehen Sie derzeit?

Gerardo Peñalver:

Die oben erwähnte Entwicklung in Osteuropa hat Kuba ganz offensichtlich vor viele Probleme gestellt, aus denen man aber gut lernen konnte. Kuba unterhält heute vielfältige Handelsbeziehungen zu vielen verschiedenen Ländern; es haben sich nach allen Seiten Möglichkeiten einer Zusammenarbeit aufgetan. Ein Beispiel für eine wirklich gute Zusammenarbeit zwischen uns südamerikanischen Staaten ist ALBA, die Bolivianische Alternative. Dieses Integrationsprojekt basiert auf den Grundsätzen von Simon Bolívar und José Martí, deren Ziel eine Integration ist, die in erster Linie so angelegt ist, dass sie der Mehrzahl der Bevölkerung zugute kommt und nicht nur wirtschaftlichen Aspekten untergeordnet wird. In erster Linie sollte es darum gehen,

sich durch die Zusammenarbeit mit anderen Staaten gegenseitig zu ergänzen, indem man vor allem solidarisch handelt und das Hauptmerkmal auf soziale Projekte legt.

Im Rahmen solcher Grundsätze suchen wir die internationale Zusammenarbeit. Mehr als 31 000 Stipendiaten aus 123 Staaten studieren in Kuba, 24 000 von ihnen Medizin, und fast 51 000 Kubaner bieten ihre Dienste in 96 verschiedenen Ländern an, die meisten von ihnen arbeiten auf dem Gebiet des Gesundheitswesens. Mehr als 3 600 000 Menschen weltweit sind auf der Grundlage des kubanischen Bildungssystems „Ja, ich kann“ alphabetisiert worden. Die Kubaner haben in 33 Ländern mehr als dreihunderttausend Augenoperationen durchgeführt, und auf internationaler Ebene ist vor allem die kubanische Hilfe bei Naturkatastrophen in Ländern wie Mexiko, Peru, der Volksrepublik China, Pakistan, hoch geschätzt.

Kuba selbst begrüßt die Zusammenarbeit mit vielen Ländern der Welt. Wir weisen aber eine Zusammenarbeit mit solchen Ländern zurück, die uns Bedingungen stellen. Wir empfinden uns als ein würdiges Volk, das, obwohl es zur Dritten Welt gehört und nur über geringe Ressourcen verfügt, zur internationalen Zusammenarbeit bereit ist. Es ist schwer einzuschätzen, wie sich diese Zusammenarbeit auswirkt, nicht nur in jedem konkreten Fall, sondern auch im Hinblick darauf, welche Auswirkung diese Zusammenarbeit auf die künftige Entwicklung des Landes haben wird.

Reinhard Gaede:

Welche Chancen geben Sie dem Sozialismus in Kuba im 21. Jahrhundert?

Gerardo Peñalver:

Im 20. Jahrhundert waren Che und Fidel die Wegbereiter für den Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Sie haben den Sozialismus ak-

tiv vorangetrieben, indem sie Irrtümer ein-sahen und neue Erkenntnisse gewannen. Diese Entwicklung geht heute weiter. Die Tatsache, dass der kubanische Sozialismus trotz der Blockade derer, die dem so genannten „realen Sozialismus“ anhängen, nicht untergegangen ist, verdanken wir dem kreativen Geist, mit dem der Sozialismus in Kuba bereits seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts immer weiterentwickelt wurde. Natürlich basierte der Sozialismus zunächst auf den damals gültigen Grundsätzen, er hat sich aber seitdem weiterentwickelt, ohne den Boden der Konzepte, die im 19. Jahrhundert entwickelt und im 20. Jahrhundert weiterverfolgt wurden, zu verlassen, deshalb wird sich der Sozialismus auch im 21. Jahrhundert durchsetzen.

Am besten kann man Ihre Frage mit den Worten von Dr. Armando Hart, einem kubanischen Intellektuellen, der sich einen Namen als Kämpfer für den Sozialismus gemacht hat, beantworten. Er sagte: „Die lateinamerikanische Freiheitsbewegung und die Ideen von Marx, Engels und Lenin sind die Wegbereiter für den Sozialismus des 21. Jahrhunderts.“ Wir haben uns in der Vergangenheit am Marxismus-Leninismus orientiert und werden uns auch in Zukunft an ihm orientieren.

Reinhard Gaede:

Welche Rolle spielt Kuba Ihrer Meinung nach für die Beziehung mit anderen Völkern?

Gerardo Peñalvoer:

Ich meine, dass Kubas Rolle vorbildlich ist. Kuba ist es gelungen, die Isolation, in die es durch die Regierung der USA gezwungen werden sollte, zu überwinden. Kuba unterhält mit 181 von den 192 Mitgliedern der Vereinten Nationen Beziehungen. In Havanna gibt es 108 ausländische Botschaften, und Kuba unterhält weltweit 123 Botschaften. Zudem ist Kuba tief in Lateiname-

rika und der Karibik verwurzelt, es unterhält zu 32 Ländern der Region diplomatische Beziehungen. Seit dem Scheitern der neoliberalen Regime und dem Sieg der progressiven Regierungen herrscht eine freundliche Atmosphäre in der Region.

Die Revolution und das Land sind heute anerkannter denn je, Kuba hat mehr Beziehungen und Kontakte als je zuvor. Immer mehr Delegationen und ausländische Staatsschefs besuchen Kuba. Wir sind heute in der Region fester verankert als jemals zuvor. Kuba wird hoch geachtet, vor allem auch wegen seiner Unterstützung der Dritten Welt.

Wir werden auch von einem starken Gefühl internationaler Solidarität getragen. Zurzeit gibt es 2 070 Freundschaftsgesellschaften in 147 Ländern, 346 Unterstützungs-Komitees setzen sich in 110 Ländern für die Freilassung von fünf antiterroristischen kubanischen Freiheitskämpfern ein, die sich in amerikanischer Gefangenschaft befinden. Es gibt 51 Assoziationen von Graduierten, in denen 79 Gruppen von Vätern der Schüler mit Stipendien arbeiten. Kubaner, die im Ausland leben, unterstützen die Revolution, am meisten diejenigen, die in den Antillen leben.

Unter dem Motto „Ja, ich kann“ tragen wir in vielen Ländern zur kulturellen Entwicklung bei, indem wir den Menschen das Lesen und Schreiben beibringen. Wir sind auf dem Gebiet des Sports aktiv. Wir bringen den Menschen Licht, die nicht sehen können, wir verbreiten Freude und Hoffnung. Wir sind ein Beispiel dafür, wie man soziale Sicherheit garantieren kann, was man zum Schutz der Arbeiter tun kann, wie man Bildung und Kultur weiterentwickeln kann. Wir sind eine moralische Kraft, deshalb werden wir geliebt und respektiert, das ist ein klares Zeichen für die Achtung der Menschenrechte.

Übersetzung aus dem Spanischen:
Dr. Ursula Diezemann

Zu weiteren Informationen über Kuba vgl. die Homepage der Deutsch-Kubanischen Freundschaftsgesellschaft <http://www.fgbrdkuba.de>

Gerardo Peñalver
Portal, Botschafter
Kubas

Geburtsdatum:
13. April 1969 in
Havanna

Sprachen: Englisch,
Deutsch, Franzö-
sisch und Russisch
Verheiratet, ein Kind

Studien:

1987–1992 Abge-
schlossenes Stu-
dium der Interna-
tionalen Politischen
Beziehungen an der

Hochschule für Internationale Beziehungen
„Raúl Roa García“ (ISRI), Havanna

1975–1978 Studium der russischen Sprache in
Moskau

1987–1992 Studium der englischen und fran-
zösischen Sprache, ISRI

1996 Intensivlehrgang für Deutsch, Goethe-In-
stitut, Bonn

1993 Postgraduales Studium Marketing und
Unternehmensführung, ISRI



**Gerardo Peñalver
Portal**

1991 Postgraduales Studium der Multilatera-
len Diplomatie, gelehrt von einem multidiszi-
plinären Team von Akademikern des Instituts
für Multilaterale Diplomatie, Washington, ISRI

1993 Postgraduales Studium Humanitäres Völ-
kerrecht, Ministerium der Streitkräfte (MINFAR)

1998 Postgraduales Studium der Europäischen
Integration, unterrichtet von einem Akademi-
ker der Universität Florenz, ISRI

1998 Postgraduales Studium Projektführung,
unterrichtet von einem Vertreter der Europäi-
schen Kommission, Havanna

2004–2006 Master für Internationale Wirt-
schaftsbeziehungen, ISRI

Berufliche Tätigkeit:

Offizier für Internationale Beziehungen, Abt.
Int. Bez. des MINFAR

1994–1996 Generalassistent für Internatio-
nale Beziehungen in der Europa-Abteilung des
Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten
1996–1998 Dritter Sekretär der Botschaft
Kubas in Bonn

Länderspezialist in der Europa-Abteilung des
Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten
Botschaftsrat, stellv. Missionschef der kubani-
schen Botschaft in Berlin

Mitarbeiter des Sekretariats des Exekutivkomitees
des Ministerrates

seit 2.9.2005 Außerordentlicher und Bevoll-
mächtigter Botschafter der Republik Kuba in
der Bundesrepublik Deutschland

Teilnahme an zahlreichen internationalen Ver-
anstaltungen und Konferenzen

Demographie: Auf Kuba leben etwa 11 Millionen Menschen, davon über zwei Millionen in der Hauptstadt Havanna. Die Bevölkerung wuchs in der Vergangenheit kontinuierlich um eine Million Menschen je Jahrzehnt. Ursachen für das Bevölkerungswachstum sind die hohe Lebenserwartung und die mit 5,4 Fällen je 1000 Geburten geringe Kindersterblichkeit. Aufgrund rückgehender Geburtenrate (derzeit 1,6 Kinder pro Frau) und Emigration ist die Entwicklung derzeit leicht negativ. **Religion:** 1992 wurde Kuba durch Verfassungsänderung von einem atheistischen Staat zu einem säkularen, wodurch Gläubigen die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei (PCC) ermöglicht wurde. Als Kubas Hauptreligionen gelten der Katholizismus und die Santería, eine Mischreligion. Sie basiert auf der animistischen Religion der westafrikanischen Yoruba, und ist stark mit christlichen Elementen vermischt ... Wikipedia, Art. Kuba

Nicaragua zwischen Emanzipation und Autoritarismus

Von Udo Fleige

In der neoliberalen Phase, die der revolutionären Aufbruchstimmung folgte, vertiefte sich die soziale Kluft zwischen Arm und Reich in Nicaragua erheblich. Seit zwei Jahren (Ende 2006/ Anfang 2007) ist die FSLN (Sandinistische Front für die Nationale Befreiung) erneut an der Regierung.

Daniel Ortega steht jedoch zunehmend in der Kritik, das soziale Projekt der Sandinistas zugunsten eines machterhaltenden Klientelismus weitestgehend aufgegeben zu haben. Viele ehemalige Sandinisten ebenso wie linke NGOs (Infobüro Nicaragua, Christliche Initiative Romero, u.a.) haben sich abgewendet und sehen hier eine populistische Clique, der es nur um den eigenen Machterhalt geht.

Der medico-Verteter in Nicaragua Dieter Müller ist seit längerer Zeit vor Ort und hat die Entwicklung in der Projektarbeit nahe verfolgt.

Dieter Müller ist Leiter des Mittelamerika-Büros von medico international in Managua. Auf einer Veranstaltung in Tübingen am 11.2.2009 stellte er die ökonomische und politische Ausgangslage in der Region und insbesondere in Nicaragua vor, schildert die Hintergründe dieser Entwicklung und beschreibt die Versuche, nichtsdestotrotz eine auf Emanzipation und Selbstbestimmung setzende Projektarbeit vor Ort zu realisieren.

Eine Reise durch die Projektarbeit von medico-international in Nicaragua kann man anschauen unter:

[http://www.medico.de/themen/
vernetztes-handeln/dokumente/](http://www.medico.de/themen/vernetztes-handeln/dokumente/)

mittelamerika-zwischen-emanzipation-
und-autoritarismus/3162

In den „Briefen aus Matagalpa“, Winter 2008/2009, sind auf Seite 10f. soziale Fortschritte in Nicaragua nach der Rückkehr der Sandinisten an die Regierung seit Anfang 2007 dargestellt. Olivia Alvarez Alvarado in Matagalpa und die Lehrerinnen der talleres (Seminare) in Matagalpa berichten von sozialen Fortschritten bzw. neuen Hoffnungen (a.a.O. S. 11/12 und Briefe aus Matagalpa Nr. 15 Herbst/Winter 2007/2008) nach der Rückkehr von Daniel Ortega an die Macht: „Ich habe das Gefühl, die Sonne beginnt in jedem Heim in Nicaragua zu leuchten und dass wir besser und in mehr Würde leben werden“, schrieb eine Lehrerin 2007.

Und Olivia Alvarez:

„Ich möchte euch etwas über die Situation in meinem Land erzählen, in dem 16 Jahre lang Präsidenten herrschten, die meine Heimat bankrott, arm, mit Hunger und nackt hinterlassen haben. Tausende sind arbeitslos, Kinder und Jugendliche möchten studieren, haben aber keine Möglichkeit dazu. [...] Lehrer verdienen einen Hungerlohn, der weder für den Basis-Warenkorb, geschweige denn für die Ausbildung der Kinder ausreicht. Wir haben den Wunsch, gute Lehrer zu sein, aber unsere Arbeit wurde nicht anerkannt, und während 16 Jahren mussten wir ertragen, dass die Regierung nur für sich selbst das wenige Geld ausgab, das unser Land besitzt. Ich träume davon, eine Regierung zu haben, die sich um die Armen kümmert, darum, dass Arbeiter ordentlich bezahlt werden und sie ihren Bedarf decken können mit Würde, nicht um

wie die Reichen zu denken. Jetzt mit dem Präsidenten Daniel Ortega glaube ich, dass es besser wird. Seine Vorhaben sind ausgezeichnet, und er hat auch schon einige ausgeführt.“

Ortega selber spricht davon, dass die Revolution von 1979, (die sich am 19. Juli 2009 zum 30. Mal jährt), nach diesen 16 Jahren Unterbrechung (1990–2006) nun weitergeführt werden kann.

Doch was ist der Unterschied? Dieter Müller sagt: Es ist eine Reform von oben, eine Reform per Dekret, kein gesellschaftliches Ereignis, kein gesellschaftliches Projekt, die Bevölkerung ist in die Maßnahmen nicht einbezogen, so wie das vor und nach 1979 war. Die Reformen sind vielmehr eher dem „caudillismo“ Ortegas zuzuschreiben, der ihm auch schon Ende der 80er Jahren immer wieder vorgeworfen wurde. Wikipedia definiert ihn so: „Mit Caudillismo (span.: caudillo, Heerführer) bezeichnet man die autoritäre, nicht institutionell verankerte, Leitung, die eine Person (der „Caudillo“) über eine soziale Gruppe ausübt, um eine politische, ökonomische oder soziale Situation zu verändern, die diese Gemeinschaft schädlich beeinflusst. Die Eigenschaften, die einen Caudillo auszeichnen, sind im Allgemeinen eine starke Persönlichkeit, Ambition zur Macht, Charisma, Mut und die Fähigkeit zur politischen/militärischen Leitung, aber oft auch Grausamkeit, Rücksichtslosigkeit und Brutalität.“

Die soziale Fortschritte im Vergleich zu den Verwüstungen des Landes durch den Neoliberalismus in den 90er Jahren sind nicht zu bestreiten: Es gibt Fortschritte im Bildungs- und Gesundheitswesen, die Sprechstunde beim Arzt ist wieder gratis, es gibt eine neue Alphabetisierungs-Kampagne nach einer kubanischen Unterrichtsmethode ...

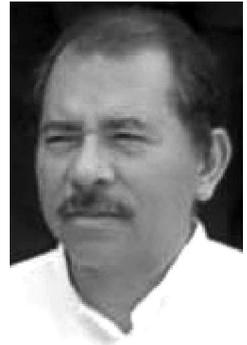
Aber: In den 80er Jahren nach der sandinistischen Revolution kam die Gesundheit zu den Menschen auf das Land, in jedem Dorf wurden Promotoren ausgebildet, es gab Gesundheitsposten vor Ort mit HelferInnen, die nicht unbedingt

Ärzte sein mussten, denn um den häufigen Durchfall zu behandeln, brauchte man nicht keinen Arzt, sondern vor allem Prävention und einfache Grundkenntnisse der Behandlung. Heute ist die Sprechstunde wieder gratis, aber die gesamte Struktur der Nach-Revolution fehlt: Impfkampagnen, die Präventionsarbeit in den Dörfern, die Gesundheitsposten, die Massen von freiwilligen HelferInnen. Und auch wenn der Arztbesuch in der Stadt nichts mehr kostet, so müssen doch die Fahrtkosten in die Stadt und die Verpflegung in der Stadt aufgebracht werden, was sich sogar LehrerInnen mit ihren katastrophalen Gehältern oft nicht leisten können.

Die Ausbildung der LehrerInnen ist ebenfalls mangelhaft.

Die veränderte politische Kultur

Daniel Ortega verspricht in seiner Rhetorik, dass er dort weiter macht, wo die Revolution 1990 aufhören musste. Auf den Stellwänden in Managua feiert der Revolutions-Barock seine Urstände. Doch was das Verhaltensmuster Ortegas betrifft, so entspricht es dem „dirección nacional ordenada“, („Nationales Direktorium, gib uns Anweisungen“) aus einer Zeit, in der ein solcher Führungsstil angebracht war, als



Daniel Ortega

Reagan US-Präsident war, als sich das Land im Krieg gegen die US-finanzierte Contra befand, als das Land einer Seeblockade unterworfen war und die Häfen völkerrechtswidrig von den USA vermint worden waren.

Vieles von den damaligen Verhaltensmustern ist heute wieder/immer noch da, obwohl es keinen Krieg mehr gibt: Unterwürfigkeit, Autoritarismus, gegenseitige Verunglimpfungen statt einer Kultur der Auseinandersetzung, „wer nicht für uns ist, ist gegen uns“, Worte wie „Feind“, „Krieg“, „Vaterlandsverrat“... Die Sandinisten und die abtrünnigen DissidentInnen der MRS (Ernesto Cardenal, Gioconda Belli, Sergio Ramirez...) schenken sich da nichts. Müller fühlt sich an Kinder erinnert, die im Sandkasten sitzen, sich streiten, mit Dreck bewerfen und gegenseitig ans Schienbein treten. Es gibt keine inhaltliche Auseinandersetzung zwischen den Fronten um politische Perspektiven.

Ortega spricht in seiner Rhetorik immer wieder davon, dass er seiner Frau die halbe Macht abgegeben habe, also den Frauen in Nicaragua. Aber seine Ehefrau Rosario Murillo hat kein offizielles politisches Amt inne, sie wurde von niemand für irgendetwas gewählt.

Weder in Nicaragua selber noch in den deutschen Medien findet eine politische Auseinandersetzung statt, stattdessen wird die Auseinandersetzung auf Klatsch- und Feuilleton-Niveau geführt: „Der alternde Comandante! Schaut ihn euch an, was aus ihm geworden ist. Und erst seine esoterische Ehefrau mit den vielen Ringen an den Fingern ...“ (DER SPIEGEL, GEO ...).

Das Machtprojekt und „el pacto“

Es handelt sich aktuell um ein Machtprojekt von Daniel Ortega und seiner Ehefrau in der Tradition des Caudillismo. Ziel ist

es, nicht mehr abgewählt werden zu können. Dazu gehörte die Verfassungsänderung mit dem Ziel, Ortegas Widerwahl als Präsident zu ermöglichen, was bisher nicht möglich ist. Außerdem soll eine Art „Kanzler“ neben dem Präsidentenamt eingeführt werden, so dass Ortega im Wechsel Kanzler und Präsident werden könnte (ähnlich wie es Putin in Russland macht). Das ganze basiert auf dem Pakt (el pacto) mit Arnoldo Alemán, der ab 1996 Präsident Nicaraguas war. Zusammen mit Daniel Ortega trieb Alemán damals die Zusammenarbeit ihrer beiden Parteien voran. Der Pakt beinhaltet u.a. eine Reform des Wahlrechts, die die nötige Stimmenanzahl für die Präsidentschaft Nicaraguas von 45 % auf 35 % senkt + 5 % Vorsprung vor dem unterlegenen Kandidaten. Dadurch reichte Ortega 2006 das 38 %-Wahlergebnis, sein schlechtestes bisher (1996 und 2001 war er gescheitert), um im Januar 2007 Präsident zu werden.

Im April 2007 verabschiedete Ortegas FSLN mit Alemáns PLC zusammen eine Strafrechtsreform zum Korruptionsparagrafen: Alemán war wegen Korruption und Geldwäsche zu 20 Jahren Haft verurteilt worden; nach dem neuen Gesetz liegt das Strafmaß für diese Art der Korruption nur noch bei 5–7 Jahren. Der Pakt führte so weit, dass sie durch Gesetzes- und Verfassungsänderungen versuchten, einen Zwei-Parteien-Staat zu errichten, indem der Zugang neuer Parteien erschwert und freie Bürgerlisten verboten wurden. Auch hatten und haben sie einen großen Einfluss auf die Besetzung der wichtigsten Gremien (Oberster Wahlrat, staatlicher Rechnungshof, Oberster Gerichtshof, Vorsitz des Parlamentes des Landes). Des Weiteren erhalten der Präsident und der Vizepräsident nach ihrem Ausscheiden Abgeordnetenstatus auf Lebenszeit. Die damit verbundene Immunität kam Alemán in seinem Korrup-

tionsverfahren zugute. Alemán wurde am Ende seiner Amtszeit (2001) im Jahre 2003 wegen Korruption und der Veruntreuung von 85 Millionen US-Dollar zu 20 Jahren Haft verurteilt, die er aber nie wirklich antrat: Aus 20 Tagen(!) Haft wurde Hausarrest in seiner Villa und daraus dann Hausarrest in der Region (!) ...

An den ökonomischen Machtstrukturen wurde nichts geändert. Das Großkapital Nicaraguas hat unter allen Änderungen durch die FSLN seit 2007 am wenigsten zu leiden.

Katholische Kirche, Frauenbewegung

Der Verdacht liegt nahe, dass es sich bei den sozialpolitischen Maßnahmen um politische Zugeständnisse Ortegas an seine Basis handelt, um sich deren Gunst und damit seine Macht zu erhalten.

Das gleiche Vorgehen wendet Ortega im Umgang mit der katholischen Kirche an: Die katholische Amtskirche, der Erzbischof Obando y Bravo und Papst Johannes Paul II. waren die erbittertsten Feinde der Revolution in Nicaragua gewesen. Heute werden der katholischen Kirche große Zugeständnisse gemacht, was sich im Bildungswesen in den Richtlinien zur Sexualaufklärung niederschlägt und im Gesundheitswesen im Abtreibungsverbot. Die Abtreibung war auch unter den Sandinisten in den 80er Jahren schon illegal, es gab aber eine Indikationslösung, d.h. bei Inzest, bei Gefahr für Leben von Mutter und Kind oder bei Vergewaltigung blieb die Abtreibung straffrei. 2006 wurde dieses Gesetz mit Hilfe der FSLN gekippt, jede Art von Abtreibung gilt nun als Straftat.

Dies gilt medico-international als einer der größten medizinischen Rückschläge, der zum Ansteigen der Müttersterblichkeit geführt hat. Angesichts des machismo der

lateinamerikanischen Männer und einer hohen Inzest-Problematik hat das Abtreibungsverbot verheerende gesundheitliche Folgen für die Frauen.

Die Revolution von 1979 war auch eine Revolution der Frauen, von Frauen breit mit getragen. Die Frauenbewegung war es auch, sie sich nach 1980 gut organisiert hat und sehr viel erreicht. Jetzt fragen sich die Frauen: Was ist hier los? Wofür sind wir 1979 in die Revolution und nach 1979 in den Krieg für Ortega gezogen? Ortega hat sich an die Kirche verkauft, um sich deren Wohlwollen oder zumindest Neutralität zu sichern, ohne die er die nötigen 35 % der Stimmen Ende 2006 für seine Rückkehr in die Präsidentschaft wohl nicht bekommen hätte. Heute sieht Ortega die Frauenbewegung Nicaraguas als Feind Nr. 1 seiner Regierung an, sie werden von ihm als Teufinnen beschimpft, aber die Organisationen der Frauenbewegung schenken sich nichts in ihrer Reaktion auf Ortega. Siehe oben.

MRS und FSLN

Die Sandinisten haben die Intellektuellen an die MRS verloren (Gioconda Belli, Sergio Ramirez, Ernesto Cardenal ...). Diese sind international bekannt, Stimmen bei den Wahlen bekommen sie nur wenige. Die Streitigkeiten begannen im Grunde schon in den 80er Jahren, nach der Revolution, nicht erst in jüngster Zeit. Heute hat sich die MRS geöffnet, es ist eine sozialdemokratische, linksliberale Partei. Aber das Herz der breiten Masse schlägt immer noch bei der „echten“ FSLN, sie war über Jahrzehnte ihre Heimat, und die MRS ist für sie keine Alternative. Etwa 35% der WählerInnen der FSLN wählen diese aus Überzeugung, es ist ihre alte Heimat (so wohl auch Olivia Alvarez). Es gibt nicht wirklich eine andere politische Kraft in Ni-

caragua, die für ein politisches Projekt steht. Die Kämpfe zwischen FSLN und MRS sind Kämpfe von früher.

Das links-christliche CAV, Centro Antonio Valdevieso, das sich aus sandinistischen Theologen zusammensetzte, verlangt heute eine Analyse der 80er Jahre: Was war gut, welche Forderungen von damals gelten auch heute noch, was gab es für Fehler? Es soll weder beschönigt noch verteufelt werden.

Die Alphabetisierungskampagne von heute ist nicht mehr das Gleiche wie in den 80er Jahren. Damals war sie Teil eines revolutionären und gesellschaftlichen Gesamtprojektes: Alfabetisierung + Gesundheitsreform + Frauenrechte + Revolution + Starke Hand + Starker Mann ...

Es gab eigentlich nie eine nicaraguansische Identität, so wie es in Guatemala oder Bolivien eine Indio-Identität im Lande gibt. Nicaragua war immer das Land von US-Gnaden, von Eliten in Granada und León, von Seeräubern und Abenteurern wie William Walker usw. gewesen. Die Revolution von 1979 hatte dem Land erstmals eine Identität gegeben.

Der Neoliberalismus hat in den 80er/90er Jahren (auch) in Nicaragua wie eine Bombe eingeschlagen. Dazu kam der US-Boykott, Naturkatastrophen wie im Oktober 1998 der Hurrikan Mitch mit 20.000 Toten in Mittelamerika ...

Heute hat Nicaragua ein großes ökonomisches Potenzial, es gibt viel brach liegendes Land, und große Konzerne interessieren sich dafür, z.B. für den Anbau von Erdnüssen. Ein Problem sind die fehlenden Landtitel, denn die FSLN hatte in den 80er Jahren bei der Landreform das verteilte Land nicht in die Grundbücher eintragen lassen. So bewohnen heute noch Bauern Land aus der damaligen Landreform, sie bekommen aber keine Bankkredite, weil

das Land, auf dem sie wohnen, nicht im Grundbuch auf ihren Namen eingetragen ist und deshalb den Banken keine Sicherheit bietet. Obwohl die enteigneten vorherigen Besitzer, die inzwischen teilweise die US-Staatsbürgerschaft besitzen, z.T. schon 2-3fach entschädigt wurden. Die aktuelle Regierung bemüht sich zwar, die Eintragungen jetzt nachzuholen, aber wohl z.T. mit unappetitlichen Methoden, sagt Müller, und man muss sich auch selber aktiv darum bemühen.

Das Genossenschafts- und Kooperativenwesen war in Nicaragua nie in den Herzen der Bauern verankert. Man war oft in die Genossenschaften eingetreten, weil diese finanziell und mit Maschinen aus der UdSSR begünstigt wurden. Nicht, weil man sie selber als eine günstige Organisations- und Selbsthilfeform ansah. Die Philosophie dazu war nicht vorhanden. 1 Mio. Nicaraguaner sind in der Migration.

Udo Fleige, lehrt Biologie und ev. Religion an der Geschwister-Scholl-Schule Tübingen, ist Beratungslehrer, war 1984–1986



Udo Fleige

Redaktionsmitglied von CuS, 1986–1996 Bundessekretär im BRSD, 1996–2003 wieder Mitglied der Redaktion von CuS. Er hat als Entwicklungshelfer in Nicaraguas gearbeitet und das Land später oft besucht, mit Gewerkschafts- und Schulgruppen. Er ist Vorstandsmitglied des Vereins für Internationale Pädagogische Zusammenarbeit (VIPZ), an dessen Hilfe für Nicaragua der BRSD teilgenommen hat.

Humanistische Elemente im Buddhismus

Von Heinz Röhr (1931–2005)

1) Buddha und Nirvana

Die Behandlung des Buddhismus kann kürzer ausfallen, zumal die Religion Buddhas in der Religionswissenschaft und -Soziologie wie in den Werken zur Friedensethik durchweg gute Noten bekommt. Nicht zuletzt begeistert alle Welt das herzhaft Lachen des Dalai Lama.



Buddhastatue am Niederrhein in der Darstellung als Buddha Shakyamuni (Ehrentitel: Der Weise aus dem Geschlecht der Shakya)

„Gotama Buddha starb friedevoll wie er gelebt hatte, hochbetagt im Kreise seiner Anhänger. Friedlich wie sein Tod war auch seine Lehre“ (Monika Tworuschka, „Friede“, in: U. Tworuschka / D. Zilleßen (Hg.), Thema Weltreligionen, 1977, S. 59). „Nicht

durch Feindschaft wird Feindschaft überwunden, durch Nichtfeindschaft kommt Feindschaft zur Ruhe“, so lautet ein zentraler Satz in Buddhas Predigt (Dhammapada 5). Quellort buddhistischer Ethik ist das Nirvana (s. o.). Nirvana (= „aufhören zu wehen, ver-wehen“) ist „impersonates, bewusstloses, ruhendes, undifferenziertes Sein“ (Mensching). Nirvana ist nicht einfach „Nichts“, kein „leerer Gedankenstrich“! Der Buddha sagt: „Es ist jenes Eiland, wo man nichts sein eigen nennt, an nichts hängt: Nirvana nenne ich es, das Ende von Alter und Tod“ (zit. n. F. Heiler, Die Religionen der Menschheit, 3. Aufl. 1980, S. 181).

- (1) Nirvana bedeutet psychologisch „Erquickung wie beim Auslöschen einer Flamme oder beim Löschen des Durstes ...“, Ruhe, Friede, innere Meeresstille.
- (2) Unter kosmologischem Gesichtspunkt bedeutet Nirvana „Aufhebung der Geburt“, „Heraustreten aus dem Kreislauf“ (samsara). Mit örtlichen Bildern wird es gekennzeichnet als „unbetretene Gegend, liebliches Gefilde, unvergleichliches Eiland, das andere Ufer und Stätte der Zuflucht“.
- (3) Metaphysisch bedeutet Nirvana das „Unendliche, Unermessliche, Unausprechliche, Ungeborene, Ungeschaffene, Unbedingte“. Es ist dasselbe wie satyasya satyam („das Seiende des Seienden“ im Hinduismus), tò óntos on („das wahrhaft Seiende“ bei Plato), tò hén (das „Ureine“ bei Plotin). F. Heiler (a.a.O., S. 181 ff.) stellt Dutzende von weiteren Äquivalenten zusammen. Nach N. Söderblom ist Nirvana eine „göttliche Welt ohne Gott, ein Gottesgeschenk ohne Schenker“, das „Heilige“ schlechthin (R. Otto).

Es kommt aber alles darauf an, neben der psychologischen, kosmologischen und metaphysischen Deutung besonders die soziale Dimension des Nirvana herauszuarbeiten.

2) Buddhistischer Humanismus/ Sozialismus

Nirvana hat eine unübersehbare Wirkung im sozialen Bereich, z. B. in der Eigentumsfrage. Als „Verlöschen“ der Leidenschaften und der Lebensgier lässt es das Verlangen nach Reichtum und irdischen Gütern gar nicht erst aufkommen. Jesus hat das Privateigentum unangetastet bestehen lassen. Ein moderner Buddhist lehrt uns: „Buddha ist nicht damit zufrieden, einem sein Eigentum zu nehmen und einem anderen zu geben. Das sind Halbheiten. Der Buddhismus nimmt den Menschen ihren Besitzinstinkt ... Dies ist der der Menschheit vorgezeichnete Weg, durch welchen aller Konflikt, der auf Unterscheidung zwischen dem Selbst und anderen beruht, sein Ende finden wird.“ (D. C. Vijayavardhana, zit. bei P. Gerlitz, *Kommt die Welteinheitsreligion?*, 1969, S. 46).

Damit wird deutlich, dass das Nirvana auch sozial-gestaltende Kräfte freisetzen kann: Nirvana wird zum Stadium der Aufhebung aller Unterschiede hinsichtlich Klasse, Besitz, Rasse usw. Von hier aus ist übrigens die Affinität vieler Buddhisten zum Marxismus zu verstehen, die nicht nur im „Atheismus“ dieser asiatischen Religion (in ihrer Frühphase) wurzelt.

Für die im späteren Buddhismus ausgebildete Dialektik des Erlösungsgeschehens findet sich eine auffällige Parallele bei Karl Marx. In einer Mahayana-Schrift heißt es: „Dasselbe, was die Qual ist, das ist auch die Erleuchtung; was Samsara ist, ist auch Nirvana“ (zit. n. Heiler, a.a.O., S. 187). Die Dialektik dieser Heilsmetaphysik entspricht der Lehre von der Entfremdung bei Marx,

für den die Bedingungen der Entfremdung – paradoxerweise – zugleich die Bedingungen für die Aufhebung der Entfremdung sind.

Buddhas Angriff auf das indische Kastensystem entspringt aus einer Ethik des universalen Wohlwollens und Mitleidens, das die innere Beteiligung der ganzen Existenz verlangt.

Hinzuweisen ist hier auf die nicht zu unterschätzende kulturelle und soziale Einwirkung auf die Völker Südostasiens und Tibets, die sich vor allem der Mönchsgemeinde (sangha) verdankt. Es darf nicht überraschen, wenn ein Buddhist unserer Zeit darauf hinweist, dass die historische Leistung des Buddha, „einer vornehmen und liebenswerten Persönlichkeit, (...) eines gütigen, ruhig zielbewussten, souveränen Geistes“, darin bestand, „die Menschennatur aus dem Bann infantilen Wünschens und phantastischer Hoffnungen (z. B. Himmelsfreuden und Höllenqualen, H. R.) in die vernünftigen Bahnen des Denkens und Erkennens zu führen (...) und darüber hinaus dem denkenden, verständigen Menschen Vorbild und Wegweiser für die große Lebens-Wanderung“ zu sein. Buddha hat aus dieser Sicht die Menschen, rund 1,5 Milliarden seit seinem Erdenwandel, aus „mannigfaltiger Art geistiger Verwirrung, aus Aber- und Dämonenglauben, aber auch aus allzu idealistischer Lebensfremdheit immer wieder zu einem gesunden und sachlichen Leben zurückgeführt ...“ (M. Steinke [Tao Chün], *Einleitung zu P. Dahlke, Buddha. Die Lehre des Erhabenen*, Goldmann-TB 627/3, 1966, S. 12; 20. Vgl. P. Schmidt-Leukel (Hg.), *Wer ist Buddha?* 1998.)

Gefragt, welcher Religion ich das stärkere Friedenspotenzial zugestehen würde, antworte ich: dem Buddhismus! Das Christentum hat sich in seiner Geschichte (besonders im Gegenüber zum Islam) nicht

gerade als friedensfördernd erwiesen. Die größere Herausforderung im Geistigen ist zweifellos für uns der Buddhismus.

In den Ländern mit Theravada-Tradition (Hinayana), besonders in Birma, aber auch in Ceylon / Sri Lanka, erwuchs ein Gemeinwesen, das ganz auf soziale Gleichstellung, ohne Kasten- und Besitzunterschiede, aufgebaut ist. Moderne Staatsmänner wie U Nu und Ne Win in Birma konnten daher fast bruchlos zu einer sozialistischen Staatstheorie übergehen. Das buddhistisch-marxistische Experiment dauerte allerdings nur während der fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts an. Man sieht: buddhistische und sozialistische Prinzipien lassen sich auf diesem Boden zu einer Nationalkultur vereinigen, die anti-kapitalistisch und zugleich antitotalitär ist. (Vgl. hierzu: T. Ling, Buddha, Marx und Gott, List-TB 580, 1972, und das Kapitel „Buddhismus und Marxismus“, in: M. v. Brück / Whalen Lai, Buddhismus und Christentum, 1997 (Standardwerk! 805 Seiten), S. 88 ff.)

Nun muss ich freilich auch ein wenig Wasser in den Wein der allgemeinen Buddhismus-Verherrlichung gießen: „Auch Buddhisten waren in Kriege, Streitigkeiten und Gewalttätigkeiten verwickelt, und nicht immer ist der Buddhismus von buddhistischen Königen gewaltlos verbreitet worden. Buddhistische Mönche haben sowohl in Tibet wie in Birma, in China wie in Japan des öfteren zur Gewalt gegriffen ...“ (H. Küng, in: H. Küng/H. Bechert, Christentum und Weltreligionen. Buddhismus, 3. Aufl. 1999, S. 104 f. unter Hinweis auf E. Conze). Folgt die Erwähnung der politischen Übermacht der Sangha in Sri Lanka und anderswo. „Nein, es gibt keine unschuldige Religion, und jede Religion hat ihre Heiligen und ihre Schurken ...“ (Küng, a.a.O., S. 105).

Speziell im Falle des japanischen Zen-Buddhismus ist auf die Gefahr der „Instru-

mentalisierung“ dieser „spezifischen Art der Spiritualität ... für politische Zwecke und psychosuggestive Prozesse“ hinzuweisen. „Es war der Weg des mittelalterlichen Samurai zur Konzentrationsschärfung auf das Geschäft des Tötens.“ (U. Dehn, Das Klatschen der einen Hand. Was fasziniert am Buddhismus?, 1999, S. 101, unter Hinweis auf B. Victoria, Zen, Nationalismus und Krieg, 1999, und das berühmte Büchlein von E. Herrigel, Zen in der Kunst des Bogenschießens, 1951, 42. Aufl. 2002. Zum Ganzen vgl. D. T. Suzuki, Zen und die Kultur Japans, 2. Aufl. 1958. Darin: „Der Samurai und der Tod“, S. 33 ff.) Aber Zen hat natürlich seine positiven Wirkungen – in aller Welt. Es gibt sogar „christliches Zen“ und „christliches Satori“ (Erleuchtung).

III Schlusswort

Es darf keinen wie auch immer gearteten Absolutheitsanspruch im Konzert der Religionen geben. Jeder Absolutheitsanspruch bedeutet letztendlich KRIEG. Will man eine letzte typologische Gegenüberstellung versuchen, so bietet sich R. Ottos Vergleich der „Ur- und Grundworte“ an; Für Israel lautet das Grundwort „heilig“, für Indien „sat“ (sein). In meiner Version: Der jüdisch-christlich-islamische Bereich ist durch das erste Gebot der Bibel überschrieben: „Ich bin der Herr, dein Gott. Du sollst nicht andere Götter neben mir haben.“ Hierauf ruht alle (oft lebensfeindliche) Dogmatik! In Indien ist das Herzwort ein Lebenswort: ahimsa (=Nichttöten). Mein Hindu-Freund (auch Schüler von F. Heiler) hat sich sein ganzes Forscherleben hindurch dafür eingesetzt, daß ahimsa – positiv gewendet – mit „Liebe“ zu übersetzen ist. (Nilen Bhanja, Das religiöse Weltbild bei R. Tagore, Diss. phil. Marburg, Gelnhausen 1964.)

Abgeschlossen am 21.2.2003

Ein Tag in Strasbourg beim NATO-Gipfel

Von Bertold Scharf

Am 3. und 4. April 2009 fand in Strasbourg und Baden-Baden der Jubiläumsgipfel der NATO statt. Die NATO feierte ihren 60. Geburtstag. Und trotz ihres fortgeschrittenen Alters ist sie immer noch quicklebendig, obwohl manche/r damit gerechnet hatte, dass sie wie ihr Gegenpart, der Warschauer Pakt, von der Geschichte hinweggespült würde. Im Gegenteil, in den letzten Jahren erweiterte sie nicht nur die Zahl ihrer Mitgliedsländer, sondern es gibt auch neue Überlegungen, wie in aller Welt Interventionseinsätze stattfinden können. Der Afghanistankrieg soll nach dem Willen der Bundesregierung und des Präsidenten der USA Barack Obama mit einem neuen Konzept sogar intensiviert werden. Auch die Mittelstreckenraketen in Tschechien sollen weiter stationiert werden. Im schlimmsten Fall könnte uns sogar eine neue Blockkonfrontation Russland/China gegen die NATO bevorstehen. Es gab also genug Gründe für die Friedensbewegung, die Jubiläumsfeier mit Gegenveranstaltungen zu begleiten.

Zum Zeitpunkt des NATO-Gipfels arbeitete ich gerade in Freiburg, was ja nicht allzu weit weg von den Gipfelorten Strasbourg und Baden-Baden entfernt liegt. In Freiburg war auch das Convergence Center (Treffpunkt und Informations- und Austausch-Ort), wo ich im Vorfeld des Gipfels dann auch an einer interessanten Diskussions-Veranstaltung mit Jürgen Wagner von der Informationsstelle Militarisation (IMI) teilnahm. An den Gipfeltagen selber war in Strasbourg ein Camp errichtet. Während ich das Camp beim G8-Gipfel in Heiligen-damm als sehr schön empfand, scheint es

dort allerdings sehr chaotisch zugegangen sein. Zudem litt das Camp unter Schikanen der Polizei. Unter anderem durfte ein Koch-Kollektiv aufgrund der mitgeführten Messer nicht einreisen, einige Demos endeten im Tränengas-Nebel, der zog auch das Camp in Mitleidenschaft.

Ich selber konnte nach meiner Arbeit aber erst ab Freitagabend wirklich etwas unternehmen. Da der Bus zur Groß-Demonstration von Freiburg aus schon voll war und ich eigentlich auch gerne an den Blockaden teilnehmen wollte, bin ich schließlich in aller Frühe mit den Zug über Basel nach Strasbourg gefahren. Ich bin schon auf diversen Gipfeldemonstrationen gewesen, aber so ganz alleine war mir dann doch etwas unwohl. Ich hatte zwar meine Taschen überprüft und nur das Nötigste mitgenommen. Trotz meiner Erfahrungen beim EU-Gipfel in Nizza 2000 hatte ich jedoch nicht an irgendwelche Heilmittel gegen Tränengasschwaden gedacht. So stieg ich also in den Zug, nur ausgerüstet mit einem Buch gegen Langeweile und einer Telefonnummer, die mir ein Freund gegeben hatte, um den Weg zu den Blockaden zu finden.

Ich hatte gehofft, dass die Kontrollen auf diesem Umweg über Basel nicht so groß sein würden, und in der Tat, während in Kehl vielen Leute mit abwegigen Begründungen die Ausreise verwehrt wurde – manche konnten allerdings vor Gericht diese Ausreisesperren wieder aufheben – kam ich glücklich ohne auch nur eine einzige Kontrolle passiert zu haben, am Hauptbahnhof in Strasbourg an.

Auch dort bot sich mir ein friedliches Bild, von Protest oder Polizei war nichts zu sehen. Ich besorgte mir im Tourismus-

Büro erst einmal eine Karte von Strasbourg und betrat dann den Vorplatz. Dorthin waren etwa 15 Frauen der Gruppe „Femmes solidaires“ gekommen. Mit rosa Fahnen, in Begleitung einiger Polizisten, standen sie dort. Sie kamen aus Paris und wollten an der Groß-Demonstration teilnehmen, wie sie mir erzählten. Ich entschloss mich, mit ihnen zu laufen. Schon bald erreichten wir einen Kanal, der um die Innenstadt führt und der von Polizei verstellt war. Die Straße war mit diversem schweren Gerät blockiert. Es kam auch sofort ein französischer Polizist und erklärte den Frauen, dass sie woanders entlang laufen sollten. Die Route, die er vorschlug, führte im 90-Grad-Winkel von der Innenstadt und der Groß-Demonstration weg. Als wir einige Straßen später immer noch geradeaus liefen, wurde es mir zu dumm, denn ich wollte ja die Blockaden erreichen, und die konnten ja nur in der Nähe des Rings um die Innenstadt sein.

Ich löste mich deshalb von der Gruppe und ging wieder Richtung Innenstadt. Das war jedoch gar nicht so einfach, denn die nicht passierbare Zone spannte sich viel weiter als ich gedacht hatte. Überall standen PolizistInnen und wiesen einen freundlich, aber bestimmt darauf hin, dass es hier nicht weitergehen würde. Schon jetzt war klar, dass die Blockade wohl nur symbolisch sein konnte, denn an allen Straßen, an denen ich bisher vorbeigekommen war, war von ihnen nichts zu sehen. Schließlich kam ich in eine Straße, auf der ich wieder auf einen Kontrollposten stieß. Ich versuchte bei seinem Verhör, den radebrechenden Touristen zu spielen und holte meinen Stadtplan heraus. Es stellte sich heraus, dass ich auf die linke Straßenseite wechseln musste und dann schließlich zu einem Kontrollpunkt kommen würde. Dort angekommen, wartete ich erst einen Moment. Eine

Frau vor mir ging schließlich durch das vor uns liegende Absperrgitter einfach durch, und ich folgte ihr, ohne dass wir weiter kontrolliert worden wären. Nun aber liefen einige Herren in feinem Zwirn aus einem Gebäude heraus und eilten irgendwohin, ein Zeichen, die Blockade musste ganz in der Nähe sein; das hatte ich inzwischen auch durch eine SMS erfahren. Und tatsächlich stand dann dort auch eine Polizeikette und dahinter endlich die Blockade. Auf dem Platz war noch gute Stimmung; die Leute saßen auf dem Boden oder lagen – es war auch schönstes Wetter – allerdings schien die Polizei die Blockade schon nicht mehr wirklich zu interessieren; kurze Zeit später zogen die BeamtInnen fast vollständig ab. Ich erfuhr, dass es wohl relativ schwierig gewesen war, überhaupt hierher zu kommen. Die Polizei hatte die DemonstrantInnen sowohl mit Gummigeschossen und Schockgranaten als auch mit Tränengas beschossen. Deshalb hatten sich also einige „Finger“ der Blockade in Kleingruppen aufgelöst. Eine Person hatte eine rauchende Tränengaskartusche in den Nacken bekommen und dadurch Verbrennungen. Außer der Blockade, bei der ich war, gab es noch eine weitere. Vor Ort war auch eine gute Samba-Gruppe aus Bremen, die großes Lob von allen bekam, da sie anscheinend selbst im größten Tränengasnebel ausgehalten hatte. Zudem durfte die französische Polizei auch Bekanntschaft mit der Clowns Army machen, die sie veralberten.

Ein Großteil der Blockade entschied sich dann dafür, der Großdemonstration entgegenzulaufen. Dieser war eine gänzlich unattraktive Route durch ein Gewerbegebiet zugewiesen worden. Ziel von uns war es nun, uns auf der Brücke, Richtung Innenstadt, niederzulassen und der Groß-Demonstration so den Weg freizumachen. Die

Demonstration dorthin war relativ lebendig und laut, Polizei ließ sich so gut wie keine blicken. Während französische Wasserwerfer, die wohl die Groß-Demonstration im Visier hatten, bei unserem Anblick wieder kehrt machten, waren andere Polizisten in ihren Fahrzeugen weniger zimperlich. Sie fuhren einfach in die Gruppe der Demonstranten hinein, als wären sie Luft. Die Polizisten wurden daraufhin mit Plastikflaschen und Ähnlichem beworfen, woraufhin ein Polizist eine Blendschock-Granate aus dem fahrenden Auto warf. Das war auch das einzige Mal an diesem Tag, dass ich etwas CS-Gas schnuppern „durfte“. Wir mussten nun relativ hilflos zusehen, wie sich auf der Brücke eine riesige Polizeikarawane durchwühlte, die so groß war, dass ein Stau entstand. Schließlich standen zwei deutsche Wasserwerfer direkt neben uns, was zumindest die vielen deutschen TeilnehmerInnen wieder etwas zum Leben erwachen ließ. Sie riefen Parolen wie „Deutsche Waffen, deutsches Geld, morden mit in aller Welt“. Inzwischen war in Richtung der Groß-Demonstration eine riesige schwarze Rauchwolke zu sehen. Es gab Gerüchte, dass ein Zollhäuschen abgefacelt worden sei, was aufgrund der Schikanen bei der Einreise Verständnis hervorrief. Nachdem wir aus einer zeitweiligen Einkesselung der französischen Polizei wieder heil herausgekommen waren, entschieden wir, es auf der nächsten Brücke noch einmal zu versuchen. Wir kamen in ein Viertel mit größeren Wohnblocks, in der unsere Demonstration große Aufmerksamkeit erregte. Viele Leute gingen mit, einige gerieten auch vollkommen in Panik und versuchten ihre Autos vor befürchteten „Gewalttaten“ zu retten. Als wir schließlich endlich in der Nähe der Demonstrations-Strecke auftauchten, versperrte uns eine Polizeikette den Weg, obwohl uns ur-

sprünglich zugesichert worden war, dass wir dort durchgehen könnten.

Da inzwischen alle sehr erschöpft waren, entschied sich meine Gruppe, „nach Hause“ zu gehen, nämlich in eine Wohngemeinschaft in der Nähe der Universität. Noch ehe wir dort angekommen waren, brausten einige Polizeifahrzeuge heran. Die ganze Gruppe wurde kontrolliert. Die Polizisten konfiszierten eine Taucherbrille und einen schwarzen Schal, ließen uns dann aber ohne weitere Kontrolle unserer Personalien weitergehen. In der Wohnung angekommen, konnten die Leute, die Tränengas bekommen hatten, sich duschen, und wir schauten uns an, was die Medien geschrieben hatten – eine totale Katastrophe. Überall war nur die Rede von dem angezündeten Hotel und dass die Polizei aufgrund von Gewalttaten mit Tränengas hätte reagieren müssen. Von Inhalten selbst, nämlich dem Konzept der Nato und den gegnerischen Ansichten der Demonstranten war überhaupt nicht die Rede. Die Demonstration aus Kehl war nicht über den Rhein gelassen worden, die deutsche Presse deklarierte sie aber wohlwollend als „friedlich“. Nur einige linke und lokale Medien haben in den kommenden Tagen etwas differenziertere Berichte verfasst. Welche Fehler bei der Demonstration gemacht worden waren, bleibt wohl einer genaueren Analyse vorbehalten. Grundsätzlich kann man aber wohl sagen, dass die Polizei es sehr stark auf Eskalation angelegt hatte und elementare Grundrechte teilweise außer Kraft gesetzt worden waren. Ich übernachtete in Strasbourg und sah mir am nächsten Tag noch die wunderschöne Altstadt an. Insofern war es für mich selbst ein schönes Wochenende, an dem ich einige nette Leute kennen gelernt habe, aber in politischer Hinsicht kann wohl keiner so recht mit dem Ergebnis zufrieden sein.

Bertold Scharf, geb. 1980, studiert Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Soziologie sowie Gender und Queer Studies an der Universität Hamburg. Er ist Mitglied des Bundesvorstands des Bundes religiöser Sozialistinnen



Bertold Scharf

und Sozialisten (s. S. 72, Bertold Scharf am Stand des BRSD). Seine politischen Interessenschwerpunkte sind vielfältig, in der Vergangenheit war er unter anderem in der Friedensbewegung und in der Hochschulpolitik aktiv. Er ist Mitglied in der AG Queer Studies und in der GEW.

Adresse: bertold.scharf@studium.uni-hamburg.de

Die EKD-Denkschrift „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“

Vom Ökumenischen Netz Rhein Mosel Saar e.V.

Im Sommer 2008 veröffentlichte der Rat der EKD unter dem Titel „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“ eine von der Kammer für soziale Ordnung der EKD erarbeitete Denkschrift. Damit lädt die EKD zu „einem neuen Dialog zwischen evangelischer Kirche und Unternehmertum“ (S. 7) ein.

Die kritischen Reaktionen auf die Stellungnahme erfolgten prompt. Gerade die ökumenischen Gruppen in Deutschland, die sich im *processus confessionis* – dem weltweiten Bekenntnisprozess der Kirchen angesichts der tödlichen Folgen der kapitalistischen Globalisierung – besonders engagieren, wie u.a. Kairos Europa, reagierten mit dem Text „Frieden mit dem Kapital? Ein Aufruf wider die Anpassung der Evangelischen Kirche an die Macht der Wirtschaft“.

Das Ökumenische Netz Rhein Mosel Saar unterstützt diese Initiative. Da die

EKD-Denkschrift aber nicht „alleine“ da steht, sondern eingebettet ist in ein ganzes „Maßnahmenbündel“ der Anpassung an den neoliberalen Zeitgeist einer „neuen sozialen Marktwirtschaft“ auf protestantischer wie katholischer Seite, möchten wir unserer Unterstützung des Aufrufs einige Gedanken hinzufügen.

1. Verortung

Die Denkschrift wird in einer Zeit veröffentlicht, in der die EKD sich bemüht, das Profil eines „sozialen Protestantismus“ zu entwickeln. Neben der Denkschrift „Gerechte Teilhabe. Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität“ (2006), der Gründung der Stiftung Sozialer Protestantismus (2007) und der Herausgabe eines Jahrbuches „Sozialer Protestantismus“ (seit 2008) fallen hier die Neu-Interpretation des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt als Moderatorin zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern (s. Publik Forum Nr. 18 vom

26.9.2008) sowie die Studie „Gelebte Unternehmensethik. Eine empirische Studie der evangelischen Kirche über ethische Reflexion in Großunternehmen und ihre institutionellen und personellen Voraussetzungen“ des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD (2008/2009) ins Auge. In der katholischen Kirche wird mit der Enzyklika „Centesimus annus“ ein Akzent in die Richtung einer neoliberalen Öffnung gesetzt. Gegenüber „Laborem exercens“ mit der Lehre vom Vorrang der Arbeit vor dem Kapital wird der Akzent stärker auf die Bedeutung des Marktes gelegt. In Deutschland zieht sich der Bogen der Anpassung der katholischen Soziallehre an den neoliberalen Zeitgeist vom Papier „Das Soziale neu denken“ der katholischen Bischofskonferenz (2003) bis zum „Jenaer Aufruf zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft“ (2008), der u.a. vom Bund katholischer Unternehmer mitgetragen wird. In diesem Zeitraum wird auch der Vortrag von Kardinal Lehman bekannt: „Was kann die Kirche von der Wirtschaft lernen?“ In der jüngsten EKD-Denkschrift ein Papier „für die Schublade“ zu vermuten, wäre also falsch. Wir lesen es im Zusammenhang der angedeuteten kirchlichen Entwicklungen sowie der zunehmenden sozialen Spaltungsprozesse in Deutschland und in der Welt. Der Zusammenbruch der Finanzmärkte hat darüber hinaus deutlich gemacht, wie krisenanfällig und zerstörerisch der globale Kapitalismus ist. Schon immer hatten die Menschen im Süden – verschärft durch die Verschuldungskrise und das Platzen der bisherigen Finanzblasen – die Hauptlasten für das vom Norden dominierte kapitalistische Wirtschafts- und Lebensmodell zu tragen. Mit dem Platzen der Immobilienblase in den USA wird auch für die Menschen in den bisher eher reichen Ländern klar, dass auch sie von den Widersprüchen

des globalen Kapitalismus immer weniger verschont bleiben werden.

Vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen mit den sozialen und ökologischen Zerstörungsprozessen kapitalistischer Globalisierung hatten Kirchen des Südens, unterstützt vom Weltrat der Kirchen, zu einem Bekenntnisprozess gegen die neoliberale Globalisierung aufgerufen. Während also die weltweite Ökumene die tödlichen Folgen der Globalisierung zu entlarven sucht und Alternativen jenseits bestehender Strukturen einfordert, versucht die EKD-Denkschrift das Handeln eines zentralen Akteurs der Prozesse, die in soziale und ökologische Katastrophen führen, ethisch zu untermauern. Grundlage dafür ist ein

2. Idealistisch-ideologisches Bild der Gesellschaft

Die Denkschrift bietet ein idealistisches, von der gegenwärtigen Realität ungetrübtes Bild der gesellschaftlichen Wirklichkeit als Ort für das verantwortliche Handeln von Unternehmern als „ehrbaren Kaufleuten“.

Hinter diesem ideologischen – weil von idealisierten Ideen bestimmten – Bild der Wirklichkeit verschwinden vor allem die Leiden der Menschen, die zu Opfern des sich im Rahmen der Globalisierung verschärfenden Wettbewerbs werden. Mit diesem Wettbewerb verbindet sich eine selektierende Konkurrenz, in der immer mehr Menschen in für die Vermehrung des Kapitals „Verwertbare“ und „Überflüssige“ getrennt werden. Während die „Verwertbaren“ sich den Konkurrenzbedingungen des Arbeitsmarktes „mobil“ und „flexibel“ anpassen haben, werden die „Überflüssigen“ ausgegrenzt, unter den Verdacht des Missbrauchs gestellt und als die Gesellschaft belastende „Kostenfaktoren“ gesehen.

Wenn schon so inflationär von der Verantwortung der Unternehmen die Rede ist, müsste eine kirchliche Denkschrift diese Verantwortung als Verantwortung gegenüber denen reflektieren, die unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen des Wirtschaftens leiden. Dies wird verstärkt, wenn wir die Situation der Ökumene einbeziehen. Hier liegen eine Fülle von kirchlichen Stellungnahmen vor, die den Leiden der Opfer der herrschenden Art unternehmerischen Handelns eine Stimme geben. Wie kann es sein, dass diese Stimmen schlicht ignoriert werden? Verantwortung müsste doch im kirchlichen Zusammenhang vor allem heißen, eine Antwort auf



... und Ihre Tochter loslassen?

das Leid der Opfer des Wirtschaftens zu geben. Offensichtlich bleibt das idealistische Bild des „Ehrbaren Kaufmannes“, dem es gelingt, wirtschaftliches Handeln und christliche Ethik miteinander zu verbinden, nur stimmig, wenn die Realität des Leidens der Opfer ausgeblendet bleibt.

Und wer die vorrangige biblische Option für die Armen zur Ermahnung, „die Armen nicht zu missachten“ (S. 34) klein redet, steht sich mit dieser „Hermeneutik“ selbst im Weg, die Wirklichkeit aus der biblisch verbindlichen Perspektive der „Compassion“ mit den Opfern wahrzunehmen.

3. Strukturelle Krisen

In der Denkschrift ist von „Belastungen“ aufgrund der „Dynamik wirtschaftlicher Prozesse“ (S. 116) die Rede. Damit verbindet sie „die Notwendigkeit, in immer kürzerer Zeit neue Produkte und Dienstleistungen auf den Markt zu bringen und zu ihrer Erstellung Unternehmensabläufe beständig umzubauen und zu optimieren“ (ebd.). Hinter diesen harmlos erscheinenden Sätzen verbirgt sich eine andere „Notwendigkeit“, nämlich die von Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und ökologischer Zerstörung. Wie geht Verantwortung mit diesen „Notwendigkeiten“ zusammen? Warum wird die in sozialen Bewegungen und nicht zuletzt in den Ökumenischen Netzen diskutierte Frage nach der Ambivalenz der „Dynamik wirtschaftlicher Prozesse“ nicht aufgenommen? Diese zeigt sich darin, dass enorme Fortschritte an Produktivität erzielt werden, gleichzeitig aber Potentiale von Zerstörung produziert werden, die nicht mehr durch individuell verantwortliches Handeln aufgefangen werden können.

Im Gegenteil, sowohl individuell verantwortliches Handeln als auch staatliche Regulierungen stoßen an eine Grenze, die von der Denkschrift durchaus benannt wird: „Die moderne Wirtschaft bleibt in ihrem Kern angetrieben durch das Eigeninteresse und die Selbstverwertung des Kapitals.“ (S. 118) Genau diese Prozesse der „Selbstverwertung des Kapitals“ und die durch die Konkurrenz erzwungenen „Notwendigkeiten“ einer ständig wachsenden Produktivität machen Ausgrenzung, Verdichtung von Arbeitsprozessen, Verlängerung von Arbeitszeiten, ökologische Zerstörungsprozesse etc. als soziale und ökologische Kehrseite der ausgesprochenen Systemzwänge „notwendig“. Zugleich treibt die „notwendige“ Ersetzung mensch-

licher Arbeitskraft durch Sachkapital auf eine Grenze der „Selbstverwertung des Kapitals“ zu; denn mit der Arbeit verliert es („notwendig“) die Substanz seiner Akkumulation.



Kapitän Ackermann bleibt auf Kurs

Aus der beschriebenen Einsicht und ihren Implikationen werden aber keine Konsequenzen gezogen. Was folgt denn daraus für verantwortliches Handeln sowohl von Unternehmern als auch von Politikern, wenn Spielräume für verantwortliches Handeln durch die beschriebene „Notwendigkeit“ nicht zuletzt infolge einer immer schärferen Konkurrenz und zu geringe Profitraten in der Realwirtschaft immer enger werden? Der bisherige Weg neoliberaler Deregulierungen, den die Denkschrift offensichtlich weitergehen will (vgl. die idealisierende Vorstellung, eine Art vollkommener Wettbewerb begrenze „auch die staatlichen Regulierungen auf das Notwendigste und“ Sorge „so für mehr Freiheit (52f)), hat alle Krisen ökologischer und sozialer Natur verschärft und treibt den Globus auf die Grenzen der Belastbarkeit zu. Politik verkommt zu einer Art Krisen-Verwaltung, die immer deutlicher zu den Mitteln von Militarisierung und repressiver Sicherheitspolitik greift. Das Opfer letzterer sind vor allem Flüchtlinge, die fliehen, weil ihre Lebensgrundlagen zerstört

werden. Die Antworten der Denkschrift wirken wie das Gesundbeten von vermeintlichen Wunderheilern. „Ethische Grundorientierungen und wirtschaftliche Sachgesetzmäßigkeiten sollen sinnvoll aufeinander bezogen werden“ (S. 32), fordert die Denkschrift. Wie soll das aber geschehen in einer Dynamik, die Wachstum und Produktivitätsfortschritt auf der einen und auf der anderen Zerstörungsprozesse, die nicht schöpferisch sind, sondern Leben von Menschen und das Überleben der Gattung aufs Spiel setzen (Hinkelammert), frei setzt?

Statt einer kritischen Reflexion solch existentieller Überlebensfragen macht es sich die Denkschrift „leicht und seicht“: Ohne kulturelle und religiöse Orientierungen könne wirtschaftliches Handeln „sich leicht destruktiv entwickeln“ (S. 52). Also mit Kultur und Religion „light“ gegen „leicht destruktive“ Entwicklungen?

4. Die Frage nach Arbeit und Arbeitnehmern

Es fällt auf, dass die Denkschrift – natürlich jenseits realer Arbeits- und Lohnbedingungen – ein idealistisch hohes Loblied der Arbeit anstimmt: „Durch die Arbeit schaffen wir nicht einfach mehr, sondern wir werden zu mehr.“ (S. 62) Sogar „die Härten der Arbeit können in dieser Hinsicht befreiende Bedeutung haben“ (S. 62). Also Befreiung durch harte Arbeit? Solch abstrakte Reden wirken um so zynischer, je mehr sie sich von den realen Lebensbedingungen und Zumutungen von ArbeitnehmerInnen entfernen. Hatten sie etwa in den letzten Jahren nicht erhebliche Einkommensverluste hinzunehmen? Sollen sich nicht immer mehr Menschen mit Löhnen zufriedengeben, von denen sie nicht leben können? Was ist mit dem Zuwachs an prekären Beschäftigungsverhältnissen, was mit der

viele krank machenden Verdichtung von Arbeitsprozessen, was mit den Zumutungen von Mobilität und Flexibilität, was mit der Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes und die damit verbundene „Bereitschaft“ nahezu jede Arbeit an- und hinzunehmen; denn – so sagen uns die Ideologen des Neoliberalismus – jede Arbeit ist besser als keine? Das alles soll das mehr „Haben“ mit mehr „Sein“ versöhnen?

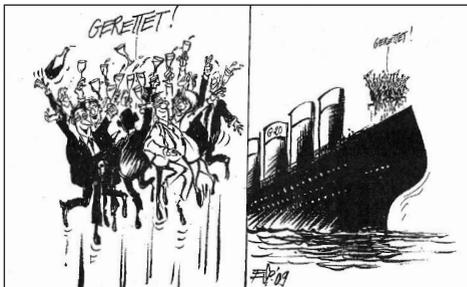
Um was es wirklich geht, macht der Text deutlich, wenn er davon spricht, dass ArbeitnehmerInnen sich als „wertgeschätzt und gefördert erfahren“ (S. 59) sollen; denn nur so könnten „Kreativität und Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ... auf Dauer ... erhalten werden“ (S. 59). Solche Wertschätzung gilt der Verwertung der Arbeitskraft. Aus dem sozialethischen Prinzip des Vorrangs der Arbeit vor dem Kapital, d.h. der Personalität der Arbeit vor dem Sachwert des Kapitals, ergäbe sich eine grundsätzlich andere Sichtweise. Da Menschen eine Würde und Sachen einen Wert haben, müsste von der Würde der Arbeitenden ausgegangen werden. Sie steht im Gegensatz zur optimalen, d.h. flexiblen und kostengünstigen Verwertung von Arbeitskraft.

Darüber hinaus wäre zu sehen, dass im kapitalistischen Verwertungsprozess Arbeit zur abstrakten Arbeit, d.h. zur Veraus-

gabung menschlicher Leistungskraft für den abstrakten Zweck der Vermehrung des Kapitals um seiner selbst willen wird. In diesem Zusammenhang wird jedes hohe Lied auf die Arbeit problematisch. Zudem drückt sich in der Negation konkreter Arbeit die Negation des Lebens im kapitalistischen Verwertungszusammenhang aus. Zweck der Produktion ist nicht die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern die Akkumulation des Kapitals. Die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse wird zu einem Nebeneffekt dieses Zwecks und ist nur für die möglich, die über Kaufkraft verfügen. Und letztere sinkt angesichts wachsender Armut durch Arbeitslosigkeit und sinkende Löhne.

Natürlich kommt es in einer dynamischen Wirtschaft immer wieder zu Umstrukturierungsprozessen (vgl. 2.). Die Folgen und Risiken für die Arbeitnehmer werden in der Denkschrift klein geredet. Es wird zunächst so getan, als finde lediglich eine Verlagerung von Arbeitsplätzen statt: Der „Verlust von Arbeitsplätzen an der einen Stelle“ wird „zugunsten neuer Arbeitsplätze an einer anderen Stelle“ (S. 60) ausgeglichen. Lediglich „im Einzelfall“ könne das „aber auch“ bedeuten, „dass ein Unternehmer Entlassungen vornehmen muss“ (S. 60). Selbst „hohe Gewinne sind noch kein hinreichendes Signal dafür, dass Unternehmer Arbeitsplätze schaffen können.“ (S. 60) Aus den gegenwärtigen Gewinnen lassen sich – so die Denkschrift – keine Prognosen auf zukünftige Gewinne ableiten. Gar unverantwortlich sei es, mehr Arbeitsplätze als zur Produktion benötigt vorzuhalten, weil dies „auf Dauer zu einer unverantwortlichen Kostenspirale“ (S. 60) führte.

Worin aber besteht denn dann die immer wieder beschworene Verantwortung der Unternehmer, wenn ihnen aufgrund der



Auf dem Gipfel des Erfolgs!

Markt- und Konkurrenzbedingungen doch die Hände gebunden sind? Die Unternehmer exekutieren „Sachzwänge“. Für das, was nötig bzw. im Blick auf das, was nicht möglich ist, kann es keine Verantwortung geben. Entsprechend weicht der Text auf Allgemeinplätze aus. Er proklamiert die Verantwortung der Unternehmer, ohne genau zu sagen, worin sie besteht. So heißt es, Unternehmer und Führungskräfte hätten „die Verantwortung, alles in ihrer Macht stehende für den Erhalt von Arbeitsplätzen zu tun“ (S. 60). Dem komme gar „ein besonders hoher ethischer Wert zu“ (S. 60), gehe es doch um „anvertraute Menschen“ (S. 60), denen „eine unverrechenbare Würde“ zustehe, die „keine Mittel zum Zweck sind“ (S. 60) und über die deshalb „nicht wie über Sachen verfügt werden“ (S. 60) könne. Was aber steht denn in der Macht der Unternehmer, diese höchsten ethischen Anforderungen zu erfüllen? Darüber schweigt der Text sich aus. So kann er die Machtlosigkeit der Unternehmer angesichts von „Sachzwängen“ herausstellen und gleichzeitig damit unverbunden und daher unverbindlich in den höchsten ethischen Prinzipien schwelgen.

Vieles spricht dafür, dass sich in der Beschreibung einer solchen verantworteten Verantwortungslosigkeit widerspiegelt, was bereits Max Weber beschrieben hatte, als er davon sprach, dass „die ökonomische Kapitalherrschaft ihres unpersönlichen Charakters halber ethisch nicht reglementierbar“ sei (Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, Tübingen 1972, 709.) Dann aber muss der Kapitalismus als System zur Disposition gestellt werden. Für die Kirchen wird ein ethisch nicht regulierbarer Kapitalismus nicht zuletzt zu einem theologischen Problem der Unterscheidung zwischen Gott und Götzen. Einem sich gegenüber

menschlicher Verantwortung versperren und deshalb sich verabsolutierenden System kann in der Logik der jüdisch-christlichen Gottestradiation nur widersprochen werden. Die mit dem Kapitalismus verbundenen Systemimperative – Sachzwänge genannt – fordern die Unterwerfung unter den Systemzweck des Kapitalismus, Kapital um seiner selbst willen zu vermehren. Diesem abstrakten Selbstzweck wird menschliches Leben und das Leben der Schöpfung zum Opfer.

Die Denkschrift vermeidet eine Reflexion solcher Zusammenhänge. Entsprechend fallen dann auch die Folgerungen aus, die der Text im Blick auf realpolitische Problemlagen zieht. Gestärkt werden soll die immer offensichtlicher an ihre Grenzen geratende Funktionsfähigkeit des Systems der Kapitalvermehrung. Gefordert werden „nachhaltige Strukturreformen insbesondere auch bei der Finanzierung der Sozialversicherungen“ (S. 63). Im realpolitischen Klartext heißt das: Weiter mit dem Sozialabbau, „um unangemessene Belastungen der Arbeitsverhältnisse abzubauen“ (S. 63) bis hin zu angesichts der erreichten Produktivität absurden längeren Lebensarbeitszeiten (S. 65). Ganz in neoliberaler Logik verbindet sich dies mit der Privatisierung der Vorsorge. So müsse es darum gehen, die „Spielräume für die private Vorsorge zu erweitern“ (S. 63). Der Staat müsse natürlich seiner „Verantwortung“ gerecht werden, wenn es darum gehe, verwertbare Arbeitskräfte zu rekrutieren. So fordert die Denkschrift „ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen“ im Interesse der „Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit“ (S. 64). Dass die Forderung nach Ausbau von Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen sinnvoll und richtig ist, weil sie eine wichtige Bedeutung für die Siche-

rung des Lebensunterhaltes von Familien und den Zugang von Frauen zur Erwerbsarbeit hat, wird von uns nicht bestritten. Dennoch kann der Zusammenhang mit dem Verwertungsinteresse des Kapitals nicht übersehen werden, zumal hier deutlich wird, dass auch die Reproduktionsarbeit immer deutlicher in die Verwertung der Arbeitskraft einbezogen wird.

5. Das vermeintlich realistische und christliche Menschenbild

„Alles habe einen Wert, nur der Mensch habe eine unveräußerliche Würde“ (S. 42f), greift die Denkschrift eine griffige Formulierung Kants auf, nach denen „Menschen nie nur reine Mittel zum Zweck – zum Beispiel der Gewinnmaximierung – werden dürfen, sondern immer zugleich Zweck an sich sind“ (S. 43). Theologisch gewendet, heißt das dann: Alle im Unternehmen Tätigen „sind eben nicht nur Mittel zum Zweck, sondern auch und vor allem Geschöpfe Gottes, geschaffen zu Gottes Bild“ (S. 42).

Was will uns das jetzt lehren, wenn festgestellt wird: „Beschäftigte sind allerdings selbstverständlich auch Mittel zum Zweck“



... *haben wir natürlich schon angemeldet!*

(S. 43)? Also ein bisschen, vielleicht auch ein bisschen viel, vielleicht auch fast ganz, aber nicht ganz und gar Mittel zum Zweck

und theologisch „Gottes Ebenbild“? Die Denkschrift arbeitet mit scheinbar „ausgewogenen“ Formulierungen, die bei oberflächlicher Betrachtung offen lassen, was genau gemeint ist. Von der gesamten Anlage des Dokuments und vor allem von den ausgeblendeteten Problemlagen her wird deutlich, dass es im Kern um eine Rechtfertigung der herrschenden Art zu wirtschaften geht. Dazu werden ethische Kriterien bemüht, deren Gültigkeit proklamiert, aber dann auch schnell relativiert und zurückgenommen wird, wenn die Gefahr lauert, sie könnten zu einer kritischen Sichtweise der kapitalistischen Wirtschaft führen. So geschieht es auch, wenn die Denkschrift feststellt, Grenzen seien überschritten, „wo Lebensbereiche einer rein wirtschaftlichen Betrachtungsweise unterworfen werden“ (S. 45). Zu fragen bleibt: Was ist eine „rein wirtschaftliche Betrachtungsweise“? Was bedeutet sie in einer Situation, in der immer Lebensbereiche betriebswirtschaftlicher statt humaner Rationalität unterworfen werden und der Mensch zum „homo oeconomicus“, zu einer wirtschaftlich kalkulierenden und privat vorsorgenden „Ich-AG“ zu werden droht? Was bedeutet es, wenn theologisch steil die Freiheit „unverfügbares Geschenk Gottes in Jesus Christus“ genannt wird und sie als Befreiung „vom Gesetz als einem Mittel der Selbstrechtfertigung durch Leistung“ interpretiert wird angesichts einer Situation, in der Menschen strukturell gezwungen sind, ihre Existenz als „nützlich“ und für den Arbeitsmarkt „verwertbar“ zu „rechtfertigen“? Was bedeuten solch steile Reden angesichts einer Realität, in der Menschen per Gesetz für die Verwertbarkeit „gefördert und gefordert“ werden und ihr Leben der Gnadenlosigkeit der Unterwerfung unter die Funktions-

und Funktionierens-Imperative von Mobilität und Flexibilität ausgesetzt sind?

Theologische Reflexion hat keinen Standort „über“ der Wirklichkeit, wenn sie die herrschende Wirklichkeit nicht einfach „von oben“ absegnen will. Sie muss eingreifen, wenn sie denn mehr sein will als eine unverbindlich fromme Überhöhung einer Welt, die auch ohne Religion aus ihren eigenen Sachgesetzen und immanenten „Notwendigkeiten“ heraus funktioniert und das auch noch für „vernünftig“ hält, selbst wenn dabei – ganz „vernünftig“ den Sachzwängen folgend – der Ast abgesägt wird, auf dem die „vernünftig“ Reflektierenden sitzen? So einfach ist die Freiheit des Evangeliums nicht „zu haben“, wie sie die Denkschrift mit der Entscheidungs-Freiheit und der schöpferischen Kraft des Individuums kurz schließt.

Fern von aller Betonung von menschlicher Würde, christlichem Menschenbild, evangelischer Freiheit und Verantwortung formuliert die Denkschrift in aller dankenswerten Deutlichkeit auch das Menschenbild, das sie wirklich leitet: „Auf einem zunehmend flexiblen Arbeitsmarkt werden Beschäftigte immer mehr zu Unternehmen ihrer eigenen Fähigkeiten und Kenntnisse.“ (S. 63). Genau dies deckt sich mit der Ideologie der bayrisch-sächsischen Zukunftskommission, die ihr Menschenbild bereits Ende der 90er Jahre so formulierte: „Das Leitbild der Zukunft ist das Individuum als Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge.“ (Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen, Teil III, Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage, Bonn 1997, 36.) Dann ist es nur konsequent, wenn die Denkschrift ihr Vertrauen „auf die Triebkraft des Eigeninteresses und der Selbstverantwortlichkeit

des Einzelnen“ (S. 52) setzt und versichert, die Begrenzung „staatlicher Regulierung auf das Notwendigste“ Sorge „für mehr Freiheit“ (S. 53). Nicht mehr konsequent, sondern fast schon blasphemisch/ häretisch ist es, für solch ideologischen Unfug auch noch die Bibel zu bemühen, in der der Mensch „immer wieder realistisch beschrieben“ (S. 52) werde. Ja, wie ist er denn der Mensch? Er ist jedenfalls kein „homo oeconomicus“ als individualisierter Konkurrenz- und Verwertungsmensch, und schon gar nicht sind so die Menschen, die uns in den biblischen Traditionen begegnen.

6. So richtig „verantwortlich“ sind die „kleinen Leute“ als KonsumentInnen

So zärtlich der Ton gegenüber den Unternehmern und ihrer Berufung ist, umso drastischer wird er, wenn sich die Denkschrift den KonsumentInnen und ihrer Verantwortung zuwendet. Ihnen wird „erhöhte Verantwortung“ (S. 74), gar „gewaltige Macht“ (S. 74) zugesprochen. Hier erreicht die Denkschrift sogar ein Mut zur Eindeutigkeit, der gerade dann fehlt, wenn es um Verantwortung und Macht der Unternehmer geht: „Wo Menschen als Verbraucherinnen und Verbraucher alles tun, um möglichst preisgünstige Produkte kaufen zu können, auch wenn sie unter menschenunwürdigen Arbeitsverhältnissen produziert wurden, werden sie ihrer Verantwortung nicht gerecht.“ (S. 76) Haben die Unternehmer für menschenunwürdige Arbeit eigentlich keine Verantwortung? Und was ist mit der Politik? Haben nicht beide durch Lohnsenkungsmaßnahmen und Umverteilung von „unten“ nach „oben“ dafür gesorgt, dass immer weniger Kaufkraft und damit Konsumentenmacht in den Händen der KonsumentInnen ist? Wie sollen Menschen

mit einem Minimum an Kaufkraft auch noch ethisch konsumieren?

Neben der Feststellung der Verantwortungslosigkeit wird auch noch ein Widerspruch im Verhalten der KonsumentInnen aufgedeckt: „Ihr Verhalten ist zudem widersprüchlich, wenn sie als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gleichzeitig um den Verlust ihrer Arbeitsplätze durch Auslagerung in besonders billig produzierende Entwicklungs- und Schwellenländer fürchten.“ (S. 76). Was für Unternehmen rational bzw. von den Sachgesetzen geboten ist, nämlich da zu produzieren, wo die „kostengünstigsten“ Rahmenbedingungen sind, wird für die kleinen KonsumentInnen zum Widerspruch, wenn sie kaufen, was für sie am „kostengünstigsten“ ist. Die bestimmte Tonlage wird im nächsten Abschnitt sofort wieder milder. Da geht es nämlich um die Rolle der Politik angesichts menschenunwürdiger Arbeitsbedingungen. Hier gibt es auch keine verbindliche Verantwortung mehr, sondern nur noch „Kann-Bestimmungen“: „Ergänzend zu den Mechanismen der Selbstregulierung der Wirtschaft (sc. für die natürlich in erster Linie die BilligkonsumentInnen die Verantwortung tragen) kann die Politik an dieser Stelle Vorgaben machen. Sie kann den Schutz der Verbraucher ... verbessern ...“ (S. 76).

7. Herausforderung für „Ökumenische Netzwerke“ (S. 76)

Den VerbraucherInnen soll natürlich geholfen werden, „ihre „gewaltige Macht“ und „erhöhte Verantwortung“ (S. 74) wahrzunehmen. Dies sollen die „Ökumenischen Netzwerke“ tun. Ihnen wird die Aufgabe der Aufklärung der VerbraucherInnen über menschenunwürdige Arbeitsbedingungen zugewiesen. Damit sind sie in die herr-

schenden Denk- und Handlungsmuster integriert und ihrer kritischen Kraft beraubt.

Es fällt auf, dass die Denkschrift die Arbeit der „Ökumenischen Netzwerke“ vor allem in der politisch-theologischen Zuspitzung ihrer Aktivitäten schlicht nicht zur Kenntnis nimmt, aber da, wo sie nützlich sein könnten, sich ihrer bedient. Neben allen Einzelaktivitäten haben viele der ökumenischen Netzwerke kritische grundsätzliche Anfragen an den neoliberalen Kapitalismus formuliert und betont, angesichts der strukturellen Unfähigkeit des Kapitalismus müssten die Kirchen ein Denken jenseits der Vergesellschaftung durch Markt und Staat riskieren (vgl. Nicht Götzen, sondern dem Leben dienen! Selbstverständigungspapier der Ökumenischen Netze in Deutschland (ÖNiD) 2006; Das Ganze verändern. Erklärung des Ökumenischen Netzes Rhein Mosel Saar, 2005 (beide Texte unter: <http://www.oekumenisches-netz.de/netz.htm>). Diese Anfragen stehen in Verbindung mit dem Processus Confessionis, der vor allem von Kirchen aus den armen Ländern angestoßen und getragen sowie vom ÖRK unterstützt wird. Gemeinsam ist dem Processus Confessionis und den ökumenischen Netzwerken, dass sie die Frage nach kapitalistischer Wirtschaft und Vergesellschaftung angesichts der „alles bestimmenden Wirklichkeit“ des Kapitals und seiner Verwertungsgesetze nicht mehr als eine Frage der Ethik formulieren, sondern als theologische Frage der Unterscheidung zwischen Gott und Götzen, zwischen dem Glauben an den Gott des Lebens und der Unterwerfung unter eine Logik des Todes, die im Namen der sich immer mehr von menschlicher Verantwortung lösenden vermeintlichen Sachgesetze exekutiert werden.

Dass die Denkschrift die Arbeit der Netzwerke in ihrem politisch-theologischen

Kern, vor allem aber die Anfragen aus den armen Kirchen des Südens und damit das weltkirchliche Anliegen des *Processus Confessionis* konsequent ignoriert, ist ein Skandal, der angesichts der den Globus bedrohenden Überlebenskrisen die kirchliche Gemeinschaft in Deutschland und weltweit in Frage stellt. Statt die unabwiesbaren Fragen aufzugreifen, formuliert die Denkschrift eine ideologische Antwort, die nicht anders denn als platte Rechtfertigung eines Kapitalismus gelesen werden kann, dessen strukturelle Krise nicht erst mit dem Zusammenbruch der Finanzmärkte immer offensichtlicher wird und der immer mehr

Menschen in den wirtschaftlichen Ruin, in Armut und frühen Tod reißt. Die Opfer sowohl der sich immer wiederholenden „schöpferischen Zerstörungen“ als auch der sich immer mehr abzeichnenden Selbstzerstörungsdynamik des Systems sind die Menschen, deren Lebenssituation jetzt schon durch Armut und Demütigung, durch Ausgrenzung und Ohnmacht gekennzeichnet ist. Kirchen, die sich als unfähig erweisen, die weltweit in den Kirchen formulierten Fragen und Forderungen ernsthaft aufzugreifen, machen sich schuldig am Leid der Menschen, das die Antriebskraft der aufgeworfenen Fragen ist.

Wolfgang Schweitzer (1916–2009) zum Gedächtnis

Ein Leben für die Ökumene

Von Reinhard Gaede

Am 4. März 2009 fand die Trauerfeier für Wolfgang Schweitzer im engsten Familien- und Freundeskreis statt. Die Predigt hielt sein ehemaliger Assistent und Freund Pfr. Dr. Fritz Hufendiek.

Dass die Politik der Demokratie und dem Rechtsstaat dienen, der politischen Romantik widerstehen muss und die christliche Sozialethik die Politik kritisch zu begleiten hat, sind Wolfgang Schweitzers Themen während seines ganzen Lebens gewesen, und er hat sie in bekannten Büchern erläutert: *Freiheit zum Leben. Grundfragen der Ethik*, Stuttgart, Gelnhausen 1959; *Der entmythologisierte Staat. Studien zur Revision der evangelischen Ethik des Politischen*, Gütersloh 1968. Ein Echo hat er bekommen in Festschriften zu seinem 60. Geburtstag: *Macht des Evangeliums in*

Herrschaftszusammenhängen, Beiheft, Junge Kirche 6/1976 Bremen, Hg. Fritz Hufendiek, und zum 70. Geburtstag: *Tu deinen Mund auf für die Stummen. Beiträge zu einer solidarischen Praxis der christlichen Gemeinde*, Hg. Frank-Matthias Hofmann und Eberhard Mechels, Gütersloh 1986.

Auf ein „schwieriges Jahrhundert“ hat Wolfgang Schweitzer selbst in seinen Lebenserinnerungen zurückgeschaut (*Dunkle Schatten – helles Licht*, Stuttgart 1999). Geboren wurde er am 8.7.1916 in Potsdam. Sein Vater Carl Gunter Schweitzer war Pfarrer an der Garnisonkirche Potsdam, die den Gottesdiensten für Soldaten diente und unter deren Kanzel sich die Gräber der preußischen Könige Friedrich-Wilhelm I und Friedrich des II (des „Großen“) befanden. Seine Mutter Paula, geb. Vogelsang, eine Pfarrerstochter, hatte vor ihrer Ehe in Herford gelebt. Als Jugendlicher gehörte Wolfgang Schweitzer zur Deutschen Jun-

genschaft (d.j.1.11 um „Tusk“). Nach der Berufung seines Vaters als Superintendent in Wustermark nahm er am Leben des CVJM und der Gemeinde teil. Nach der Machtübernahme der Nazis musste die Familie, die jüdische Vorfahren hatte, als sogenannte „Halbjuden“ Verfolgung befürchten. Er erlebte eine Hausdurchsuchung und die zeitweilige Verhaftung seines Vaters, der zur Bekennenden Kirche (BK) gehörte und 1939 mit Hilfe des Büros Grüber nach England emigrieren konnte.

Auch er hielt sich zur BK, begann deshalb 1936 sein Theologiestudium in Bethel. Bald wurde es aber unterbrochen vom Arbeitsdienst und Wehrdienst. Im Frankreich-Feldzug wurde 1940 die Entlassung des sogenannten „Halbjuden“ befohlen. Es gelang ihm mit Hilfe eines Kanzleibeamten, sich in Tübingen zu immatrikulieren, was wegen seiner Abstammung eigentlich nicht gestattet war. 1944 erhielt er die Promotionsurkunde. In der „intakten“ Württembergischen Landeskirche fand er wie andere Vikare der BK Zuflucht. Im September 1944 entging er durch Flucht einer drohenden Verhaftung. In Belgien wurde er von den Amerikanern als Dolmetscher und Lagerleiter für evangelische Internierte eingesetzt. Er gab der Besatzungsarmee einen Bericht über den Kirchenkampf und betreute Protestanten des Kirchenkreises Aachen. Nach der Rückkehr nach Württemberg heiratete er Marianne („Nana“) Schell, Studentin der Medizin. Als Landesjugendvikar beendete er seine Ausbildung an der Waldkirche in Stuttgart.

1946 wurde er auf Vorschlag von Martin Niemöller, Kirchenpräsident der Ev. Kirche von Hessen – Nassau, Leiter des kirchlichen Außenamtes, als Sekretär in die Studienabteilung des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) in Genf berufen. Willem Adolf Visser't Hooft war der erste General-

sekretär des ÖRK. Im Schweizer Chalet in der Route de Malagnou erlebte Wolfgang Schweitzer zunächst den Aufbau des Büros; der Lutherische Weltbund war im Pförtnerhaus untergebracht. Dort liefen die Vorbereitungen für die Gründungstagung des ÖRK am 23. August 1948 unter dem Hauptthema „Die Unordnung der Welt und Gottes Heilsplan“, ebenso für „Faith and Order (Glauben und Kirchenverfassung)“, Sektion I, für Mission, Sektion II sowie für sozialethische Themen, Sektion III und IV. Als jüngster Sekretär kümmerte er sich um die biblische Grundlegung der christlichen Sozialethik, was umso wichtiger war, als der Grundsatz „sola scriptura (allein die Schrift)“ nur in den protestantischen Kirchen galt. „Schrift und Dogma in der Ökumene“ hieß dann auch das Thema der Habilitation in Heidelberg bei Edmund Schlink. Wichtig war, die neutestamentliche Botschaft von der kommenden Welt Gottes und der alten vergehenden Welt wieder zu finden, wodurch die theologische Kritik an bestehenden Verhältnissen erst möglich wurde. Die lutherische Lehre von den zwei Reichen, über Reich Gottes und Welt bzw. Kirche und Staat, war zur Lehre von den Eigengesetzlichkeiten in der Politik entartet. Die neue Basis für Beziehungen zwischen den deutschen Kirchen und dem ÖRK war das Stuttgarter Schulbekenntnis von 1945. Für ihn wie für viele wurde der Satz im Schlussbericht von Sektion IV Amsterdam wichtig: „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.“ Eschatologie und Ethik sowie die Lehre von der Offenbarung des im Kreuz verborgenen Gottes blieben seine Themen auch nach der Genfer Zeit.

Als junger Dozent in Heidelberg hielt er 1952 die Vorlesung „Marxistische Weltanschauung und christlicher Glaube“. Danach wurde er 1953 Mitglied der Marxis-

mus-Kommission der Evangelischen Akademien. Auch Iring Fetscher, Jürgen Habermas, Helmut Gollwitzer, Fritz Lieb und Heinz-Dietrich Wendland gehörten u.a. dazu. 1960 verließ er sie wieder, als er erfahren hatte, dass Mittel aus dem Fonds des Bundeskanzlers Adenauer in die Arbeit flossen. Auch eine Übung über den „dialektischen Materialismus“ hielt er und musste dabei erleben, dass die Quellen vom Verfassungsschutz beschlagnahmt wurden.

1955 wurde er als Professor für Systematische Theologie an die Kirchliche Hochschule Bethel berufen. Theologie darf nicht blind sein für die eigene Zeit, war seine Überzeugung. Deshalb studierte er auf seine eigene Weise Soziologie, wollte immer ein „Lernender“ bleiben. Konflikte ergaben sich mit Kollegen, die Theologen politische Aussagen verbieten wollten, selbst aber konservatives Denken für normal hielten. 1956 gehörte er zu den Gründern der Zeitschrift für evangelische Ethik. In einem Kreis von sechs Herausgebern wurde er Schriftleiter. Bekannte Sozialethiker wie Klaus von Bismarck, Friedrich Karrenberg, H.-D. Wendland, Hendrik van Oyen, Arthur Rich, Trutz Rendtorff, Heinz Eduard Tödt und Theodor Strohm gehörten damals zu diesem Kreis.

Gefährten im Widerspruch gegen atomare Aufrüstung Deutschlands im Kalten Krieg wurden die Kirchlichen Bruderschaften. Zu den ersten Mitgliedern in seiner Region gehörten Wilhelm Niemöller, der Betheler Pfarrer Hans Röhrig, Hanspeter Sprinz und Fritz Hufendiek. Im April 1958 sprach Wolfgang Schweitzer vor ca. 20 000 Menschen auf einer Kundgebung in Bielefeld vor dem Neuen Rathaus. Seine Frau Nana, die das sechste Kind erwartete bekam Droh-Anrufe. In Artikeln und auf Tagungen erklärte er die Drohung mit Mas-

senvernichtungsmitteln für unvereinbar mit dem Bekenntnis zu Jesus Christus, und die Warnung vor dem Atomtod wurde als Einladung zum Glauben an Christus verstanden. Dieses Engagement setzte sich fort in seiner Teilnahme an der Prager Friedenskonferenz, die Josef Hromadka, Prof. der Theologie in Prag und Mitglied des Weltkirchenrats, als erste die Böcke übergreifende Initiative gegen Atomwaffen 1958 gegründet hatte. Nach dem Einmarsch des Warschauer Paktes und der Niederschlagung des Prager Frühlings zog er sich zurück. Im Herbst 1960 trat er dem Herausgeberkreis der Zeitschrift „Junge Kirche“ bei, die in der Nachfolge der BK stand.

In den Jahren 1962-1972 war er leidenschaftlich beteiligt an den Diskussionen um die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und die Aussöhnung mit Polen. Die Bielefelder Thesen der Kirchlichen Bruderschaft bereiteten 1965 die Denkschrift der EKD vor, die den Titel trug: „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“. Sie zitierte These 17 der Bielefelder: „In der gegenwärtigen Situation erscheint die Preisgabe des deutschen Anspruches auf die verlorenen Ostgebiete und der Verzicht auf die Rückkehr dorthin um des Friedens und um eines guten Zusammenlebens mit unsern östlichen Nachbarn als geboten. Zu solcher Erkenntnis befreit das Evangelium die politische Vernunft.“

Als der Student Benno Ohnesorg im Sommersemester 1967 von einem Polizisten erschossen wurde, forderte Wolfgang Schweitzer, der damals Rektor der Kirchlichen Hochschule Bethel war, den Rücktritt des Berliner Bürgermeisters Heinrich Albertz, der sich damals (auf Grund falscher Informationen) hinter die Polizei gestellt hatte.

Das Anti-Rassismus-Programm des ÖRK unterstützte er zusammen mit dem Bielefelder Arbeitskreis für Kirche und Gesellschaft – so der neue Name. „Eine Anfrage an uns Deutsche“ hieß ein Text, der unsere Solidarität mit der Befreiungsbewegung Namibias einforderte. 1904 und 1908 hatten die deutschen Kolonialherren den Aufstand der Herero blutig unterdrückt. 1978 kam es zum Zusammenschluss progressiver kirchlicher Gruppen: Unser Bielefelder Arbeitskreis für Kirche und Gesellschaft, der Bochumer Arbeitskreis für Kirche und Sozialismus, Mitglieder des Versöhnungsbunds und Religiöse Sozialistinnen und Sozialisten in Westfalen, „Pastoren im Kontakt“, Siegen schlossen sich am 9.9.1978 zusammen in der Solidarischen Kirche Westfalen, deren Leitsätze die Barmer Erklärung zum Vorbild hatten. Später kamen Gruppen aus Lippe hinzu, und die Rheinländer nahmen auch den gleichen Namen an. 500 Mitglieder zählte die Solidarische Kirche. In ihrer zweiten Tagung am 1.11.1979 sprach Helmut Gollwitzer in Bethel zum Thema: „Warum ich als Christ Sozialist bin.“

Seit 1980 verbrachten Wolfgang und Nana Schweitzer nach einem Abschiedsfest in unserm Pfarrhaus und Garten zu Laar in Herford den Ruhestand in Hierholz, Gemeinde Dachsberg. Im Schwarzwald, in 930 m Höhe, steht heute noch das kleine Haus, das seine sechs Söhne mit ihren Familien gemeinnützig für befreundete Feriengäste vermieten. Die Nähe zum ÖRK in Genf, der Kontakt mit der Kirchlichen Bru-

derschaft Württemberg bestimmte folgerichtig seine Aktivitäten.

Der Kirchenkampf gegen die Unmenschlichkeit der Nazis, das Wirken für die Ökumene, die Einheit der Christinnen und Christen in ihrem Dienst für die Welt waren die Themen seines Lebens. Die Kirche darf die Sünden der Weimarer und NS-Zeit nicht wiederholen, muss rechtzeitig gegen nationalistische Irrwege Stellung nehmen, Mitverantwortung übernehmen für die Menschen in den armen Ländern. Weil wir in Einer Welt zusammen leben, muss eine gerechte Wirtschaftsordnung geschaffen werden, die dem Leben dient, brauchen wir die Kirche als Anwältin für die Menschenrechte.

Die letzten Lebensjahre verbrachte das Ehepaar in betreuter Wohnung im Schillingshof in der Senne. Nach dem Tod seiner Ehefrau Nana lebte Wolfgang Schweitzer zuletzt im Pflegeheim in Eckardtsheim. Bei der Beerdigung sprach Fritz Hufendiek über den Spruch, den Pfarrer Vogelsang seinem knieenden Enkel Wolfgang verkündete: „Fürchte dich nicht, denn mit dir bin ich! Erschrick nicht, denn ich bin dein Gott! Ich stärke dich, ja ich helfe dir. Ja, ich halte dich mit meiner heilsamen Hand.“ (Jesaja 41, 10)



Wolfgang Schweitzer

„Solange die Welt bereit ist, auf die Verkündigung des Willens Gottes zu hören, kann die Kirche sehr positive Beiträge zur jeweiligen Ordnung des menschlichen Zusammenlebens leisten. Wo aber die Welt sich der Verantwortung vor Gott zu entziehen sucht, wird die prophetische Verkündigung zum Leidenszeugnis werden.“

W. Schweitzer: Biblische Theologie und Ethik in der Gegenwart, in: A. Richardson/
W. Schweitzer: Die Autorität der Bibel heute, Zürich, Frankfurt, S. 172

Gesellschaftskritik als Konsequenz diakonischer Überzeugungen? Von Helmut Gollwitzer zu Dorothee Sölle*

Von Ulrich Peter

Helmut Gollwitzer,

* 29.12.1908, † 17.10.1993 Berlin

Helmut Gollwitzer war ein guter Kenner und großer Bewunderer Christoph Blumhardts¹ und bemühte sich, seinen Studierenden diesen Mann näher zu bringen. Es gab für ihn keinen Dissens zwischen dem Warten auf das Reich Gottes, das uns nicht verfügbar ist, und dem Tun, das uns Christen geboten ist. Auch er wartete auf das Reich Gottes, aber er wartete tätig.

Gäbe es im Protestantismus anerkannte Heilige, er wäre einer der ersten Anwärter gewesen. Ob ihn die Amtskirche heilig gesprochen hätte, darf bezweifelt werden. Nicht einmal die Berliner Evangelische Akademie, an der er so oft vorgetragen hat, plant zu seinem 100. Geburtstag am 29. Dezember 2008 eine Veranstaltung. Nur eine Gedankenlosigkeit?

„Golli“ war in Berlin jahrzehntelang ein Markenzeichen für Menschlichkeit, Solidarität, Bescheidenheit und persönlichen Einsatz. Als er 1981 auf dem Höhepunkt der Berliner Hausbesetzerbewegung mit einer Matratze auf der Schulter in ein besetztes Haus ging, um dieses durch seine Anwesenheit vor der polizeilichen Räumung zu schützen, ging dieses Bild durch die Presse und ein Raunen durch Berlins autonome Gruppen. Sie betrachteten ihn fast als einen der ihren.

Welches Ansehen Gollwitzer gerade bei nicht-kirchlichen Menschen genoss, verdeutlicht ein Nachruf² des Philosophen

Wolfgang Fritz Haug, der ihn aus mehreren Jahrzehnten gemeinsamer Arbeit kannte: „Es ist ein großes und viel zu seltenes Glück, einem Menschen wie Helmut Gollwitzer zu begegnen. Er stach unglaublich ab vom Typ schamponierter Fernsehpolitiker, vom Neusprech, vom geleckten und lackierten Einerlei. Da war etwas Knorriges, mehr noch vom Volk her als bloß aufs Volk hin Sprechendes, etwas Bäuerliches, anklingend in der mundartlichen Färbung seiner Sprache. Nichts an ihm war heruntergeglättet. Seine Züge waren unregelmäßig. ... In den Sarg hat man ihn, der keine Schönung brauchte, so gelegt, wie er sich am liebsten zeigte: angetan mit seinen Kordhosen und dem kariertem Flanellhemd.

Angebracht ist es aber auch, etwas über die enorme Bedeutung zu sagen, die Helmut Gollwitzer für die atheistischen Teile der Linken gehabt hat. Er war der Seelsorger der Studentenbewegung. Seine Freundschaft mit Rudi Dutschke gibt mehr Einblick in diese soziale Bewegung als die meisten Theoriepapiere. Dabei bildete für Gollwitzer das Christliche den Mittelpunkt. Er verstand sich als „Jünger Jesu“, der christlich zu leben versucht. Vielleicht war es gerade dies, was ihm eine Haltung und eine Wirkung ermöglichte, die weit über die Grenze des Christlichen hinausreichten ...

Er war kein Versöhnler, wo es um den Missbrauch der Macht ging ... Die Gabe des Worts, wovor die Verletzungen, das Nachtragen, vielleicht sogar der Hass kleiner werden, war ihm wie wenigen gegeben. ... Er verkörperte eine lebendige Al-

ternative zur Seelenlosigkeit der „Moderne“, die auch die sozialistischen Revolutionäre nicht verschont hat.“

G. wuchs in einem national-konservativen Elternhaus auf. Als Schüler engagierte er sich in der Jugendbewegung. Seine theologischen Lehrer waren so unterschiedliche Personen wie Paul Althaus und vor allem Karl Barth. Früh hatte sich G. auch mit nicht-christlichen Positionen befasst, u.a. auch mit der kleinen nicht-leninistischen Richtung der Rätekommunisten, was seinen Marxismus von Anfang an mit Niveau versah.

Im Kirchenkampf war er in der radikalen dahlemitischen Richtung exponiert und beteiligt an Hilfsaktionen für die vom NS-Regime verfolgten Juden. Bis 1949 war er in russischer Gefangenschaft, über die er einen Bestseller schrieb. „... und führen, wohin du nicht willst.“ Mit diesem Buch vertrat er eine sehr distanzierte Position zum Sowjet-Kommunismus, was gut in die damalige Zeit passte.

Als Professor in Bonn (bis 1957) und Berlin nahm er zusehends Stellung gegen die beginnende Wiederaufrüstung und die Auslöschung demokratischer Rechte und Freiheiten, was seine Beliebtheit bei den Mächtigen spürbar verringerte. Als Karl Barth in Basel emeritiert wurde, war er als Nachfolger bereits sicher und berufen. Die politischen Basler Gremien und Behörden legten dagegen ihr Veto ein, wegen Gollwitzers „unklaren“ Einstellung zum Kommunismus. Ein Glück für Berlin und Deutschland.

Helmut Gollwitzer hat in seinem Leben so viel publiziert, dass nur die Nennung der wichtigsten Schriften die gesamte Vortragszeit beanspruchen würde. Ebenso ist es mit seiner umfangreichen politischen und theologischen Biographie. Einige wenige Schlaglichter seien genannt.

Beim Kirchentag 1959 nahm er als Hauptredner an einer großen Vortragsver-

anstaltung „Wir Deutsche und die Juden“ teil. Hieraus entstand die „Arbeitsgemeinschaft Juden und Christen beim Deutschen Evangelischen Kirchentag.“

Er bemühte sich stark um den christlich-marxistischen Dialog (»Die marxistische Religionskritik und der christliche Glaube«, 1962). Er war ein profunder Marx-Kenner. Es machte Spaß, mit ihm über marxistische Probleme zu diskutieren.

Er verkörperte in seiner Person die Geschichte der deutschen Friedensbewegung. 1957 hatte er in der Schrift „Der Christ und die Atomwaffen“ geschrieben: „Wer sich mit Waffen sichern will, kann nicht mehr glauben und lieben im Sinne der Bergpredigt“. Anfang der 80er Jahre saß er mit Dorothee Sölle in einer Reihe bei den Blockaden in Mutlangen.

Er setzte sich mit den Fragen der weltweiten wirtschaftlichen Gerechtigkeit auseinander³ und vertrat frühzeitig Positionen, die viele andere erst durch den Import aus der Befreiungstheologie kennen lernten.

Er war als Person Bindeglied zwischen der Arbeiterbewegung und den Bürgerrechtsbewegungen der 50er und der frühen 60er Jahre und der Neuen Linken.

Und all dies tat und dachte er auf der Basis seines lutherisch geprägten Glaubens und einer großen persönlichen Frömmigkeit. Er war als Christ Sozialist! Für ihn war der Reich-Gottes-Glaube das Kernstück des Evangeliums und damit des christlichen Glaubens.

Gollwitzer dachte wie Blumhardt radikal eschatologisch:

Das Reich Gottes, das zu schaffen Menschen unmöglich ist, hat Jesus Christus bereits in die Welt gebracht, die Revolution Gottes hat schon begonnen. Daher können Christen sich unmöglich mit dem Bestehenden abfinden und aus den sozialen und

politischen Konflikten ihrer Gegenwart heraushalten.

„Thesen zu Reich Gottes und Revolution“:

3. Reich Gottes meint eine Revolution, die wir nicht machen können, die aber an uns geschehen muss.
4. Reich Gottes ist Inhalt einer Verheißung, die die Gegenwart revolutioniert. Die Revolution, die wir nicht machen, befähigt uns zu der Revolution, die wir zu machen haben.
5. Die Verheißung des Reiches Gottes tritt befreiend der Herrschaft aller „Götter“ entgegen.

Der verheißenen Zukunft Gottes entspricht in der Gegenwart ein Standort des Christen, der die gegebene Wirtschafts- und Sozialordnung kritisch „unterhöhlt“, sie in Richtung gerechterer, sozialerer Verhältnisse umstürzt und verändert, da sie den Armen hier und jetzt keine Zukunft bieten kann. Damit folgt der Christ unter den heutigen Bedingungen Jesus selber nach, der diesen Kampf für die „Befreiung zur Solidarität“⁶ mit den Armen unter damaligen Bedingungen führte und vorlebte. Die Freiheit, die uns Gottes Gnade schenkt, besteht nicht im Festhalten von Privilegien, sondern im Dienst an und im Teilen mit den Armen. So heißt Glaube Mitarbeit „an der Humanisierung der menschlichen Gesellschaft auf das Reich Gottes, der wirklichen menschlichen Gesellschaft hin“.

1980 erschien seine Thesenreihe „Warum bin ich als Christ Sozialist?“ Ein wunderbarer Text, gerne würde ich ihn hier ganz vorlesen. Aber für einen Ausschnitt muss die Zeit reichen:

3. Warum wird ein Mensch Sozialist?
- 3.1. Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus

moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionärer Veränderung oder aus beidem.

- 3.2. Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundspänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang ... mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft. ...
- 4.6. Die Umkehr, zu der die christliche Gemeinde durch Gottes Wort täglich gerufen wird, umfasst auch die Abkehr von ihrer Einbindung in das herrschende Privilegiensystem und ihren tätigen Einsatz für gerechtere, also nicht mehr durch gesellschaftliche Privilegien bestimmte Gesellschaftsstrukturen. Deshalb ist die primär wichtige Frage heute nicht die nach dem Verhältnis von Christentum und Sozialismus, sondern zuerst die nach dem Verhältnis von Christsein und Kapitalismus: Kann man als Christ das gegenwärtige Gesellschaftssystem samt der ihm zugrunde liegenden Wirtschaftsordnung bejahen und verteidigen, oder muss das für einen Christen nicht unerträglich sein?

Wie unvergleichbar ist dies mit der aktuellen Wirtschafts-Denkschrift der EKD! Was haben wir mit Helmut Gollwitzer verloren!

Dorothee Sölle,

* 30. Sept. 1929, † 27.4.2003

Dorothee Sölle starb während einer Tagung „Gott und das Glück“ in der Evangelischen Akademie Bad Boll, dem Bad Boll der beiden Blumhardts. Dorothee Sölle wird Ihnen am bekanntesten sein. Und das nicht ohne Grund.

Von den drei Personen, über die ich heute schon referiert habe, unterscheidet sie sich in wichtigen Punkten.

Sie ist die einzige Frau.

Sie ist die an Jahren Jüngste.

Sie ist die einzige Nicht-Voll-Theologin und diejenigen unter uns, die wissen, wie es 500 Jahre nach Ausrufung des Priestertums aller Gläubigen in diesen aussieht, können sich vorstellen, was das im Verkehr mit Amtsträgern bedeutet hat.

Sie ist Gymnasiallehrerin gewesen und offensichtlich eine gute. Sie hat promoviert und sich habilitiert – aber zum Lehrstuhl in Deutschland hat es nicht gereicht. Der Satz: „Die Prophetin gilt nichts im eigenen Land“, traf nur für die akademische Sphäre zu. Am Union Theological Seminary in New York dozierte sie von 1975 bis 1987. In Deutschland war sie auch ohne Lehrstuhl überaus wirksam.

Dorothee Sölle gilt als meistgelesene theologische Autorin der Gegenwart. Sie hat vor allem im Religionsunterricht ihre Spuren hinterlassen. 90 Bücher können Sie von Dorothee Sölle lesen, u.a. tief mystische Schriften und wunderschöne Gedichte. Und eine Autobiographie, die zu dem Besten zählt, was ich je gelesen habe.⁷

Ich habe am 29.10.08 die vier Namen meines Vortrages bei Google eingegeben um das Ranking festzustellen. Ergebnis:

Helmut Gollwitzer: 14.900 Eintragungen;

Blumhardt der jüngere: 19.500;

Wichern: 53.100;

Sölle: 63.800

Wie beliebt und verehrt sie war, ließ sich bei jedem evangelischen Kirchentag mit Händen greifen. Wegen Überfüllung geschlossen! Bei welchen Veranstaltungen derjenigen, die ihr eine deutsche Professur verwehrten, mag das vorgekommen sein? Sie hat ihr Geld im Gegensatz zu den meisten anderen Theologinnen und Theologen in Deutschland nie bei der Kirche verdient. Das verschaffte ihr auch die nötige Unabhängigkeit und evangelische Freiheit.

Sölle war Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre durch die von ihr mitorganisierten «Politischen Nachtgebete» bekannt geworden. Aus einem Gebet dieser Jahre möchte ich den Anfang lesen:

„Ich glaube an gott

der die welt nicht fertig geschaffen hat

wie ein ding das immer so bleiben muss

der nicht nach ewigen gesetzen regiert

die unabänderlich gelten

nicht nach natürlichen ordnungen

von armen und reichen

sachverständigen und uniformierten

herrschenden und ausgelieferten

ich glaube an gott

der den widerspruch des lebendigen will

und die veränderung aller zustände

durch unsere arbeit

durch unsere politik ...“

Seit dieser Zeit war sie aus den Auseinandersetzungen für soziale Gerechtigkeit, den Schutz der Umwelt und die Sicherung des Friedens nicht wegzudenken, oftmals Seite an Seite mit Helmut Gollwitzer. In ihrer christlichen Option für den libertären Sozialismus waren beide auf einer Seite – auch sie kannte sich im Marxismus gut aus – theologisch aber waren beide weit auseinander.

D. Sölle, die die Entmythologisierung des NT aufnahm, wurde populär als Vertreterin einer „Gott-ist-tot-Theologie“, auf die ich nur kurz eingehen kann. Sölles Gottesbild ist ohne die Erfahrung von Auschwitz nicht zu denken. Die Vorstellung, da „oben säße“ ein Gott, der „in aller Herrlichkeit ... Auschwitz mit veranstaltet habe“⁸, war ihr unerträglich.

1965 hatte sie mit ihrer ersten größeren Veröffentlichung „Stellvertretung. Ein Kapitel Theologie nach dem Tod Gottes“ Aufsehen erregt. Weitere Publikationen folgten.

Drei weit verbreitete Zitate machen ihre Position deutlich:

„Um Christ zu sein, brauche ich nicht an Gott zu glauben.“⁹

„Wenn Jesus heute wiederkäme wäre er Atheist, d.h. er könnte sich auf nichts anderes als auf seine weltverändernde Liebe verlassen.“¹⁰

„Ich gehe vom Ende des Theismus aus. Die Vorstellung eines höchsten Wesens an der Spitze der Pyramide des Seins, das alle Ordnungen ins Dasein gesetzt hat und sie erhält, ist nicht mehr denkmöglich.“ Diese Theologie und ihre Rezeption lösten einen Proteststurm in den Kirchen aus. „Niedergefahren zur Sölle!“ – so urteilten in Abänderung des Glaubensbekenntnisses konservative Christen über sie und ihre Gedanken.

Dorothee Sölle verstand sich als „christliche Sozialistin“ und gründete konsequenterweise die deutschen „Christen für den Sozialismus“ mit. Sie hat sich allerdings zu keiner Zeit an die Organisationen der traditionellen sozialistischen Bewegung angeschlossen. Sie war der Neuen Linken und den daraus hervorgegangenen sozialen Bewegungen, der Frauenbewegung, der Internationalismusbewegung und der Ökologie- und Friedensbewegung verbunden.

„Die theologische Bedeutung unseres Geschöpfseins ist, dass wir Gottes Mitschöpfer sind, die in Arbeit und Liebe ihre Ebenbildlichkeit realisieren. Als Mit-Schöpfer arbeiten wir an einer gerechteren Welt, und in diesem Sinn ist alle menschliche Arbeit auf das Reich Gottes bezogen.“¹¹

Ihr undogmatischer Sozialismus ließ sie Distanz zu den Mächtigen im „realen Sozialismus“ halten. In der DDR wurde ihr Name von den Mächtigen lange Zeit regelrecht tabuisiert, weil ihre Texte eine so gefährliche Freiheit atmeten. Die Zensur ge-



Dorothee Sölle und Reinhard Gaede

stattete noch nicht einmal, sie zu zitieren. In den Gemeinden und unter den Studierenden wurden ihre Texte darum umso wirksamer durch Abschreiben verbreitet. Da sie im Westen gleichzeitig dem Antikommunismus entgegentrat, war sie in beiden Teilen Deutschlands oppositionell.

Sie konnte nie etwas anfangen mit der sauberen Trennung zwischen Theologie als Wissenschaft auf der einen und christlicher Lebenspraxis auf der anderen Seite. Deswegen galt sie als „Pionierin der politischen Theologie.“ „Kirche und Staat sind vielleicht trennbar, doch der Geist des Glaubens und der Politik nicht“, sagte sie einmal. Es gibt keine unpolitische Theologie, auch keine neutrale, wertfreie.

Bis zu ihrem Tode ist sie ihren grundsätzlichen Positionen treu geblieben. Im Gegensatz zu vielen hat sie nach 1990 ihre Biographie nicht auf dem Müllhaufen für historische Ladenhüter entsorgt. Sie hat sich nicht verbogen. Auch da wieder eine Gemeinsamkeit mit Gollwitzer.

Mit zunehmendem Alter wurde ihre Sprache frömmel: „Mein Leben ist also das einer theologischen Arbeiterin, die etwas

vom Schmerz Gottes und von Gottes Freude mitzuteilen versucht.“¹² Sie knüpfte an die mystischen Traditionen des Christentums an und verband diese mit den politischen Kämpfen der Gegenwart. „Mystik und Widerstand“ heißt eines ihrer letzten Bücher.¹³ (1997)

Nichts ist interessanter bei der Einschätzung von Persönlichkeiten als zu lesen, wer nach ihrem Ableben wie über sie nachgerufen hat. Am ehrlichsten waren ihre größten Feinde, die organisierten Evangelikalen. Auch wenn die Mehrheit von ihnen auch nie eine Zeile von ihr gelesen hatte, der Name war allen bekannt. Sie war die Person, die Gott für tot erklärt hatte.

„Die Schriften und Reden von Frau Sölle gefährden die Grundlagen des christlichen Glaubens“, sagte der Vorsitzende der Konferenz Bekennender Gemeinschaften in der EKD, Pastor Ulrich Rieß (Hamburg),¹⁴ gegenüber der evangelikalen Zeitschrift *idea*.

Dorothee Sölle war sich dieser Ablehnung bewusst: „Für die Evangelikalen bin ich seit 25 Jahren eine Hexe, die man eigentlich verbrennen muss, da kommen politische und sexistische Sachen und die Ablehnung einer radikaleren, modernen Theologie ganz stark zusammen.“¹⁵

Am 20.11.2006 meldete der Informationsdienst der Evangelischen Allianz:

„Die bayerische Landessynode soll darauf hinwirken, dass ein Gebäude der evangelischen Augustana-Hochschule in Neuendettelsau bei Nürnberg nicht länger Dorothee-Sölle-Haus heißt. Das beantragt die Kirchliche Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern (KSBB) in einer Eingabe an die Synode, die vom 26. bis 30. November in Rummelsberg bei Nürnberg tagt.“

Viele Evangelikale und andere Konservative wollen die Existenz Sölles ganz aus dem kirchlichen Gedächtnis tilgen und jedes Nachwirken verhindern. Deswegen

ist für uns die Verteidigung von Denkmälen so wichtig, verstanden als Imperativ „Denk mal!“ Jischor“ – „gedenke“ lautet einer der wichtigsten Imperative der Hebräischen Bibel.

Aus dem Chassidismus und auch von Brecht ist folgender Satz überliefert.

Der Mensch ist erst wirklich tot, wenn niemand mehr an ihn denkt.

Erinnern kann hochpolitisch sein! Ich möchte diesen Vortrag mit einem Stück Erinnerung an Dorothee Sölle, von Dorothee Sölle schließen.

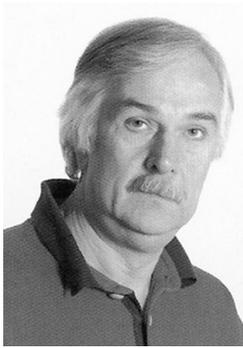
Am 24.4.1986 war sie vor dem Amtsgericht Schwäbisch Gmünd angeklagt wegen einer gewaltfreien Sitzblockade vor dem Pershing-II-Depot. Sie wurde deswegen zu einer Geldstrafe verurteilt. In ihrem Schlusswort als Angeklagte sagte sie u.a.:

„Glauben Sie wirklich, Sie könnten den Geist des Widerstands, die Sehnsucht nach einem Frieden, der nicht auf Staatsterror und Militarismus aufgebaut ist, sondern auf wirtschaftlicher Gerechtigkeit, die Kraft des Geistes, der uns tröstet und Mut macht, auslöschen? Ich bin froh, dass ich in dieser Zeit lebe, in der so viel Widerstand gegen das System der Gewalt und des staatlich-militärischen Terrors sich regt. ... Sie können uns verurteilen, aber Sie können Frauen wie meine Schwestern und mich nicht zum Schweigen bringen, nicht kalt machen.

Es ist als wollten Sie den Rosen das Blühen verbieten. Aber die Weiße Rose des Widerstands blüht heute hier in Westdeutschland. Als wollten Sie die Sonne verhaften. Aber die Sonne scheint.“¹⁶

**Der Artikel ist der zweite Teil des Vortrags von Ulrich Peter: Gesellschaftskritik als Konsequenz diakonischer Überzeugungen? am 12. November 2008 in der Fachhochschule Rauhes Haus Hamburg. Der erste Teil über J. H. Wichern und Ch. Blumhardt erschien in CuS 1/2009.*

Dr. Ulrich Peter wurde 1952 in Bergkamen/Kreis Unna geboren. Er studierte Psychologie, Sozial-, Rechts- und Erziehungswissenschaften in Münster und Evangelische Theologie in Berlin. Er arbeitet als Berufsschultheologe in Berlin.



Ulrich Peter

Zahlreiche Veröffentlichungen zur Kirchengeschichte der Neuzeit und zur Geschichte des religiösen Sozialismus und der sozialen Bewegungen.

Letzte Buchveröffentlichung: *Möhrenbach-Schwerin-Workuta-Berlin: Aurel von Jüchen (1902–1991), Ein Pfarrerleben im Jahrhundert der Diktaturen*, Schwerin 2006

E-Mail: ulrich.peter@evba.de

- 1 Christoph Blumhardt – neu sichtbar, in: *EvTh* 41 (1981).
- 2 W.F. Haug. Helmut Gollwitzer – eine Vermisstenanzeige Zuerst erschienen in: Kahl, Brigitte u. Jan Rehmann (Hg.), *Muss ein Christ Sozialist sein? Nachdenken über Helmut Gollwitzer*, Hamburg 1994.
- 3 Z.B. *Die reichen Christen und der arme Lazarus*. München 1968.

- 4 *Befreiung zur Solidarität*. München 1984. S. 141.
- 5 In: *Diskussion zur Theologie der Revolution*, München 1969, S. 45.
- 6 Dieses Buch Gollwitzers erschien in München 1984.
- 7 *Gegenwind. Erinnerungen*. Hamburg 1995.
- 8 Zitiert nach: S. Mayer. Dorothee Sölle. *Unmöglich, wie wir leben.*“ In: *Die Zeit*, Nr. 49 v. 27.12. 1987
- 9 „Authentisch christliches Verhalten ist heute praktisch a-theistisches Verhalten, und die Annahme oder Ablehnung eines himmlischen Wesens ist für den Entwurf Christi ohne konstitutive Bedeutung.“ In: *Das Recht ein anderer zu werden*. S. 50. Neuwied/Berlin 1971.
- 10 *Ibid.* S. 59.
- 11 Aus: Dorothee Sölle, *Gott denken. Einführung in die Theologie*, S. 219–229. München, 2002.
- 12 D. Sölle. *Lieben und arbeiten*. Stuttgart 1985, S. 82/83.
- 13 *Gegenwind*, S. 310.
- 14 Hamburg, 1997.
- 15 29. Apr 2003 in: <http://www.idea.de/cfml/homepage/>
- 16 Zitiert nach: *Die Andere*. Vor 5 Jahren starb die Theologin Dorothee Sölle. In: *Die Kirche. Wochenzeitung in der EKBO*, Nr.17 v. 27.4.2008.

Eine-Welt-Dorf Minden

Entwicklung

„Ausländer können gut zusammenarbeiten!“ Mit diesen Worten fasste ein türkisches Mädchen ihre Erfahrungen zusammen, nachdem es mit Schulkindern aus Griechenland, Afghanistan, Deutschland, Italien und der Türkei auf dem Mindener



Marktplatz ein Lehmfachwerkhaus gebaut hatte. Eine Zusammenarbeit, die den Geist des Internationalen Projekttags der Unesco-Projektschulen 2002 unter dem Motto „Kulturen begegnen sich weltoffen“ widerspiegelt. Hier ging es nicht nur um Toleranz und Akzeptanz, sondern um gemeinsames Handeln. Das Haus wurde mit Hilfe des städtischen Bauhofs und einer Autokranfirma auf den Schulhof der Königschule versetzt, einer Ganztagsgrundschule mitten in der Mindener Altstadt, die stark multikulturell geprägt ist.

Inzwischen haben Kinder und Jugendliche gemeinsam mit einem algerischen Bildhauer, einem marokkanischen Maler und einem deutschen Lehmbauer weitergebaut. So sind die afrikanische Rundhütte „Mtae“, das indische Lehmstampfhaus „Sabarkantha“ und das südamerikanische Lehmsteinhaus „Cajamarca“ entstanden. Diese kleinen Häuser mit einer Grundfläche von

jeweils ca. 2 x 3 m stehen stellvertretend für Partnerschaftsprojekte, in denen mit Unterstützung von Mindener Schulen Ziesternen, Brunnen und auch Sozialeinrichtungen gebaut wurden und/oder noch werden. Das größte Gebäude, das weißrussische Holzhaus „Grodno“ (5 x 6 m) steht stellvertretend für die Tschernobylhilfe und eine Städtepartnerschaft Mindens. Es soll Schulklassen und Gruppen als Unterrichts- und Begegnungsstätte dienen. Inzwischen hat auch ein Partnerschaftsprojekt der Königschule mit einem Progymnasium in Nowosibirsk in Russland Anschluss an das Grodno-Haus gefunden. Im Aufbau ist das „Haus der Religionen“, das die Gleichberechtigung der Weltreligionen veranschaulichen soll.

Die einzelnen Häuser zeigen durch ihre unterschiedlichen Bauformen deutlich kulturelle Differenzen im äußeren Erscheinungsbild. Bei näherem Hinsehen eröffnen sich jedoch Dimensionen der Gemeinsamkeit. Sie ergänzen sich gleich. Die Lehmbauweise verbindet Kontinente. Wasserprobleme gibt es fast überall und es entwickelt sich eine völkerverbindende Solidarität.

Direkt neben dem Dorfplatz wurde mit dem Bau eines Regenwasserspielplatzes und eines Pflanzenteiches mit Versickerungszonen begonnen, womit ein Teil des Wasserkreislaufes sichtbar gemacht wurde. Des Weiteren wurden kleine Gärten und Beete angelegt, ein Lehmbackofen und ein Grillplatz errichtet und große Wandbilder an den Turnhallenwänden gemalt. Inzwischen fertig gestellt wurden auch der Bau einer Arche mit Nisthilfen für Insekten und Kleintiere, eine Galerie mit Infotafeln sowie eine Photovoltaikanlage.



Konzeption

Das Eine-Welt-Dorf ist ein interkulturelles Bau- und Kunstprojekt, das in gemeinschaftlicher Arbeit Schritt für Schritt entsteht und nachhaltig genutzt werden soll. Es trägt anschaulich und konkret dazu bei, mehr Verständnis für andere Kulturen zu wecken, Entwicklungsprojekte zu unterstützen und für einen sorgsamen Umgang mit der Natur zu sensibilisieren.

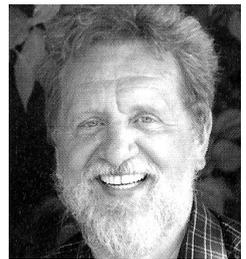
Auf fünf Ebenen werden Lernprozesse ermöglicht:

1. Interkulturell: Es dient als Lernort, der die Sinne für die Vielfalt und den Reichtum der Kulturen öffnet und die multi-kulturelle Zusammensetzung der König-schule und Mindener Altstadt wider-spiegelt.
2. Sozial: Junge Menschen lernen hier ge-meinsam mit älteren, für sich, ihre Schule und für ihr Stadtviertel Verantwortung zu übernehmen. Sie beteiligen sich an der Gestaltung eines öffentlichen Rau-

mes, der Verständnis und Akzeptanz ge-genüber „Andersartigkeit“ fördert.

3. Entwicklungspolitisch: Es wird Solida-rität mit konkreten Projekten in Ländern-des Südens und Ostens ermöglicht.
4. Ökologisch: Der behutsame Umgang mit der Natur – Wasser, Nist-hilfen, Schul-gar-ten und Energie – lädt die Kinder und Jugendlichen zu einem nachhaltigen Lebensstil ein.
5. Künstlerisch: Das Eine-Welt-Dorf ist ein ganzheitlicher Lernort, der sinnliche Wahrnehmung, kreatives Gestalten und praktisches Handeln verbindet.

Vorsitzender der Frie-denswoche Minden und Projektleiter ist Falk Bloech. Er war früher Lehrer am Oberstufenkolleg Bie-lefeld.



Falk Bloech

Über 700 Schülerinnen und Schüler sowie 100 Erwachsene haben sich seit 2002 am Bau des Eine-Welt-Dorfes beteiligt. Engagiert waren Schulklassen aller Schultypen sowie Konfirmandengruppen St. Marien, Jugendliche des Technischen Hilfswerks, des Interkulturellen Begegnungszentrums Juxbude, Bautrupps der Stadt Minden, Round Table sowie Studierende der Universität Bielefeld. Unterstützung kam von der Friedenswoche, dem Weltladen, städtischen Behörden und Firmen, der NRW-Stiftung für Umwelt und Entwicklung, der Aktionsgemein-schaft „Dienst für den Frieden“.

Gebet für die Reichen (Auszug)

Von Dom Hélder Câmara

Vater,
Beten für die Reichen?
Woher kommt dieser Einfall?
War doch Jesus, Dein Sohn und
Unser Bruder, hart gegen sie.
Er sah für sie, menschlich gesprochen,
keine Hoffnung und keine Rettung.
Er gab nur zu verstehen, dass Dir
nichts unmöglich ist. Auch wo
Menschen keinen Ausweg sehen und
keine Lösung ...

Warum ein Gebet für die Reichen,
die Geld haben, aber auch Macht,
Verstand und Talent; warum ein Gebet
selbst für jene, die reich sind an Tugenden
und frommen Taten? Sie besitzen ja
alles. Sie scheinen Deine Hilfe
nicht nötig zu haben. Sie sind
sich selbst genug.

Doch man muss beten
und Dich bitten, Du mögest ihnen
die Schuppen von den Augen fallen
lassen, damit sie endlich sehen:
Du allein bist der wahre Reiche;
denn nur Du hast das Leben,
das Wissen, die Freiheit,
die Heiligkeit in Fülle. Gewiss hast
Du uns davon gegeben. Du hast den
Menschen geschaffen nach Deinem Bild
und Gleichnis. Du hast ihm aufgetragen,
die Natur zu beherrschen und
die Schöpfung zu vollenden.
Du läßt ihn teilhaben an Deiner
Gottheit, an Deiner Schöpferkraft.

Wie kann man aber nicht verstehen
wollen: dass es Diebstahl ist,
diese Gaben so an sich zu reißen,
als wären sie nicht verliehen,
als könnten sie Vorrecht weniger
bleiben? Ob die wenigen es wissen
oder nicht: Sie sind verantwortlich
für die Unterdrückung unzähliger
Menschen; und mit jedem unserer
Tage wächst deren Überzahl.

Herr,
hilf denen, die sich ihren Reichtum
zugute halten. Es sind armselige
Reiche, kommen sie nicht zu
jener Einfalt, die weiß, dass sie
alles erhalten hat, und zu jener Brüderlichkeit,
die nie vergisst,
dass alle Menschen zur Teilhabe
an Deinem göttlichen Reichtum
eingeladen sind. ...

Nur wenn wir die Kirche und uns
nicht an Privilegien, Macht und
Geld hängen, können wir Deinen
Dienst ganz erfüllen: Verschwenden wir unser
Leben im Dienst am Nächsten!
Das ist die beste Art, Dir zu dienen
und dem einen und einzigen Gebot
nachzuleben – der Gottes- und
Menschenliebe. ...

Hilf den Jungen! Sie verfügen über
den unerschöpflichen Reichtum der Zukunft.
Sie sind Meister des
Enthusiasmus und der Hoffnung. Sie
dürsten danach, in einer Welt ohne
Untermenschen und Übermenschen
zu leben. ...

REZENSIONEN

**Haben ohne festzuhalten.
Texte für eine bessere Welt**

Hélder Câmara: Haben ohne festzuhalten. Texte für eine bessere Welt, Pendo-Verlag München u. Zürich 2009, Leinen, 208 S., € 14,95.

Von Friedrich W. Bargheer

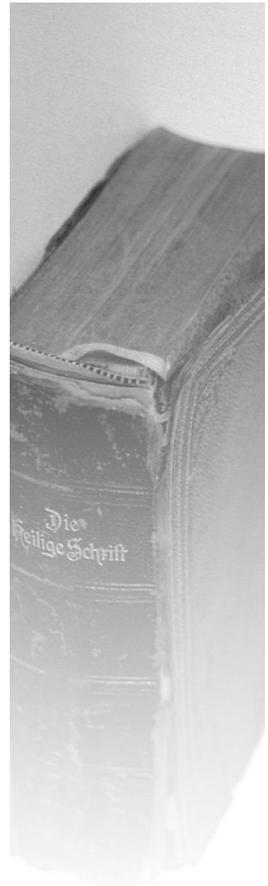
Dies Jahr 2009 ist voller Gedenk-Anlässe. Dom Hélder, mit vollem Namen Hélder Pessôa Câmara, von 1964 bis 1985 Erzbischof von Olinda und Recife in Brasilien, wäre dies Jahr im Februar 100 Jahre alt geworden. Mit 90 ist er in Recife verstorben. Es gibt gute Gründe, die Erinnerung an ihn hoch in Ehren zu halten. Der Münchner Piper-Verlag tut es mit einem Dom-Hélder-Brevier. Das ist ein Schatz.

Die Ausstrahlung von Freundlichkeit und Güte, die von der kaum mittelgroßen Gestalt Dom Hélders ausging, hatte – und hat noch – ihre Entsprechung in der Sprache, die diesen Spiritual der Befreiungstheologie zu Gebote stand. Ein doppelseitiges Porträt-Foto auf den inneren Umschlagseiten vorn und hinten erinnert ton-in-ton hellgrau-dezent und beredt an das mit „Ausstrahlung“ Gemeinte.

Die unter der Überschrift „Fünf-Minuten-Predigten“ lau-

fenden Besinnungen zum Beispiel lesen sich tau-frisch. Sie sind so lebendig und anrührend wie bei der Erst-Ausgabe vor Jahrzehnten. Die folgende Entnahme aus der Besinnung, deren Überschrift Titel des Buches wurde, vermittelt einen Eindruck:

Haben, ohne festzuhalten. „Woher hat der Hund seine Leidenschaft für den Knochen? Ich denke: Wenn man einem Hund auf der einen Seite Fleisch und auf der anderen Knochen hinlegen würde, würde er nicht einen Augenblick zögern; das Fleisch würde er kaum anschauen, sondern sich direkt auf den Knochen stürzen. [...] Hängen wir vielleicht in der Weise an unseren Ämtern, dass jemand – wenn er uns sieht – an den Hund mit dem Knochen denken könnte? Manche Leute haben in ihren Ämtern Ausgezeichnetes geleistet, sich aufgeopfert, Großartiges geschaffen, kein Opfer gescheut und die besten Jahre ihres Lebens dem Beruf gewidmet. Aber wo bleibt dann der Mut, den Knochen fahren zu lassen?! ... Niemand möge sich durch den Vergleich beleidigt fühlen. Ich möchte Sie nur einladen, wenn Sie mal einen Hund mit einem Knochen



kämpfen sehen, einen Augenblick anzuhalten, hinzuschauen und zu meditieren ... Zu meditieren!“ (92ff.).

Ähnlich faszinierend das „Gebet für mein Volk. Die Welt ohne Stimme“ 19ff. oder das „Gebet für die Reichen“ (121ff.; in diesem CuS-Heft wiedergegeben S. 60). Das allermeiste, was in dem Bändchen folgt, hat solche spirituelle Qualität und Kraft – die „Mitternächliche Meditation 135ff; die kleine Anthologie „Zeichen der Hoffnung“ 175ff., und auch der poetische Essay „Der Geist weht“ (203ff.) ist voll davon – einfach wunderbar ...

Die Anzeige des Câmara-Breviers verzichtet darauf, den Ruhm dieses Großen der Befreiungs-Theologie und Vorkämpfers für die unverfälschte Weitergabe der

Botschaft des Zweiten Vatikanischen Konzils (sowie für seine Umsetzung) zu mehreren – verzichtet auch auf Weherufe über die Roll-back-Politik der in Rom für die Nachfolge Dom Helder Zúñiga – das alles tangiert die Würde des Gottesmannes aus Recife und die Güte seiner Worte nicht. Freuen wir uns vielmehr, dass es jetzt dies fein ausgestattete Bändchen von Dom Helder gibt. Ich hätte überhaupt keine Hemmung, in einer Rundfunk-Andacht, sagen wir morgen früh fünf vor sieben vor den Nachrichten, aus Hélder Câmara's Texten für eine bessere Welt vorzulesen – ziemlich sicher, dass das Alt-Abt Odilo Lechner auch gefallen würde, der S. 9ff. ein sehr persönliches, liebevolles Vorwort zugestiftet hat.

Keine Inseln der Glückseligen

Keine Inseln der Glückseligen. Evangelisches Missionswerk (EMW), Jahrbuch Mission 2008 – Pazifik: Glaube, Kultur, Gesellschaft, Hamburg 2008.

Von Jürgen Schübelin

Von allen Regionen auf der Südhälfte der Erde ist unser Kenntnis- und Informationsstand über die Welt der Inseln im Pazifik der dürftigste. Stattdessen bestimmen scheinbar unerschütterlich Kitsch und

Klischees von Südseeestränden, Palmen, Bounty-Romantik sowie bestenfalls die Bilder von Paul Gauguin oder Emil Nolde unsere Sicht auf den pazifischen Raum.

Das Evangelische Missionswerk in Hamburg (EMW) setzt diesem blinden Fleck mit seinem Jahrbuch Mission 2008 einen differenzierten und eindringlichen Blick auf die Realität und Lebenssituation der Bewohner des „Wasserkontinents“, des mit mehr als einer

Million Quadratkilometer flächenmäßig größten geographischen Raumes dieses Planeten, auf dessen 20.000 Inseln über acht Millionen Menschen leben, entgegen.

Fast 40 Autoren aus den Südpazifikstaaten und Europa lieferten für diesen Band mit seinen 304 Seiten Diagnosen zur politischen, sozialen, ökologischen, kulturellen und religiösen Situation der Inselstaaten und derjenigen Gebiete der Pazifikregion, die als abhängige Territorien nach wie vor allem von den USA und Frankreich beherrscht, benutzt und ausgeplündert werden.

Deutlich wird, wie die Globalisierung die Menschen in Mikronesien, Melanesien und Polynesien auf eine besonders perfide Weise zu Opfern der Globalisierung macht, etwa durch die Ausplünderung ihres Fisch- oder Phosphatreichtums sowie neuerdings durch die Degradierung ganzer Inselregionen in eine einzige Großtankstelle für Biotreibstoffe, die aus Palmöl und anderen Energiepflanzen gewonnen werden, nachdem die ursprünglichen Ökosysteme mit ungeheurer Brutalität zerstört wurden.

Und es gibt neue Herren über das Reich der Inseln und Atolle, chinesische, taiwanische oder indonesische Konzerne, die die Raubbaumethoden der historischen Kolonial-

mächte industriell weiterentwickelt haben.

Da wird, etwa in dem Jahrbuchartikel von Giff Johnson, die unglaubliche Geschichte eines beispiellosen Boom und bodenlosen Absturzes des kleinen Inselstaates Nauru aufgerollt. Dieser und andere Texte katapultieren uns in die wüstesten Zeiten des 19. Jahrhunderts mit seinem Plünderungs-Kolonialismus, nur dass sich all das Geschilderte in der Gegenwart abspielt; wie unsichtbar, gut versteckt – und dabei am Ende doch nur 24 Flugstunden von uns entfernt. Das EMW-Jahrbuch 2008 thematisiert aber auch ausführlich die existentielle Bedrohung der pazifischen Inseln – etwa der einzigartigen Welt der Atolle von Tuvalu – wo der Klimawandel, der steigende Meeresspiegel und die immer häufigeren und heftigeren Taifune und Stürme längst die Lebensrealität von Hunderttausenden von Menschen bestimmen.

Frank Kürscher-Pelkmann, der die EMW-Jahrbuchreihe seit langem engagiert und kompetent redaktionell betreut, fordert in seinen Einleitungskapitel zu Recht deutlich mehr Aufmerksamkeit und Solidarität mit den Menschen einer Region, in der es keine „Inseln der Glücklichen“ gibt, aber sehr wohl einen faszinierenden kulturellen, sozialen und religiösen Reichtum, der extrem gefährdet ist.

„Bleibe hier und schaff mit uns“

Hartmut Zweigle/Rolf Siedler,
„Bleibe hier und schaff mit
uns“. Mit Betriebsseelsorger Paul
Schobel im Gespräch. Mit einem
Nachwort von Friedhelm Hengsbach SJ, Schwabenverlag, Ostfildern 2008, 144 S., € 12,90.

Von Wieland Zademach

„Bleibe hier und schaff mit uns, statt jetzt wieder von der Kanzel herab die Leute anzulügen.“ Dieser herbe Satz seines schwäbischen Meisters nach mehreren Wochen am Fließband ist dem damals 34-jährigen Priester nicht mehr aus dem Kopf gegangen, mehr noch: er ist ihm „fast zum Programm geworden“ (S. 75). Denn dieser Satz drückt ja nicht nur die tiefe Entfremdung von Arbeitswelt und Kirche aus, deren Verkündigung zudem als „von oben herab“, ja als doppelbödig empfunden wird; vielmehr schwingt hier wohl noch der Wunsch mit, ein Vertreter der Kirche möge doch glaubwürdig und entschieden am Ort der Arbeit das leben, woran er glaubt.

„Bleibe hier und schaff mit uns ...“ Vor allem aber ist dieser Satz auch eine Anerkennung desjenigen, zu dem er gesagt wird. Und genau so wurde er dem jungen Betriebsseelsorger zum Leitmotiv für seine Arbeit. Wie kaum

ein anderer ist er dageblieben als Repräsentant der Kirche in der Arbeitswelt. Hochgeschätzt hat er sie immer, gerade die einfache Arbeit und die Menschen, die sie verrichten. Und als Anlass zur Gewissenserforschung hat er den letzten Teil dieses Satzes verstanden, nicht als verachtend, sondern als Wunsch nach Authentizität: „Glauben wir denn selbst, was wir verkünden? Und vor allem: Stimmen denn Wort und Tat überein?“ (S. 76)

„Was muss geschehen, um jene mit der frohen Botschaft zu erreichen, die es eigentlich infolge ihrer Lebenssituation am nötigsten hätten?“ (S. 85). Diese Frage zieht sich wie ein roter Faden durch Schobels Biographie. Sei es, dass er als Kaplan der „Christlichen Arbeiterjugend“ ((CAJ) seine Stimme den fast rechtlosen Lehrlingen und den damals noch unter Drückeberger-Verdacht stehenden Kriegsdienstverweigerern lieh oder später als Betriebsseelsorger im Dialog mit den am Fließband Schuftenden, mit den Arbeitslosen und den Gemobbten seine oft so bildreiche und erfrischend deutliche Sprache entwickelte.

Mit dem Leitbild einer entgegengehenden Kirche im Herzen und im Kopf erkennt er sehr schnell, wo die „Dun-

kelziffer“ der Kirche liegt – in der fast gänzlich fehlenden gesellschaftlichen Analyse. Am Interessengegensatz Kapital und Arbeit hat Schobel dann gelernt, „stets die Machtfrage im Werkzeugkasten mitzuführen: Wer steckt hinter irgend einer Maßnahme, was soll damit bezweckt werden? Wem nützt, wem schadet sie?“ (S. 67). In der Reaktion auf diese schlimmen Defizite und gleichsam als hermeneutisches Rüstzeug war Schobel dann maßgeblich beteiligt an der Ausarbeitung von „Leitlinien der Betriebsseelsorge“ mit jenen drei Dimensionen, die heute noch deren theologische Plattform darstellen: Solidarität, Prophetie und Mission.

Kirche hat die Solidarität Gottes zu bezeugen, der sie sich selbst verdankt. „Der Gott der Juden und Christen verbündet sich mit seinem geknechteten Volk. Er duldet nicht, dass sein Volk in der Arbeitssklaverei zerrieben wird, er inszeniert den Exodus, das Werk der Befreiung. Gott selbst begleitet sein Volk auf dem mühseligen Gang durch die Wüste“ (S. 85). Die Parallelen zur Arbeitswelt von heute drängen sich geradezu auf. Die „Gefahr einer neuen Versklavung ... ist schon Realität“ und zwar in vielen Bereichen der „abhängigen Erwerbsarbeit“ mit ihren „aufgezwungenen Bedingungen so

sehr, dass immer mehr Lebenssubstanz auf der Strecke bleibt“. Und „erst recht werden die Arbeitslosen gebeugt und über die neuen ‚Reformgesetze‘ gedemütigt“ (ebd.). In der Nachfolge dessen, der sich selbst entäußerte und Knechtsgestalt annahm (Phil. 2,7) – als Höhepunkt der Solidarität Gottes – kann es keine Christusbefolgung geben „ohne die Einlassung in die Knechtsgestalten der jeweiligen Zeit. An diesem Punkt hat die Christenheit versagt ... daher ist uns die Arbeiterschaft fremd geworden oder geblieben“ (S. 86).

Glaubwürdige Prophetie wird sich heute am real existierenden Kapitalismus entzünden. Es darf nicht sein, „dass Wirtschaft ihre Ziele auf ein einziges eindampft, nämlich die Kapitalrendite“, es darf nicht sein, „dass Kapital die Arbeit instrumentalisiert und ihr die Bedingungen diktiert“. Heute geht es in ökumenischer Verantwortung darum, „diesen ‚Roten Faden‘ der Kapitalismuskritik wieder aufzugreifen und weiterzuspinnen“ (S. 86).

Im Anschluss an seinen theologischen Lehrer Karl Rahner versteht Schobel Mission als Interpretation und Zeugnis des Glaubens in der Nachfolge der „missio Dei“. Entsprechend müssen Betriebsseelsorger „Christus gar nicht in die Betriebe bringen,

denn er „ist längst vor ihnen da“ (S. 87). So kann Schobel kühn formulieren: „Für mich als Christ ist einer, wenn ich ihn ‚jesumäßig‘ erwische im Einsatz für Gerechtigkeit, in seinem solidarischen selbstlosen Handeln, in seiner Liebe zu den Menschen, natürlich Jesus sehr nahe. Das darf er auch wissen.“ (ebd.)

Der Tatsache, dass für Paul Schobel „Betriebsseelsorge nur ökumenisch glaubwürdig ist“ (S. 7), wird Rechnung getragen indem als Interviewpartner hier sein Kollege Hartmut Zweigle von der Evangelischen Betriebsseelsorge fungiert. Die große Resonanz, welche Schobel im Laufe der Zeit gefunden hat, wird deutlich in den aufgenommenen Sekundärtexten von Walter Riester etwa, von Franz Steinkühler und Oswald von Nell-Breuning SJ. Auch hierbei wird Schobels Ansatz von Soziallehre gewürdigt, den er in seiner bildhaft klaren Sprache einmal so auf den Punkt gebracht hat: „Mittelalterliche Marktplätze sind in der Regel von Kirche und Rathaus umgeben. Der Markt bedarf also der ständigen Beobachtung durch Ethik und Politik“ (S. 123).

Schließlich hat Friedhelm

Hengsbach SJ ein besonders „schönes“ Nachwort beigesteuert. „Christliche Prophetie“ nennt er die Betriebsseelsorge: „Die Zeichen der Zeit werden im Licht des Evangeliums gedeutet“, wenn sie „den unsichtbaren Glauben an Gott anschaulich werden lässt im sichtbaren Engagement für soziale Gerechtigkeit und gegen ungerechte Machtverhältnisse“ (S. 136).

Ja mehr noch: Hengsbach weist auf die Würzburger Synode in den siebziger Jahren hin, welche die Ergebnisse des Zweiten Vatikanischen Konzils für den deutschen Bereich rezipierte. In dem dortigen Beschluss „Kirche und Arbeiterschaft“ wird das Engagement der Betriebsseelsorge ausdrücklich ein „Akt der Wiedergutmachung genannt – für das Unrecht, das die katholischen Bischöfe im vergangenen Jahrhundert den Arbeitern zugefügt haben“ (S. 139) ... Wiedergutmachung und praktisch-solidarische Prophetie – damit schließt sich der Kreis für den Auftrag der Betriebsseelsorge als eine christliche Basisgemeinde am Ort und in der Zeit. Paul Schobel hat diesen Auftrag authentisch und überzeugend gelebt.

Kirche, wo bist du?

Johannes Rehm/Joachim Twisselmann (Hrsg.): *Kirche, wo bist du? Die gesellschaftliche Verantwortung der Kirchen im Dialog (Das Sozialpolitische Gespräch 1)*, Mabuse-Verlag Nürnberg 2007, 187 S., 15,80 €.

Von Wieland Zademach

Im Tagungszentrum Bad Alexandersbad (früher Volkshochschule) finden seit vielen Jahren „Sozialpolitische Gespräche“ statt in Kooperation mit dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (kda) und der Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (afa). Dieses gemeinsame Forum will Anliegen des sozialen Protestantismus innerhalb der Kirche zur Sprache bringen. Der hier vorliegende Sammelband macht Alexandersbader Referate erstmals einer breiten Öffentlichkeit zugänglich; er will das Gespräch in den Gemeinden ebenso anregen wie auch „über die Kirche hinaus der Stimme der Kirche zu Problemen der Zeit Gehör verschaffen“ (S. 8).

In den hier versammelten Beiträgen werden sozialetische Herausforderungen im Gefolge ökonomischer Tendenzen der Globalisierung thematisiert. Einleitend interpretiert Christian Nürnberger in seinem pointierten Sprachstil die sozialetische Dimen-

sion der biblischen Tradition: „Es geht um den Aufbau einer neuen Weltordnung, nicht um die Befriedigung religiöser Gefühler, kultureller Bedürfnisse oder ästhetischer Ansprüche blasiert-intellektueller Traditionalisten“ (S. 26). Die Reich-Gottes-Botschaft Jesu als Proklamation einer göttlichen Sozialordnung habe die Kirche zunächst in den eigenen Reihen zu verwirklichen, quasi als „Oase“, in welcher „die Gesetze der Welt ausgehebelt werden“ (S. 37). Dieses Bild ergänzend, versteht der Leiter des kda der Bayr. Landeskirche Johannes Rehm gut lutherisch den Glauben in der Spannung zwischen der irrigen Hoffnung, wir könnten alle „Ungerechtigkeiten dieser Welt selber beseitigen“, und dem Vertrauen auf Gottes Handeln, das uns ermutigt zum Engagement für ein „gerechtes und friedliches Miteinander der Menschen“ (S. 171). Unter dieser Prämisse ist das Gespräch zu suchen mit den verschiedenen gesellschaftlichen Interessengruppen.

Hans-Gerhard Koch fragt in seinem Beitrag besorgt, ob die 1997 in dem gemeinsamen Sozialwort der Kirchen beschworene „Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ nicht bereits wieder Vergangenheit ist. So habe sich die röm.-kath.

Kirche mit ihrem Papier „Das Soziale neu denken“ von 2003 von den seinerzeitigen gemeinsamen Positionen faktisch verabschiedet, indem die Akzente von der „Verteilungsgerechtigkeit zur Chancengerechtigkeit“ verschoben wurden (S. 140). Hingegen habe die EKD in der Denkschrift von 2006 „Gerechte Teilhabe – Befähigung zur Eigenverantwortung und Solidarität“ der „Versuchung zum Umbiegen und Umdeuten des Gerechtigkeitsbegriffs“ widerstanden (S. 143), indem sie mit dem Begriff Beteiligungsgerechtigkeit der Sache nach Verteilungs- und Befähigungsgerechtigkeit miteinander verbunden habe. Offensichtlich fehlt es aber auch innerhalb der EKD am Mut zur theologischen Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus: Während der Lutherische Weltbund in einer Erklärung von Ottawa 2004 den Glauben an die Selbstregulierung des Marktes als „Götzendienst“ gebrandmarkt hat, ist der betreffende Satz in der deutschen Übersetzung „vorsichtshalber weggelassen worden“ (a.a.O.). Immerhin hat die Evangelisch-Methodistische Kirche in ihrem Papier „Zur aktuellen sozialen Lage in Deutschland“ von 2005 diese theologische Auseinandersetzung pointiert aufgenommen.

Ansätze zur nötigen Auseinandersetzung finden sich in ei-

nigen der folgenden Beiträge dieses Sammelbandes, auf die wenigstens stichwortartig noch hingewiesen werden soll. So stellt etwa der Präsident der Bayerischen Diakonie Ludwig Markert der Sozialpolitik der vergangenen Jahre, die häufig dem „Diktat der Wirtschaft“ gefolgt sei, eine „Ethik der Partizipation“ entgegen, die durch die kirchliche Diakonie allerdings konkret vorzuleben sei (S. 60ff.). Heinrich Bedford-Strohm fragt, ob und wie sich doch noch die „vollständige Ökonomisierung aller Lebensbereiche verhindern“ lasse (S. 64ff.); anhand von sechs Thesen skizziert er „Strategien gegen die Dominanz der Ökonomie“ (S. 81ff.), die eine breite Diskussion verdienen. Bei ihrer Untersuchung der Sozialstaatsreformen der vergangenen Jahre findet Claudia Wiesner positive Einschätzungen einzig für die Familienpolitik. Hingegen hat die Arbeitsmarktpolitik „die soziale Rutschbahn nach unten verkürzt“ (S. 111), was der allgemeinen Tendenz entspricht, „mehr Ungleichheit als früher zuzulassen“ (S. 112). Eine kritische Analyse des Begriffs Globalisierung steuert Martin Becker bei und schaut dabei auf die „Auswirkungen eines verkürzten ökonomischen Denkens auf Politik und Gesellschaft“ (S. 155). Insbesondere die „Verunglimpfung demokratischer Willensbildungspro-

zesse“ als zu langwierig und inflexibel durch Teile der Wirtschaft wird hier einmal deutlich benannt: „Die Reduktion von Politik auf einen möglichst reibungslosen, flexiblen und schnellen Erfüllungsgehilfen zur Herstellung optimaler ‚Standortfaktoren‘ wird einer hochkomplexen Gesellschaft und einem international eingebundenen Staatswesens in keiner Form gerecht“ (S. 160).

Insgesamt ein knappes, gut lesbares Kompendium aktueller sozialpolitischer Fragestellungen mit plausiblen und überzeugenden Kriterien sozialethischen Urteilens und Handelns, das hervorragend geeignet ist als Grundlage für Diskussionen in Gemeindegruppen, Erwachsenenbildungsveranstaltungen und überall da, wo Politikverdrossenheit noch nicht um sich gegriffen hat.

PRESSEMITTEILUNG

Ökumenisches Netz Zentralafrika

100.000 Flüchtlinge in Ost-Kongo durch FDLR-Rebellen Vertreibung, Vergewaltigungen, Tötungen und humanitäre Krise als Folge der gemeinsamen Militär-Aktion „Umoja Wetu“ von ruandischem und kongolischem Militär gegen FDLR.

Seit der gemeinsamen Militär-Aktion von Ruanda und der Demokratischen Republik Kongo sind im Osten des Landes 250.000 Menschen vor den Racheakten der angegriffenen Rebellengruppe FDLR geflohen, ca. 100 Menschen wurden getötet, ungezählte Frauen und Mädchen vergewaltigt und bis zu 1000 Häuser zerstört. Die UN Blauhelm-Mission MONUC kommt ihrem Schutzauftrag nicht ausreichend nach, humanitäre Orga-

nisationen haben kaum Zugang zu den Opfern und Vertriebenen.

Das Ökumenische Netz Zentralafrika mit seinen Mitgliedsorganisationen Misereor, Brot für die Welt, Pax Christi, VEM und Diakonie fordert daher die Bundesregierung, und insbesondere Bundesminister Frank Walter Steinmeier und das Auswärtige Amt, dringend dazu auf: – Die Mission „Umoja Wetu“ neu zu bewerten. Eine Annäherung zwischen Ruanda und der DR Kongo sollte sich auf der Ebene bilateraler Gespräche, durch Kooperationsabkommen und den Ausbau gemeinsamer Wirtschaftsbeziehungen ausdrücken. Das Auswärtige Amt möge seine Ein-



- fluss auf die kongolesische Regierung geltend machen, die mit ihrer Armee FARDC und der MONUC den Schutz der Bevölkerung vor der FDLR gewährleisten muss. Die Demobilisierungsangebote für die FDLR müssen noch attraktiver gestaltet und umfangreicher werden.
- Die MONUC hat die Aufgabe, der Bevölkerung Schutz zu gewähren und sie vor den Härten des Krieges zu bewahren, ohne selbst zu einer eigenen Konfliktpartei zu werden. Wir halten eine Stärkung der MONUC auch weiterhin für einen Schlüssel zur Konfliktlösung im Kivu. Die im Rahmen der Vereinten Nationen im Dezember beschlossene Aufstockung der MONUC um weitere 3.000 Blauhelmsoldaten muss endlich in die Tat umgesetzt werden. Das Auswärtige Amt möge seinen Einfluss geltend machen, um die Ausstattung der MONUC mit der nötigen personellen und materiellen Kapazität zügig voran zu treiben.
 - Parallel dazu möchten wir eine Aufstockung des zivilen deutschen Personals im Bereich Sicherheitssektor-Reform im Rahmen der MONUC/EuPol und EuSec anregen. Die deutsche Unterstützung der MONUC beim Wiederaufbau des Flughafens von Goma ist als Beitrag zur Friedenssicherung in der Kivu-Region nicht ausreichend. Es fehlt vor allem an Experten bei der Bekämpfung von Korruption und Missmanagement in den Sicherheitsorganen, mit denen Deutschland einen wichtigen Beitrag leisten könnte.
 - Ein weiteres wichtiges Element zur Friedenssicherung in der Kivuregion wäre auch die Einleitung rascher juristischer Schritte gegen den Präsidenten der FDLR, Ignace Murwanashyaka, der offen von Mannheim aus die politischen und strategischen Angelegenheiten der FDLR dirigiert, sowie gegen seinen Stellvertreter Straton Musoni.
 - „Die Bundesrepublik Deutschland pflegt im Zuge der Entwicklungs-Zusammenarbeit, aber auch im Rahmen der EU und durch ihren Beitrag zur MONUC eine enge diplomatische und politische Beziehung zur DR Kongo. Es ist daher von besonderer Bedeutung, dass die Bundesregierung auf allen Ebenen Einfluss auf die Regierung der DR Kongo nimmt, um die Zuspitzung der humanitären Krise im Osten des Kongo einzugrenzen.“

Dr. Ilona Auer-Frege, Ökumenisches Netz Zentralafrika, Chausseestr. 12, 10115 Berlin

BUNDESNACHRICHTEN

Der BRSD auf dem Kirchentag in Bremen

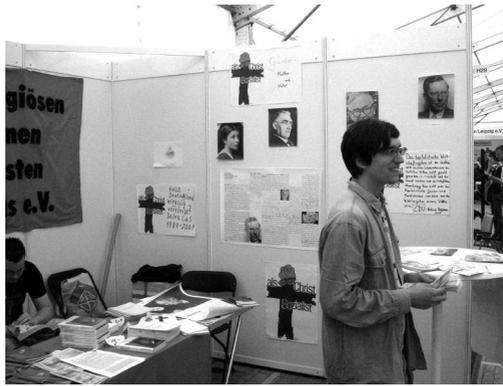
Von Norbert Voß

Der evangelische Kirchentag war wieder einmal ein großartiges Erlebnis. Solch eine große Menge von Leuten zu erleben, die friedlich und freundlich, ja sogar fürsorglich miteinander umgehen, ist ein Geschenk Gottes. Ich habe den Kirchentag ja nur in geringen Teilen als Teilnehmender erlebt, das ist dieses Jahr etwas zu kurz gekommen. Das Feierabendmahl am Freitag hat mir sehr gefehlt. Der Termin kollidierte mit unserem BRSD-Treffen. Durch die Verteilung des Kirchentages auf viele Standorte mit zwei Schwerpunkten, nämlich in der Innenstadt auf dem Messegelände und in der Überseestadt, war es ein Kirchentag des Fahrens. Das Verkehrssystem war an der Grenze, manchmal sogar darüber hinaus belastet. Bahnen und Busse waren ständig überfüllt und brauchten denn auch ihre Zeit von der Überseestadt in die Innenstadt. Wollte man eine Veranstaltung an jeweils anderen Ort besuchen, so war eine Stunde für Fahrzeiten einzuplanen. Viele Veranstaltungen fanden auch in den Gemeinden statt, was wiederum Fahrzeiten verur-

sachte. Die Orte waren in Bremen, Bremerhaven und dem Umland verteilt.

Auch der „Markt der Möglichkeiten“ war auf die beiden Hauptstandorte verteilt. Dadurch wurde der Teil in der Überseestadt etwas weniger stark besucht als der in der Innenstadt. Vielleicht kam die thematische Verteilung auf die beiden Standorte noch hinzu. Unser Stand lag relativ günstig gegenüber einem Quergang. Die Nachbarschaft war sehr interessant: Links neben uns befand sich der Bereich der CDU und CSU, im Gang gegenüber war „DIE LINKE“ mitsamt der Rosa-Luxemburg-Stiftung vertreten, nur wenige Meter entfernt befanden sich auch die Stände der SPD und der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die Gestaltung unseres Standes entwickelte sich gut, unsere nostalgisch wirkende Fahne war ein Blickfänger, genauso wie das wohl einzige Bild von Karl Marx auf dem Kirchentag. Dieses regte sogar den Weser-Kurier zu der Artikelüberschrift „... und Karl Marx ist auch da“ für den Bericht über den Markt der Möglichkeiten an. Ein kurzer Abschnitt über das Interview mit Reinhard Gaede



ben. Wir konnten kontrovers diskutieren und auch Menschen auf die Vereinbarkeit des christlichen Glaubens mit dem Sozialismus verweisen. Überzeugungsarbeit

steht auch in dem Artikel. Kaum ein anderer Verein aus dem Markt hat solch eine Pressewirkung erzielt. Hier das Zitat aus dem Artikel: „Karl Marx ist auch da. Sein Konterfei hängt beim Bund der religiösen Sozialisten, kein Scherz. „Uns gibt es seit 90 Jahren“, erklärt Reinhard Gaele. Der pensionierte Pastor aus Herford ist wie beseelt von seiner Botschaft, einen freiheitlichen und demokratischen Sozialismus mit den Grundprinzipien der christlichen Glaubenslehre zu vereinen. Den Satz von Marx, Religion sei Opium für das Volk, kennt der 66-jährige natürlich und hat sofort eine Antwort parat: „Wir verwenden den Marxismus als Erklärung wirtschaftlicher Zusammenhänge und nicht als allumfassende Ideologie.“

Viele gute Gespräche haben wir an unserem Stand geführt, sowohl untereinander als auch mit vielen Menschen, die unseren Stand besucht ha-

am Stand ist natürlich schwer, weil die Zeit oft zu kurz ist. Mir fiel auf, dass einige junge Menschen unter den InteressentInnen waren. Die persönliche Ansprache auf solch einer Veranstaltung bringt schon einiges. Manche Menschen waren über die Website auf uns gestoßen und sind dann gezielt an den Stand gekommen. Unsere geplante Mitgliederversammlung haben wir dann als einfaches Treffen durchgeführt, weil eine fristgemäße Einladung nicht mehr erfolgen konnte. Dort traf sich dann das Stand-Team und konnte in guter Atmosphäre über die Gespräche am Stand reflektieren.

Neben der Tätigkeit am Stand habe ich als Helfer in der Fahrbereitschaft des Kirchentages mitgearbeitet. Es war jetzt das zweite Mal, in Köln war ich auch dabei. Die Helfertätigkeit ist ein ganz besonderes Erlebnis. Man lernt den Kirchentag auch einmal von ganz ande-

ren Seiten kennen und kommt an Orte und in Bereiche, die den normalen TeilnehmerInnen verschlossen bleiben. Die Solidarität unter den HelferInnen ist groß, Freundschaften entstehen und gute Gespräche werden geführt. Besonders schön ist der große Anteil junger Menschen bei den HelferInnen, meist sind es PfadfinderInnen in Klufft.

Ein besonderer Höhepunkt für mich persönlich sind die Abend- und Nachtandachten jeden Tag. Meist gehe ich zu den CPD-Pfadfindern, die ein großes Zelt auf dem Gelände aufgebaut hatten. Dort bin ich seit dem Kirchentag in Hannover immer wieder, denn die Andachten mit Singen und gemeinsamem Gebet

sind wunderbar schlicht und geben mir viel. Es ist eine schöne Art, mit Gott ins Gespräch zu kommen.

Der Kirchentag bestärkt mich in meinem Glauben. Er zeigt mir jedes Mal wieder, dass eine solidarische Gemeinschaft mit christlicher Grundlage sehr gut möglich ist. Er gibt Kraft für die Zeit zwischen den Kirchentagen. Und er motiviert auch für die Arbeit in unserem Bund, denn es ist sehr schön, die Menschen unseres Bundes auch persönlicher kennen zu lernen und mehr Zeit miteinander zu verbringen. Jetzt freue ich mich auf die Klausur unserer „Gruppe Rheinland“ im Oktober und die Mitgliederversammlung des BRSD, die für November geplant ist.

Über Norbert Voß

Von der Redaktion

Jahrgang 1956, Kommunikationstrainer aus Rösrath, arbeitet hauptsächlich für Gewerkschaften und im linken politischen Spektrum. Der engagierte evangelische Christ und Sozialist ist seit 2007 Mitglied des Bundes der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten. Er arbeitet seitdem in der Gruppe Rheinland mit. Sein Schwerpunkt liegt bei den Planungen von Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit Bildungsträgern und Gewerk-

schaften. In Köln konzipiert er auch mit Kolleginnen und Kollegen politische Seminare für ver.di und gibt Seminare für Betriebsrätinnen und Betriebsräte. „Durch die Inernetseite www.brsd.de habe ich den Bund kennengelernt“ erzählt N. Voß. „Und auf dem Kirchentag in Köln habe ich dann Menschen aus dem Bund kennen und schätzen gelernt. Besonders gefällt mir der wertschätzende Umgang miteinander und die gute und konstruktive Zusammenarbeit.“

Norbert Voß interessiert sich seit seiner Jugend für politische Themen, hat in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ein freies und selbstverwaltetes Jugendzentrum mit gegründet, später in Köln Sozialarbeit studiert und ist während seiner Arbeit bei der Deutschen Bundespost Gewerkschaftsmitglied geworden. „Meine Heimat sehe ich in der Gewerkschaft, hier habe ich den Sozialismus besser kennen gelernt und zur Grundlage meines politischen Handelns gemacht“ berichtet N. Voß. Seit den neunziger Jahren ist er vor Ort politisch engagiert und hat in den letzten Jahren den Weg hin zur Partei „Die Linke“ gefunden. „Christ und Sozialist zu sein, ist für mich die logische Konsequenz auch aus meinem Bibelstudium und dem Studium der Schriften von Karl Marx. Deswegen war es für mich auch

selbstverständlich, dem Bund religiöser Sozialistinnen und Sozialisten beizutreten“ erklärt er. Auch die Biographie des roten Pfarrers Georg Fritze



Norbert Voß

hat ihn stark beeindruckt, da sie ihm neue Wege zur Kölner Geschichte geöffnet und interessante Einblicke in das evangelische Leben zur Nazizeit ermöglicht hat. „Heute sehe ich meine Heimatstadt mit anderen Augen“, merkt N. Voß an und fühlt sich in seinen Ansichten durch die Leitgedanken der Religiösen Sozialisten in Köln um Georg Fritze bestätigt.

Bilder und Fotos

Reinhard Gaede	S. 3
Monika Lawrenz/LVH	S. 10
Neve Hanna, Kinderhilfe Hamburg,	S. 11,13
Reinhard Gaede	S. 12
Antje Naujoks	S. 14
Franz Segbers	S. 15, 16, 18, 20
Reiner Frey	S. 21
Wikipedia, gemeinfrei	S. 22
Donna Francavilla, Voice of America	S. 23
Diplomatisches Magazin	S. 26
Wikipedia, gemeinfrei	S. 28
Lara Schweizer	S. 31
Wikipedia, gemeinfrei	S. 32

Bertold Scharf	S. 38
Neue Westfälische (NW) 17.03.09, Nr. 64	S. 40
NW 29.04.09, Nr. 99	S. 41
NW 04./05.04.09, Nr. 89	S. 42
NW 16.04.09, Nr. 88	S. 44
Verlag Gerd Mohn, Gütersloh	S. 50
CuS, Bad Hersfeld 1997	S. 55
Ulrich Peter	S. 57
Karl-Heinz Ochs, Eine-Welt-Dorf Minden	S. 58, 59
Norbert Voß	S. 72, 74

Autoren

Prof. Dr. Friedrich W. Bargheer

Hinter dem Böhmerhof 1, 32825 Blomberg

Falk Bloech

Eine-Welt-Dorf Minden

Alte Kirchstraße 1A, 32423 Minden

Dr. Sabine Ferenschild

Ökumenisches Netz Rhein Mosel Saar

Pfr. Werner-Mörchen-Str. 1, 56564 Neuwied

Udo Fleige

Schwärzlocher Str. 86, 72070 Tübingen

Dr. Margot Käßmann

Kanzlei der Landesbischöfin

Haarstr. 6, 30169 Hannover

Dr. Ulrich Peter

Nicolaistr. 48a, 12247 Berlin

Bertold Scharf

Otterhaken 9, 21107 Hamburg

Prof. Dr. Franz Segbers

Nonnbornstr. 14a, 65779 Kelkheim

S.E. Gerardo Peñalver Portal, M.A.

Botschaft Kubas in Deutschland,

Stavanger Straße 20, 10439 Berlin

Jürgen Schübelin

Hansegracht 11, 47051 Duisburg

Norbert Voß

Altvolberg 20, 51503 Rösrath

Dr. Wieland Zademach

Fritz-Henkel-Str. 38, 53572 Unkel

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, auch mit Bildern.** (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für LeserInnenbriefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Artikel: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmefällen Zeit für das Eingeben von Manuskripten. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden:

- **Texte** in einem der PC-/Mac-üblichen Formate (RTF, TXT oder DOC) auf CD oder per E-Mail.
- **Bilder** bitte digital als JPG-, TIFF-, EPS- oder PDF-Format mit mindestens 300 dpi Auflösung. Keine Internetbilder (!), da sie nicht den Anforderungen des Digitaldrucks entsprechen. Im Notfall als scannfähiges Foto per Post.
Adresse: cus@brsd.de oder reinhard-gaede@gmx.de, bzw. Reinhard Gaede, Wiesestr. 65, 32052 Herford.

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V./www.BRSD.de

Erscheint seit 1948 (vorher gab es bis zur Unterdrückung durch den Hitler-Faschismus: Das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1924–1933, das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten 1929–1930 und die Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1929–1933).

Helmut Gollwitzer: Warum bin ich als Christ Sozialist? Warum wird ein Mensch Sozialist?

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionären Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, Ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, dass gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille. (Auszug aus: Warum bin ich als Christ Sozialist?, CuS 1980)

Abonnements:

Per Post:
BRSD-Sekretariat Michael Bschorr
Bobes Feld 14 · 33818 Leopoldshöhe

Per Fax:
Fax 05202/884 884

Per E-Mail:
mib@brsd.de

Bezugspreise (inkl. Versand):

Inland € 20,- pro Jahr · Ausland: Europa € 24,-,
Welt € 28,50 pro Jahr · Förderabonnement € 25,-
oder mehr. Bitte überweisen Sie den Betrag
jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V.

KD-Bank · BLZ 350 601 90 · Kt.-Nr. 2119 457 010
Internationale Überweisungen:
IBAN DE 15350601902119457010

BIC GENODED1DKD

Kündigungen werden zum Jahresende wirksam